DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

190/191 | 17. JAHRGANG | Juli/August 2000 | 8,00 DM

AUS DEM INHALT:

GLOBALISIERUNG VON UNTEN

»Globaler Freihandel ist nicht mit Demokratie vereinbar, denn Freihandel ist Freihandel für die Konzerne und hat wenig zu tun mit der Freiheit für die Menschen«. Ein Interview mit Maria Mies über die Inspiration von Seattle auf Seite 2.

TRIBUNALE

Schuldig!, so das Urteil des Europäischen Tribunals in Berlin und des Internationalen Tribunals in New York zu den Kriegsverbrechen der USA und der NATO gegen die Bundesrepublik Jugoslawien. Die Tribunale gegen Politiker und führende Militärs des westlichen Militärbündnisses wurden für die begangenen Kriegsverbrechen verantwortlich gemacht. Näheres auf Seite 3.

EXPO 2000 LAHMLEGEN

Die Aktionen der Expo-GegnerInnen verpufften ins Leere, denn die Expo fand und findet so nicht statt. Eine Zwischenbilanz der Aktionen auf Seite 4.

ANTI-EXPO-BÜNDNIS

Pünktlich zur Anti-Expo-Auftaktdemonstration am 27.5. wurde von der »Ökologischen Linken« die Austrittserklärung aus dem Bündnis verteilt. Dokumentation auf Seite 5

10 JAHRE »NAUWIESER 19«

Dreizehn selbstverwaltete Projekte im Saarbrücker »Kultur- und Werkhof Nauwieser 19« feiern Ende August das 10-jährige Bestehen der Einrichtung. Der Startschuss fiel bereits 1987, als das »Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V.« auf ein leer stehendes Haus aufmerksam machte. Seite 12

ÖSTERREICH

Jeden Donnerstag findet in Wien seit der schwarzblauen Regierungsbildung eine Demonstration gegen diese statt. Da, wo regierungskritische Projekte zum Teil am Staatstropf hängen, wird der Geldhahn zugedreht. Die neun Freien Radios sehen sich in ihrer Existenz bedroht. Seite 12

TAUSCHRINGE

Für die Tauschringbewegung ist es wichtig auch unter Politikern und Politikerinnen Sympathisanten zu haben. Regine Hildebrandt, die ehemalige Arbeits- und Sozialministerin von Brandenburg hat sich vor einigen Monaten in der »Zeit« positiv über Tauschringe geäußert. CONTRASTE wollte wissen warum und interviewte Frau Hildebrandt Ende Mai zur Globalisierung, Regionalisierung und zu Tauschringen. Seite 13

www.contraste.org

NACHHALTIGES WIRTSCHAFTEN

»Ökologie ist nicht alles«

– Genossenschaftliche Vermarktung im Naturkostsektor

Getragen durch die »gegenkulturelle Vision einer 'sanften', ökologisch verträglichen, basisdemokratisch organisierten, egalitären Gesellschaft«, übernahm die Ökologiebewegung nach Einschätzung des Sozialwissenschaftlers Karl-Werner Brand für die neuen sozialen Bewegungen Ende der siebziger Jahre eine integrierende Rolle. Was aber ist aus der Umsetzung dieser Visionen geworden? Anhand von sechs Genossenschaften im Naturkostsektor wird veranschaulicht, dass einige Unternehmen dieser Branche nicht auf die Verwirklichung demokratischer Ansprüche verzichten, die zusätzlich zur Ökologie zur Vision nachhaltigen Wirtschaftens gehören.

Eine Auswahl des Gemüsesortiments der Naturland Bauern e.G.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Mittlerweile hat die Produktökologie als besondere Form der Qualität bei den meisten Lebensmitteln aus kontrolliert biologischen Anbau ein Niveau erreicht, das den Kenntnisstand des Möglichen in der Aufbruchsphase der Ökologiebewegung weit übersteigt. Der Anspruch, ökologisch zu handeln, beschränkt sich nicht nur auf den Produktbereich. Vielmehr wird auf vielfältige Weise versucht, den Umweltanspuch als konsequentes Gesamtkonzept für Naturkostläden und -betriebe zu vertiefen. Projekte wie *PIKAN*, ein Qualifizierungsprojekt des Bundesverbandes Naturkost Naturwaren Einzelhandel, sind kennzeichnend hierfür. Der Name steht für den Anspruch des Nachdenkens über »Praxis, Information, Kundenorientierung, Arbeitszufriedenheit, Naturkost, Total Quality Management.« – Viel Stoff für die Beteiligten.

Partizipation als Bereicherung

Aber war da früher nicht einmal noch etwas mehr? Sprach Karl-Werner Brand nicht von dem Anspruch einer »basisdemokratisch organisierten, egalitären Gesellschaft«? Würden hierzu nicht zumindest Ansätze demokratischer Teilhabe in und zwischen Betrieben gehören, die formalrechtlich auch abgesichert sind? Bei diesem sozialen Aspekt nachhaltigen Wirtschaftens fallen die neuen Naturkostbetriebe weit hinter den Errungenschaften früherer sozialer Bewegungen zurück, beispielsweise den traditionellen Konsumgenossenschaften. Einzelunternehmerschaft oder Aktiengesellschaft scheinen die einzigen Unternehmensformen zu sein, die den Erben der Ökologiebewegung bekannt geworden sind.

Allerdings gibt es Ausnahmen. Auch im Naturkostsektor finden sich einige kleine und feine Betriebe, die den Anspruch demokratischer Organisation bis heute auf ihre Fahnen schreiben. Sie sind damit wirtschaftlich oftmals ganz erfolgreich, obwohl oder weil sie den Aufwand partizipativer Strukturen als sinnvolle Bereicherung ökologischer Visionen verstehen. Unter dem Stichwort »Genossenschaftliche Vermarktung« werden im Schwerpunkt dieser CONTRASTE-Ausgabe eine Reihe spannender Beispiele aus dem Naturkostsektor dargestellt. Jedes dieser Unternehmen geht einen eigenen Weg der Vermarktung, praktiziert unterschiedliche Formen der Mitgliederförderung. Gemeinsam ist ihnen allen eine rechtlich abgesicherte Struktur der Kooperation und Partizipation durch die genossenschaftliche Rechtsform.

Vielfältige Beispiele

Das erste Beispiel, die *Dreierlei e.G.* in Altenschlirf, ist ein Naturkostladen mit sozialgenossenschaftlichen Charakter, in dem die Schaffung von Arbeitsplätzen für Behinderte und deren Versorgung einen wichtigen Stellenwert einnimmt. Dagegen agiert die Marktgenossenschaft der *Naturland Bauern e.G.* mit Sitz in Lippborg als Erzeugergemeinschaft. Gegründet als Anbieter von Ökogetreide vertreibt sie heute ein breites Sortiment an Bioprodukten.

Aus dem Spektrum der Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften kommen die *LANDWEGE e.G.* in Lübeck und die *Wendland Kooperative e.G.* in Hannover. Während die LANDWEGE, erst seit neuem von einem nicht eingetragenem Verein in eine Genossenschaft umgewandelt, mit dem Prinzip der Rückvergütung experimentiert, hat sich die Wendland-Kooperative das Konzept des Mitgliederladens zu Eigen gemacht. Mit einem monatlichen Fixbeitrag können die Mitglieder, und zwar nur die Mitglieder, das breite Sortiment annähernd zum Einkaufpreis der Genossenschaft beziehen.

Dem Großhandel zuzurechnen sind die letzten beiden Beispiele, die *Stadt-Land-Genossenschaft e.G.* aus Hamburg und die *NATURATA e.G.*, die Anfang dieses Jahres ihren Sitz nach Grünsfeld verlegt hat. Schwerpunkt der Stadt-Land-Genossenschaft ist die Verteilung regional erzeugter Lebensmittel aus kontrolliert ökologischem Landbau mit einer zentral gesteuerten Preisgestaltung für die angeschlossenen Mitglieds-Erzeugerbetriebe. Mit ihrem regional ausgerichteten Konzept bleibt sie beim Wachstum erheblich hinter dem mittlerweile bundesweit vertreibenden Naturkostmarkenartikler NATURATA zurück. Um ihre Entwicklung mit starker Betonung von Qualitätsaspekten finanzieren zu können, strebt die NATURATA eine Umwandlung in die Rechtsform der Aktiengesellschaft an.●

Schwerpunktthema Seite 6 bis 10

D 8008

01.3669 276 001
Dr. Carola Möller
Herwarthstr. 22
D-50672 Köln

ÖKOBANK E.G., FRANKFURT

Ökobank und GLS Gemeinschaftsbank kooperieren – zwangsläufig

Die GLS Gemeinschaftsbank e.G. und die Ökobank e.G., immerhin die wichtigsten Alternativbanken der Bundesrepublik, werden in Kürze einen Kooperationsvertrag abschließen. Die vor mehr als zehn Jahren mit viel Optimismus gestartete Frankfurter Ökobank schlüpft unter das Dach der Bochumer GLS Gemeinschaftsbank. Die Banksparte mit 34.000 Kunden wird von GLS übernommen, das Ökobank-Fondsgeschäft bleibt eigenständig. Ein entsprechender Kooperationsvertrag solle bis zum Herbst abgeschlossen werden, teilten beide Finanzinstitute in Frankfurt mit.

Burghard Flieger ● Die Gespräche über die Kooperation erfolgten auf Initiative der Ökobank. Damit reagieren die Alternativbanker in Frankfurt auf ihre finanzielle Schieflage, nachdem 1999 der Wertberichtigungsbedarf für drohende Kreditausfälle in Höhe von rund 18 Millionen DM nicht mehr aus eigenen Mitteln finanziert werden konnte. Wie bereits bekannt muss aufgrund erheblicher Wertberichtigungen (Rückstellungen für drohende Kreditausfälle) die Sicherungseinrichtung der Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) in Anspruch genommen werden. Dies hat in der Folge eine Neubesetzung des Vorstands erforderlich gemacht, die so kurzfristig unmöglich schien. Diese Problematik hat ab April die Situation bei der Ökobank verschärft.

In dieser Situation hat sich die Ökobank eG an die GLS Gemeinschaftsbank eG in Bochum gewandt, um Unterstützung hinsichtlich der Vorstandsbesetzung und als Partnerbank zu bekommen. Da auch die Sicherungseinrichtung es für wünschenswert hält, wenn sich die Ökobank eine Partnerin sucht, kommt hierfür auch ausschließlich die GLS Gemeinschaftsbank in Frage. Aufgrund einer ähnlichen Geschäftspolitik, 25-jähriger Erfahrung, mehreren Vorständen und guten Kontakten zu den genossenschaftlichen Verbänden sieht sich die GLS in der Lage, als Partnerbank zur Verfügung zu stehen.

Die Aufsichtsräte beider Alternativbanken stimmten im Mai und Juni dem Abschluss eines Kooperationsvertrages zwischen beiden Finanzeinrichtungen zu. Die bisherigen Überlegungen gehen dabei davon aus, dass die Zusammenarbeit auf der Grundlage eines Ausgliederungskonzeptes erfolgen wird. D.h,. die Bankgeschäfte würden aus der Ökobank ausgegliedert und auf die GLS übertragen werden. Die Ökobank bliebe als Körperschaft bestehen und wäre – bis auf weiteres – nach wie vor die »Muttergesellschaft« der Unternehmensgruppe Ö&CO. Diese bestehen aus Ökovision LUX SA, Ökonsult GmbH und der Ökofinanz Frankfurt GmbH. Dem Übertragungskonzept müssen im Herbst die jeweiligen Mitgliederversammlungen zustimmen.

Ungleiche Partnerschaft

Nahe liegend wäre eine sofortige Fusion gewesen. Aufgrund der Größe der Ökobank mit 24.000 Mitgliedern und einer Bilanzsumme von 380 Millionen, bestände kurzfristig allerdings das Problem eines Ungleichgewichts. Die GLS erweist sich, auch wenn sie wirtschaftlich gesund ist, als das kleinere Bankinstitut mit 330 Millionen DM Bilanzsumme und nur 12.000 Genossenschaftsmitgliedern.

In den Gesprächen mit den Verbänden wurden von der GLS eine Reihe von Bedingungen für diesen Schritt gestellt. Dazu gehören vor allem die Übernahme der Kreditrisiken und die Abdeckung von etwaigen Betriebsverlusten aus dem übertragenen Bankgeschäft der Ökobank. »Die Verhandlungen sind zwar noch nicht abgeschlossen, die Verbände haben diese Unterstützung jedoch bereits zugesichert«, so Thomas Jorberg, Mitglied des Vorstands der GLS und seit dem 15.06.2000 Mitglied des Vorstands der Ökobank. Wie Jorberg weiter ausführt, sehen beide Banken in dem anstehenden Schritt eine große Chance im Sinne der gemeinsamen Zielsetzung ihrer jeweiligen Mitglieder, Kundinnen und Kunden.●

INTERVIEW MIT MARIA MIES

Globalisierung von unten

CONTRASTE: *Aus den Erlebnissen in Seattle sehen Sie den Zusammenschluss von unterschiedlichen Bewegungen, die bisher sehr stark getrennt waren. Wie stabil schätzen Sie das ein?*

Maria Mies: Das wird an der weiteren Mobilisierung hängen. Wenn keine weiteren Aktivitäten von den Leuten vor Ort kommen, kann die Bewegung auch schnell wieder einschlafen. Es gibt keine organisatorische Infrastruktur, die sie in irgendeiner Weise global zusammenhält. Es gibt kein Zentralkommitee oder bezahlte OrganisatorInnen. Das sind überall NGO's, Bürgerinitiativen, wie unsere winzige Bürgerinitiative in Köln, die sagen: »Wir müssen was tun«. Für mich ist interessant, dass das überhaupt funktioniert hat. Die Presse hat überhaupt nicht geglaubt, das so was zustande kommen könnte. Deshalb hat sie über den internationalen Protest auch kaum berichtet. Bis sie in Seattle gesehen hat, dass die Zugangswege zur Ministerkonferenz blockiert waren, einen ganzen Vormittag lang. Und dass weit über 50.000 Menschen aus der ganzen Welt eine Woche lang demonstrierten, diskutierten, gegen die WTO protestierten. Wenn aber Seattle nicht eine Inspiration ist, die weitergetragen wird auf die jeweilige lokale Ebene, in alle möglichen Zusammenhänge hinein, dann kann sich das wieder verlaufen. Aber ich habe nicht nur das Gefühl sondern erfahre auch jetzt Tag für Tag z.B. übers Internet, dass sich überall ungeheuer viel tut. Dass überall die Leute versuchen, den Geist von Seattle in die ganze Welt zu tragen. Nach Europa, nach Afrika und nach Asien. Oder den Geist von Seattle nach Genua zu bringen, wo eine Ausstellung stattfand über die Errungenschaften der Gentechnik. Und tausende von Menschen haben diese Ausstellung blockiert. Die Inspiration, und es ist zunächst nur das, wird von Menschen weitergetragen, die sagen, wir müssen jetzt etwas gegen die sich ausdehnende Macht der von den Großkonzernen betriebenen Globalisierung tun. Die Welt ist keine Handelsware! Menschen und Natur sind wichtiger als Profit! Wir sind nicht nur Konsumenten! Wir wollen dieses Genzeug nicht essen! WTO zerstört die Demokratie! So lauteten einige Slogans in Seattle.

Bei Menschen habe ich auch nicht das Problem, aber bei den Organisationen, wenn ich beispielsweise an deutsche Gewerkschaften denke, die sich mit sich selbst nicht einig sind.

Dann müssen wir die Gewerkschaften als Organisationen erst mal vergessen und sehen, welche Menschen sich IN den Gewerkschaften mobilisieren lassen. Wir selbst haben in unserem winzigen Netzwerk etliche oppositionelle Gewerkschaftler, die glücklich darüber sind, dass es überhaupt einen Ort gibt, wo sie ihre Wut, ihren Ärger, ihren Frust äußern können und wo sie teilnehmen können an Aktionen, an Vorträgen die in eine Richtung gehen, die sie unterschreiben können. Und wo diese Art von Friedhofsruhe durchbrochen wird, die in Deutschland in Bezug auf diese neoliberale Politik herrscht. Vielleicht bewegt sich irgendwann etwas in den Gewerkschaften. Aber wenn sich dort nichts bewegt, muss man sehen , wo sich sonst was bewegt, ob das in den Kirchen ist, bei den Bauern, bei den Jungen, bei den Studenten. Wenn es nicht in Deutschland ist, dann ist es vielleicht im Ausland. Das Schlimme ist, dass die Gewerkschaftsbasis nicht informiert ist. Das merke ich immer wieder bei meinen Vorträgen. Da fängt man immer wieder bei Punkt Null an. Viele GewerkschafterInnen glauben immer noch, Globalisierung sei eine tolle Sache. Das ist ein Skandal, dass die Gewerkschaftsführung ihre Basis nicht besser über das MAI, die WTO, die konzerngetriebene neoliberale Freihandelspolitik informiert hat. Aber immerhin, die amerikanischen Gewerkschaften hatten mindestens 30.000 Gewerkschafter in Seattle auf die Beine gebracht.

Sie vertreten die These, dass globaler Freihandel nicht mit Demokratie vereinbar ist.

Globaler Freihandel und Demokratie sind wie Feuer und Wasser. Diese These stammt eigentlich nicht von mir, sondern von John Gray, einem ehemaligen Berater von Magaret Thatcher. Er hat sie früher bei ihrer Wirtschaftspolitik beraten und hat dann ein Buch geschrieben, in dem er analysiert, dass der Staat ganz massiv eingegriffen hat, um neoliberale Zustände zu schaffen. Sowohl im 18. Jahrhundert, im 19. Jahrhundert als auch jetzt wurde der »Freie Markt« mit Staatsgewalt durchgesetzt. Freihandel ist Freihandel für die Konzerne, das hat aber wenig zu tun mit der Freiheit für die Leute. Die Konzerne verstehen unter Freihandel:

- Freien Zugang zu allen Ressourcen;
- Freien Zugang zu allen Märkten;
- Freien Kapitalverkehr;
- Freie Spekulationen;

ohne dass die Regierungen ihnen irgendwelche Auflagen machen dürfen.

Sie verstehen unter »freiem Markt« auch, dass diese Prozesse nicht gestört werden dürfen durch demokratische Wahlprozesse. Wenn alle vier Jahre Gesetze gemacht werden können, die eventuell die Freihandelsregeln über den Haufen werfen, dann würden die Konzerne sagen: »Das ist keine Sicherheit für uns. Wir brauchen politische Sicherheit«. Politische Sicherheit für die Konzerne steht aber im Widerspruch zu dem, was wir bis jetzt unter politischer Demokratie verstehen. Deshalb brauchen die Konzerne Institutionen wie die WTO, die erhaben sind über die nationalen gewählten Parlamente, auf die die nationalen Parlamente überhaupt keinen Zugriff mehr haben. Die WTO kann Regeln machen, die über den nationalen und lokalen Parlamenten schweben aber von den nationalen wie subnationalen Regierungen beachtet werden müssen. Diese Regeln haben einklagbaren, bindenden Charakter, das ist das Entscheidende. Sie brechen nationales Recht. Im juristischen Sprachgebrauch bricht das jeweils höhere Recht das niedere Recht, also WTO-Recht bricht EU-Recht, EU-Recht bricht nationales Recht, nationales Recht bricht kommunales Recht usw.. Das greift durch bis auf die kommunale Ebene.

Aus Organisationen kann man austreten und Verträge kann man kündigen.

Das könnte man machen, man könnte aus diesen Verträgen austreten, wenn genügend Druck gemacht würde. Die Parlamente müssten informiert und gegen diese Politik mobilisiert werden. Das Problem ist aber, dass die Mehrheit in den Parlamenten im Konsens mit dieser Politik stehen. Sie glauben an die Richtigkeit dieser neoliberalen Politik, obwohl sie im Widerspruch zur tatsächlichen Erfahrung der meisten Menschen steht. Sie erleben Tag für Tag, dass die Versprechungen der Politiker und Industriebosse nicht stimmen und dennoch machen sie weiter wie bisher. Eine Erklärung dafür ist vielleicht, das einige Leute von der globalen Freihandelspolitik profitieren. Die werden gut dafür bezahlt, dass sie so tun, als ob sie daran glaubten.

Für Europa halte ich die Tatsache am gefährlichsten, dass die Bürger keine Möglichkeit haben, diese Liberalisierungspolitik über Wahlen zu beeinflussen. Das EU-Parlament hat keinen Zugriff auf die Entscheidungen der EU-Kommission, es kann nur im Nachhinein die Entscheidungen der EU-Kommission missbilligen. Und die derzeit laufenden Diskussionen um eine »Reform« der EU-Institutionen laufen alle auf eine weitere Entmachtung der BürgerInnen Europas und eine Stärkung der Macht der EU-Kommission hinaus. Hinter der EU-Kommission stehen aber die Lobbies der mächtigsten Konzerne Europas und der USA.●

Das Interview führte Erich Jungnickel,
Redaktion Hamburg

23. BUKO IN BERLIN

WTO und soziale Bewegung im globalen Kapitalismus

vom 6. bis 8. Oktober 2000 findet in Berlin an der Humboldt-Uni der 23. Bundeskongress der entwicklungspolitischen Aktionsgruppen statt. Ausgerichtet wird er vom gleichnamigen BUKO, ein bundesweiter Zusammenschluss von etwa 250 entwicklungspolitischen Initiativen.

Ulrich Brand ● Der BUKO versteht sich nicht als Bundesverband von Soligruppen, sondern als Zusammenschluss vielfältiger internationalistischer Initiativen. Er ist kein Verband, der intern über eine einheitliche Weltanschauung verfügt. Dazu sind die Mitgliedsgruppen zu vielfältig. Dennoch besteht ein Grundkonsens darin, einen eher konfrontativen Politikstil zu bevorzugen, Kritik an den herrschenden Verhältnissen zu formulieren und zu äußern sowie marginalisierte Interessen zu stärken. Internationalismus bedeutet in diesem Sinne nicht, ausbeuterische Nord-Süd-Beziehungen zu thematisieren, sondern umfassende gesellschaftliche Verhältnisse.

So formulierte der BUKO etwa eine scharfe Kritik an der Debatte um nachhaltige Entwicklung, an den zunehmend auf Kooperation mit staatlichen Akteuren setzenden politischen Gruppen und jüngst vor allem an der Hannoveraner EXPO 2000. Zum letztjährigen G 7-Gipfel in Köln veröffentlichte er die Broschüre *Kölngehen*.

Innerhalb des BUKO gibt es verschiedene Arbeitsgruppen, die kontinuierlich zu den Themen Agrarhandel, Rüstungsexporte, Pharmaproduktion, Rassismus und Migration, Weltwirtschaft und Alternativer Handel arbeiten.

Auf den letzten beiden BUKOs in Paderborn (Gegenmacht von unten) und Hannover (Gegen die EXPO 2000) nahmen jeweils etwa 300 Leute teil. In Berlin erwarten wir wegen des Ortes und aufgrund des Themas mehr.

Die übergreifenden Ziele der jeweiligen BUKOs sind Austausch und Reflexion, die Selbstverständigung linker Zusammenhänge sowie verschiedene Praxen kennenzulernen und aufeinander zu beziehen. Und natürlich ist er ein social event.

Der vorläufige Kongresstitel für den nächsten BUKO lautet: WTO und soziale Bewegung im globalen Kapitalismus. Der Ablauf ist bislang grob folgendermaßen strukturiert: Freitagabend eine größere Eröffnungsveranstaltung mit Podiumsdiskussion, Samstag Arbeitsgruppen und am Sonntag (bis in den frühen Nachmittag) eine größere Abschlussdiskussion, auf der wichtige Fragen des bisherigen Kongresses vertieft und eine Abschlusserklärung und/oder Pressemitteilung verfasst werden.

Bislang sind Arbeitsgruppen u.a. zu folgenden Themen geplant: Erfahrungen der Anti-WTO-Bewegung, Gender und Globalisierung, Internationalisierung gewerkschaftlicher Kämpfe, Subsistenz, Migration und Rassismus, städtische Politik und Widerstand, Nichtregierungsorganisationen und soziale Bewegungen, Gewalt im globalen Kapitalismus, Kritik der Arbeit – Ende der Lohnarbeitsgesellschaft, kritische Solidarität, Global Governance und internationale Regulierung, Virtueller Widerstand – Strukturwandel internationaler Öffentlichkeit.●

Info: Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nernstweg 32-34, D-22765 Hamburg, Tel. (0 40) 39 31 56, Fax 390 75 20
email: BUKOHH@t-online.de
www.epo.de/buko/index.htm

AKTION 2000

Die Monatsstatistik

»Derzeit verschulden wir uns mit mit jeder Ausgabe immer noch um 364 DM«, schrieben wir im Juni zum Stand unserer Aktion. Exakt dieser Betrag erreichte uns als Einzelspende aus Mühlheim an der Ruhr. Vielen Dank! Diese Spende hat der ehrenamtlich arbeitenden Heidelberger Redaktion richtig Auftrieb gegeben. Nun glauben wir doch noch daran, dass wir mit Hilfe unserer LeserInnen auch im Jahr 2000 vermeiden, rote Zahlen zu schreiben.
Wenn wir Ende 2000 unser Ziel erreichen, zusätzlich 10.000 DM durch Eintritte in den Förderverein, neue Abos und Spenden zu erwirtschaften, wird auch im nächsten Jahr das Erscheinen der CONTRASTE gesichert sein. Nachfolgend unsere aktuelle Statistik:

Mut macht uns auch der Beitritt von gleich drei neuen Mitgliedern in den Förderverein der CONTRASTE:

- Andreas Birkert, Stuttgart (120 DM)
- Fred Hey, Essen (120 DM)
- Uta Knischewski, Dresden (150 DM)

Vielen Dank, die neuen Mitgliedsbeiträge ergeben in diesem Jahr 390 DM an Mehreinnahmen.

Folgende Spenden gingen auf unserem Konto ein:

- Otto Hänsler, Mühlheim/Ruhr (364 DM!)
- Hans-Jürgen Michel, Bremen (12,50 DM)
- Joachim Wirtz, Berlin (7 DM)
- Stefan Pofahl, Berlin (20 DM)
- Nico-Reiner Schindler, Mannheim (6 DM)
- Bernd Hüttner, Bremen (40 DM)

Herzlichen Dank!

Neue Abos machen einen Mehrbetrag von 160 DM aus. Im Ergebnis sind das Mehreinnahmen von 999,50 DM.

Im Sommerloch gibt es naturgemäß wenig Kündigungen: ein Abo wurde gekündigt.

In unserer Statistik ergeben sich durch die Kündigungen Mindereinnahmen von 80 DM und bereinigt einen Mehrerlös von 919,50 DM. Damit benötigen wir für das Jahr 2000 noch 8.040 DM.

Statistisch gesehen hätten wir bereits in den ersten beiden Quartal einen Mehrerlös von 5.000 DM erreichen müssen, um unser vorgegebenes Ziel zu erreichen. Wenn wir den Altschuldenanteil von 5.000 DM, den wir gerne mit entschuldet hätten, rausrechnen, bleibt ein Betrag von 3.040 DM, der bis zum Jahresende an Mehrerlösen auf jeden Fall erreicht werden muss, damit wir zumindest keine weiteren Schulden machen müssen.

Derzeit verschulden wir uns mit jeder neuen Ausgabe immer noch um 276 DM.

38 neue Abos...

...wären notwendig (bereinigt), um das sich abzeichnende Minus aufzufangen. Wir wissen aus Erfahrung, dass unsere kleine Zeitung kaum bekannt ist und die beste Werbung ist immer noch die direkte Ansprach über begeisterte und zufriedene LeserInnen der CONTRASTE. Vielleicht könnt Ihr in Eurem Umfeld einige Leute für ein Schnupperabo gewinnen. 10 DM für ein dreimonatiges Abo zum kennenlernen sind sicher gut angelegt.

Wir verschicken auch gerne Werbeexemplare zum kostenlosen verteilen und Werbefalter. Bestellen könnt Ihr diese unter der Anschrift der Heidelberger Redaktion.

Außerdem hoffen wir auf weitere neue Fördermitgliedschaften, Spenden (Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 – bitte Wunsch nach Spendenquittung angeben) bzw. neue Abos und werden in der nächsten Ausgabe über den neuesten Stand berichten.

Also: Bitte kündigt Eure Abos und werdet Mitglied im
CONTRASTE e.V.! dp

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... DM pro Jahr.
(mindestens 120,– DM für Einzelpersonen, mindestens 300,– DM für juristische Personen)
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen.
O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

EUROPÄISCHES TRIBUNAL IN BERLIN:

Schuldig!

Das Europäische Tribunal über den NATO-Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien in Berlin hat nach zweitägiger Verhandlung am 3. Juni 2000 sein Urteil verkündet. Die angeklagten Staats- und Regierungschefs der 19 NATO-Staaten, darunter Bundeskanzler Gerhard Schröder, Außenminister Joseph Fischer und Verteidigungsminister Rudolf Scharping, sind der schweren Völkerrechtsverletzung schuldig gesprochen worden. Das Urteil wurde von einer zehnköpfigen Spruchkammer, die unter Vorsitz des international renomierten Völkerrechtlers Prof. Norman Paech stand, einstimmig gefällt.

Hans-Peter Richter, AG Öffentlichkeitsarbeit ● Dem Urteil zufolge haben sich die Angeklagten der schweren Völkerrechtsverletzung schuldig gemacht. Beim Krieg der NATO gegen Jugoslawien im vergangenen Jahr handelte es sich *Norman Paech* zufolge um eine Aggression gegen einen souveränen Staat. Diese Aggressionshandlung habe gegen internationales Recht und Normen verstoßen und sei zu keinem Zeitpunkt gerechtfertigt gewesen. Keinesfalls habe es sich um einen Akt der Nothilfe gehandelt.

Der Konflikt in der südserbischen Provinz wurde von dem Gericht als Bürgerkrieg bewertet. Die Situation im Kosovo sei in den hiesigen Medien und von verantwortlichen Politikern übertrieben dramatisiert und verfälscht worden. Letztendlich aber habe die NATO-Intervention zu einer Verschlimmerung geführt.

Das westliche Militärbündnis habe bei ihrem Krieg gegen Jugoslawien zudem gegen den NATO-Vertrag verstoßen. Zudem habe die Bundesregierung sowie diejenigen Abgeordneten des Deutschen Bundestages, die für eine Beteiligung der Bundeswehr gestimmt hatten, gegen den 2+4-Vertrag, das Grundgesetz sowie Normen des Strafgesetzbuches verstoßen, heißt es in dem Urteil.

Zwar könne den angeklagten Bundestagsabgeordneten keine direkte Schuld nachgewiesen werden in Bezug auf die Kriegsführung der NATO und insbesondere die Angriffe auf zivile Ziele und gegen die Bevölkerung Jugoslawiens. Erschwerend sei allerdings, daß sie nichts gegen die Rechtsverstöße unternommen hätten, nachdem das Ausmaß des Krieges und seine Folgen bekannt geworden sind.

Verurteilt wurde insbesondere auch der Einsatz international geächteter Waffen (Cluster- bzw. Splitterbomben) sowie mit abgereichertem Uran versehene Munition. Der Angriff auf das Sendegebäude des serbischen Staatsfernsehens RTS sei ebenfalls zu verurteilen. Letztendlich handele es sich um einen Eingriff in die Informationsfreiheit.

Die von den Teilnehmern des Tribunals mit anhaltendem Applaus aufgenommene Urteilsbegründung schloß mit den Worten: »Krieg darf nicht das Modell für eine neue Weltordnung abgeben. Krieg darf nicht wieder Mittel der Politik sein.«●

NEW YORKER TRIBUNAL

NATO auf der Anklagebank

Schuldig! Auch das internationale Volkstribunal über Kriegsverbrechen der USA und der NATO in Jugoslawien, das am 10. Juni in New York stattfand, hat die Politiker und führenden Militärs aus den Ländern des westlichen Militärbündnisses dafür verantwortlich gemacht, während des Krieges im vergangenen Jahr Kriegsverbrechen begangen zu haben. Ein Gremium von 16 Richtern aus elf Ländern sprach die Angeklagten in allen 19 Anklagepunkten schuldig. Diese wurden in einer emotional sehr mitreißenden Rede vom ehemaligen US-Justizminister Ramsey Clark bekanntgegeben, der dem Tribunal als Hauptankläger vorstand.

Cathrin Schütz, New York ● Clark forderte die rund 500 Teilnehmer des Tribunals dazu auf, sich an der Organisation einer weltweiten Kampagne zur Abschaffung der NATO zu beteiligen. Ben Dupuy, ehemaliger Botschafter aus Haiti, Reverend Kiyul Chung aus Südkorea und die aus den USA stammende Gewerkschafterin Martha Grevatt gaben das Urteil bekannt.

Unter den Richtern, Zeugen und Gästen waren zahlreiche Vertreter der zum gleichen Zweck gegründeten Volkstribunale anderer Länder, darunter auch aus Deutschland. Die Tatsache, daß der ukrainischen Delegation die Einreise in die USA verwehrt wurde, wurde mit wenig Überraschung zur Kenntnis genommen. Allgemein wird die Ukraine als nächstes neues NATO-Mitglied angesehen, weshalb Kritik aus der Ukraine nur ungerne vernommen wird.

Vertreter aus Kuba, Puerto Rico, Korea und Irak sprachen über die Interventionen der USA in ihren Ländern und machten damit deutlich, daß die USA als Wiederholungstäter zu betrachten seien. Damit gelang es, den Krieg gegen Jugoslawien in ein umfassendes Bild US-amerikanischer imperialistischer Außenpolitik und Strategien einzuordnen. Der ehemalige Admiral Elmar Schmähling aus Deutschland berichtete über die Rolle der NATO, über ihr aggressives Vorgehen seit dem Ende des Ost-West-Konflikts und die neue Strategie der Allianz. Der belgische Autor Michel Collon sprach über die geopolitischen Hintergründe des NATO Angriffs auf Jugoslawien, wobei im Mittelpunkt das neue »Great Game« um Kontrolle, Zugang und Transportwege der immensen Ölvorräte im Kaspischen Meer stehe. Jean Hatton aus Großbritannien referierte über die Medienlügen zur Rechtfertigung des Krieges. Der kanadische Jurist Christopher Black zeigte die Einbindung des Internationalen Kriegsverbrechertribunals in Den Haag zur Kriegsvorbereitung gegen Jugoslawien auf. Einen ausführlichen Bericht über die Umweltzerstörung in Jugoslawien infolge der NATO-Angriffe gab die kanadische Biologin und Umweltexpertin Dr. Janet Eaton, ihre italienische Kollegin Dr. Carla Pona sprach über die Folgen des Einsatzes von Munition mit angereichertem Uran.

Brian Becker vom International Action Center, dem Organisator des Tribunals, rief die Besucher schließlich dazu auf, der »moralischen Verpflichtung« gerecht zu werden und dafür zu sorgen, daß die Wahrheit über diesen Krieg Teil der Geschichtsbücher wird und die NATO-Angriffe gegen das Land und die Menschen Jugoslawiens niemals in Vergessenheit geraten. »Wir hier, auf der Bühne und im Saal, sind die wahren Vereinten Nationen, die Vereinten Nationen gegen Aggression.«●

ERWERBSLOSENKONFERENZ IN BIELEFELD

Gegen Billiglohnpropheten

»Gegen Arbeitszwang und Billigjobs – für ein existenzsicherndes Einkommen« lautete das Motto der ersten bundesweiten Arbeitskonferenz des Runden Tisches der Erwerbslosen- und Sozialhilfeorganisationen, an der am 17. und 18. Juni in Bielefeld mehr als einhundert AktivistInnen teilnahmen.

Gerhard Klas, (jW) ● Zahlreiche Angriffe, wie die geplante Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und eine Pauschalierung der Sozialhilfeleistungen mit verheerenden Auswirkungen auf die Mietkosten der SozialhilfeempfängerInnen, machen das Leben von Erwerbslosen und SozialhilfeempfängerInnen immer unerträglicher. Und ein Ende der Regierungsoffensive ist nicht in Sicht. *Angelika Beier* von der *Koordinierungstelle der gewerkschaftlichen Arbeitslosengruppen* befürchtet, dass die Ankündigungen des Bundesfinanzministers, der wieder eine geringere Neuverschuldung im kommenden Haushaltsjahr anstrebt, weitere Einschnitte ins soziale Netz bedeuten werden.

Dass es dabei nicht nur um Haushaltseinsparungen geht, sondern auch um die Absenkung des Lohnniveaus der abhängig Beschäftigten, lag für die TeilnehmerInnen der Konferenz auf der Hand. Durch die allmähliche Absenkung der Leistungen wolle die Regierung »Zwang ausüben, jede Arbeit auch unterhalb tariflicher Bedingungen anzunehmen, und so das Problem der Arbeitslosigkeit loswerden«, folgerte *Angela Klein* von der *Bundeskoordination der Europäischen Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung*. In mehreren Bundesländern gibt es schon Modellprojekte, mit denen Erwerbslose in schlecht bezahlte Arbeit gedrängt werden.

Michel Rosseau vom europäischen Sekretariat der Euromärsche aus Paris erklärte, dass Niedriglohn überall in Europa eingeführt oder schon praktiziert werde. Eine zentrale Rolle schreibt Rosseau der Europäischen Kommission zu, die schon Mitte der 90er Jahre auf Betreiben zahlreicher Wirtschaftslobbyisten gefordert hatte, das Niveau der Sozialleistungen in Europa um bis zu 30 Prozent abzusenken. In Paris sei Anfang Dezember eine europäische Versammlung der Erwerbslosenorganisationen geplant, die ein weiteres Vorgehen gegen die EU-Politik und für soziale Rechte koordinieren wolle.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Für die »Einheit der Erwerbslosen« plädierte *Gerd Erich Neumann* vom *Arbeitslosenverband Mecklenburg-Vorpommern*. Ein Vertreter der *Arbeitsloseninitiative Thüringen* unterstrich ebenfalls die Notwendigkeit des gemeinsamen Handelns, denn andernfalls würden »Kräfte von rechts außen« die Diskussion um die soziale Frage bestimmen. Perspektivisch reiche es jedoch nicht aus, nur »Abwehrkämpfe gegen Zwangsarbeit« zu führen, die anwesenden Organisationen müssten auch »positive Alternativen« formulieren, mahnte *Harald Rein* von der *Bundesarbeitsgemeinschaft unabhängiger Erwerbslosengruppen*. Das könne zum Beispiel ein unabhängig von einer Erwerbsarbeit ausgezahltes »garantiertes Mindesteinkommen« sein, das vor Niedriglohn und Armut schütze. Sein Ansinnen fand bei nahezu allen Organisationen Zuspruch, nur die konkrete Ausgestaltung und Höhe des Mindesteinkommens war umstritten.

Anfang der 90er Jahre sei die Forderung nach einem Mindesteinkommen noch belächelt worden, nun gebe es immerhin eine breitere Debatte in vielen Ländern Europas, so Rein. Das dokumentierte auch die Teilnahme von Vertretern der katholischen Arbeitnehmerbewegung und der nationalen Armutskonferenz, die sich ebenfalls mit Modellen zum Mindesteinkommen beschäftigten. Auch die Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken hätte ein »offenes Ohr für Fragen, die über den Betrieb hinausgehen«, berichtete *Heinz-Günther Lang* und sagte die Unterstützung von Aktionen des Runden Tisches zu.

Einer Gewerkschaftvertreterin der *ÖTV* kam das nicht so leicht über die Lippen. Sie beschwor auf der Abschlussveranstaltung zwar die »materielle Basis der Solidarität, die moralische Appelle« ersetzen solle. Dieser Zusammenhang sei vielen »Kollegen« allerdings »nicht bewusst«, so *Renate Knapper* vom Vorstand der *ÖTV*, die außerdem die tarifpolitische Schwäche ihrer Gewerkschaft beklagte. Die *Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten*, die vor allem Beschäftigte im Niedriglohnbereich organisiert, kann selbst in den tarifgebundenen Bereich keine »existenzsichernden Einkommen« mehr »durchsetzen«, so *Klaus Phade* von der *NGG*. Daraus hat sie ihre Schlüsse gezogen: Seit einigen Jahren fordert die *NGG* einen gesetzlichen Mindestlohn von 2.500 DM brutto. Bisher ist sie in Deutschland jedoch die einzige Gewerkschaft geblieben, die auf diesem Wege ein Lohndumping verhindern will.

Den Erwerbslosen ist dieser Ansatz sympathisch, knüpft er doch an ihrem Kampf gegen Arbeitszwang und Billiglohn an. Um die Bewegung der Erwerbslosen auf eine breitere Basis zu stellen, kündigte der Runde Tisch für die zweite Jahreshälfte Regionalkonferenzen an, mit denen er seine Arbeit und die Forderung nach einem Mindesteinkommen einer größeren Anzahl von Betroffenen zugänglich machen will.●

Aus: junge Welt, 20.6.2000

KURZMELDUNGEN

Das Motto »Die Freiheit nehm ich mir« ernst genommen

»Was ihnen gewaltsam vorenthalten wird, haben sie sich genommen – die Freiheit« so kommentiert Emrullah Özdemir von der AKTION 3.WELT Saar den Ausbruchsversuch am 10. Juni von 10 Häftlingen aus dem Abschiebegefängnis in Zweibrücken in Rheinland-Pfalz.

Redaktion Saarland ● Die einzige »Straftat«, die die Gefangenen in Abschiebehaft begangen haben, ist die Tatsache, dass sie nicht als Deutsche geboren wurden aber hier um Zuflucht nachsuchen. Das Abschiegefängnis Zweibrücken ist ein politischer Skandal und sollte nach Meinung der AKTION 3.WELT Saar geschlossen werden. Nicht die Häftlinge und ihr Wunsch nach Freiheit müssen bekämpft werden, sondern die Fluchtursachen. Kein Mensch flieht freiwillig, wenn ihm in seiner Heimat ein menschenwürdiges Leben möglich ist. Viele fliehen vor politischer Verfolgung oder im Falle von Frauen oft vor sexueller Ausbeutung. Hinzu kommt die ungleiche Verteilung des Reichtums dieser Erde, was ebenfalls Menschen zur Flucht zwingt. Frei nach dem Motto »Die Freiheit nehm ich mir« darf ein Leben in Würde nicht abhängig sein vom Besitz einer bunten Kreditkarte oder eines Aktienpaketes.

Das 1997 eingerichtete Abschiebegefängnis Zweibrükken umfasst aktuell rund 70 Plätze. Auch die Lage – abseits im Wald – symbolisiert die Mauer des Schweigens, mit der der Skandal Abschiebehaft von der öffentlichen Diskussion ferngehalten wird. In der offiziellen Sprachregelung heißt das Gefängnis verharmlosend »Gewahrsamseinrichtung für Ausreisepflichtige«.

Die AKTION 3.WELT Saar hatte gemeinsam mit anderen Organisationen aus Rheinland-Pfalz und dem Saarland am 2. Oktober 1999 eine Demonstration in Zweibrücken gegen das dortige Abschiebegefängnis veranstaltet. Aktuell planen Rheinland-Pfalz und das Saarland eine engere Kooperation in Sachen Abschiebehaft. In Ingelheim bei Mainz entsteht ein Abschiebekomplex mit 150 Plätzen. So wie sich Europa gegenüber Flüchtlingen an den Außengrenzen als Festung präsentiert – zwischen 1993 und 1998 starben 80 Flüchtlinge an den Außengrenzen – so werden auch im Inneren viele Mauern um Flüchtlinge gezogen. Abschiebehaft ist eine davon und gehört abgeschafft.●

IG Metall gegen Bauwagen

IG Metall fordert über 50.000 DM

Redaktion Heidelberg ● Anfang August 1999 wurde das ehemalige Coca-Cola-Gelände an der Theodor-Heuss-Allee in Bockenheim mit Bauwagen besetzt. Wie ein großer Teil der »City-West« gehört auch das sich dort befindliche Coca-Cola-Gelände zum Eigentum der IG Metall und wird durch die GVG (Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH) verwaltet. Mit der Besetzung sollte einerseits auf die unzähligen Gelände in Frankfurt aufmerksam gemacht werden, die seit Jahren ungenutzt sind und lediglich als Spekulationsobjekte dienen.

Zum anderen war es ein Versuch, einen neuen Freiraum zu schaffen, in dem ein selbstbestimmtes Leben miteinander (statt vereinzelt) möglich ist. Solche Freiräume zu erkämpfen ist nach wie vor bitter nötig, da in Frankfurt (und nicht nur hier) so gut wie alle sog. »alternativen Wohnprojekte« kurz- oder langfristig bedroht sind.

Auf die Besetzung schien die IG Metall in ersten Gesprächen mit den BesetzerInnen verhandlungsbereit zu reagieren. In Wirklichkeit forderten sie jedoch die sofortige polizeiliche Räumung des Areals. Als diese nicht erfolgte, ließ die IG Metall die Zugangsmöglichkeiten für die AnwohnerInnen durch einen Zaun versperren, engagierte einen »rund um die Uhr«-Sicherheitsdienst und reichte eine Räumungsklage ein. Obwohl die BesetzerInnen das Gelände nach einigen Wochen freiwillig verließen, wurde die Räumungsklage nicht zurückgezogen. Stattdessen stellte sie Strafantrag wegen Sachbeschädigung. Beides ist mittlerweile wegen Nichtigkeit eingestellt worden. Nun folgt das vierte Verfahren: Die IGM fordert 51.489,16 DM von den BesetzerInnen.

Hiermit sollen die übertriebenen Maßnahmen, welche die IG Metall im Sommer 1999 für nötig empfunden hat, um ihr so genanntes Eigentum zu schützen, bezahlt werden.

Fakt ist, das auch eine »soziale Gewerkschaft« nur ein Rädchen in der großen Stadtumstrukturierungsmaschine ist. Durch das Gelände wird eine Straße gebaut, welche die optimale Erschließung der »City-West« garantiert. Für eben dieses »City-West«-Projekt werden – in fast direkter Nachbarschaft – nicht so gut verdienende Menschen aus ihren Wohnungen »entmietet«. Ein ganzer Stadtteil wird dem Erdboden gleichgemacht, nur um den eigenen Profit auf ein Maximum zu steigern. Dort wo letzte Woche noch alte Häuser zu günstigen Mieten standen, entstehen in wenigen Monaten luxuriöse Eigentumswohnungen zu unbezahlbaren Preisen. Es ist abzusehen, dass bald die sog. Besserverdienenden die »City West« bevölkern werden.

Prozesstermin: 12. September 2000 um 10.40h, Raum 308, Gebäude B; Gerichtsstr. 2, Frankfurt
Nähere Infos über:
wagenplatz@bembelterror.de

Expo 2000

– nichts zum Lahmlegen da!

»London – Seattle – Hannover« hieß ein Slogan der Anti-Expo-Gruppen. Das war eine hohe Messlatte. Rund um die Expo-Eröffnung sollte deren Beginn massiv gestört werden, um eine kritische Thematisierung der Expo-Ideologie zu erreichen. Was ist aus diesem Ziel geworden – und wie geht es weiter?

Jörg Bergstedt, Red. Umweltschutz von unten ● Kurz und gut: *»Expo lahm legen«* ist nicht gelungen. Die Expo konnte unter Störungen eröffnet werden. Die Infrastruktur brach nicht zusammen. Straßen und Kreuzungen, Bahnlinien und Züge wurden zwar blockiert oder gestoppt, doch es hatte alles wenig Wirkung. Inzwischen wird immer klarer, warum das so war: Die Expo fand und findet nicht statt. Die sensationellen Berichterstattungen vom ersten Tag, der so gelungen sein sollte, lassen sich schnell widerlegen. Die Zahl der BesucherInnen von 150.000 ist eine Lüge, die über Anzeigenaufträge gleichgeschalteten Printmedien brachten die Jubelmeldungen von den riesigen Menschenmengen aber groß heraus. Offenbar haben die Redaktionen aus den vergangenen Monaten (z.B. die Kriegsbelügung im Frühjahr 1999) nichts gelernt. Was von oben kommt, wird übernommen.

Selbst wenn die Zahl stimmen würde, ist sie kein Erfolg, sondern ein Desaster. Ursprüngliche Erwartungen lagen bei 400.000 BesucherInnen am ersten Tag. Erst wenige Wochen vor Beginn der Expo wurde die Zahl auf 250.000 gesenkt. Das lag schon unter dem notwendigen Durchschnitt von 260.000, der erreicht werden muss, damit die Expo nicht noch mehr Milliarden-Minus einfährt. Wenige Tage vor dem Start wurde dann erneut korrigiert: 150.000 sei das Ziel. Panikartig verteilte die Expo ca. 50.000 Freikarten. Daher wären es selbst dann, wenn die 150.000 stimmen, nur 100.000 zahlende Gäste. Wahrscheinlich sogar weniger, weil etliche tausend geladene Gäste mitzuzählen sind.

Die Expo findet nicht statt. Das am ersten Juniwochenende stattfindende Stadtteilfest in der Lister Meile von Hannover hatte mehr BesucherInnen als die Expo 2000. Bereits am Sonntag kündigte der Expo-Jobservice Adecco erste Massenentlassungen an. Dabei hatte selbst der DGB deren Arbeitsverträge hochgelobt. Die Realität holte das aber schnell ein. Hingucken reicht, um die Lügen zu entlarven. Der Widerstand am 1.6. musste bei dieser Situation wirkungslos bleiben in Bezug auf ein Lahmlegen der Infrastruktur. Dabei war es gar nicht schlecht, was lief ...

Einblicke

Um 9 Uhr wurde die Expo eröffnet. Da hatten schon die Züge von Norden und Süden Verspätungen: Brennende Reifen auf den Schienen. Als Johannes Rau das rote Band durchschnitt, begannen laute Sprechchöre »Expo No«. Schilder wurden hochgehalten. Die Polizei griff ein. Kurz danach die nächsten Schilder und so fort. Kanzler Schröder schimpfe auf die DemonstrantInnen. Ein ICE musste geräumt werden wegen eines bombenverdächtigen Paketes. Blockaden auf der Hildesheimer Straße – aber kaum ein Auto musste bremsen, es fuhren keine. Kurz vor zehn Uhr kletterten ca. 12 Personen auf eine Verkehrsschilderbrücke direkt am Expo-Gelände. Zwei Personen seilten sich ab. Der Messeschnellweg, wichtigster Autobahnzubringer zur Expo, musste gesperrt werden. Aber wieder: Kein Stau, weil es keinen Verkehr gab. Nach einer Stunde war die Blockade geräumt und die AkteurInnen verhaftet. Weitere Blockaden entstanden in anderen Stadtteilen, Aktionen gegen Straßenbahnen, aber das Dilemma blieb: Wenn niemand zur Expo geht, nützen auch Blockaden nicht.

Im Verlauf des Nachmittags kam es zu Aktionen in der Innenstadt. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits ca. 60 Personen aus den Blockadegruppen verhaftet. Die Polizei log mit ihrer Zahl 14. Am Aegidientorplatz lief eine Kissenschlacht mit politischem Motto. Nervöse Polizei. Am Steintor begann wenig später eine Demonstration. Ausrastende Polizei. Kessel, Massenverhaftungen. 400 Leute saßen schließlich in Gefangenschaft, überwiegend in kleinen, dafür in Baracken aufgestellten Käfigen. Der Höhepunkt: In einem Käfig von 6x6 Metern 78 Menschen. Das macht mehr als zwei Personen pro Quadratmeter. Aber diese Bilder hat niemand außen gesehen. Auf der Expo feierte sich Deutschland als offenes Land ab. Die Realität blieb verborgen. Die Käfige mit den eingesperrten Menschen wären ein realistischerer Deutschlandpavillon gewesen ...

Zusammenfassend: Am 1.6. waren viele selbstorganisierte Kleingruppen unterwegs. Das Aktionskonzept war verwirklicht worden. Koordinations- und Unterstützungsgruppen agierten, angefangen vom EA mit RechtsanwältInnen über Handykoordination, Fahrradkuriere zum Infoaustausch bis zum aktuellen Internet-Nachrichtendienst www.expo-calypse.de. Das Stör- und Blockadekonzept scheiterte an der »Strategie« der Expo, einfach nicht stattzufinden. Schade.

Analysen

Die Tage nach dem 1.6. zeigten, welche Wirkung direkte Aktionen und Bewegung von unten entfalten können. Ständig liefen Aktionen, von kreativ-direkten auf der Straße (z.B. die Reclaim-the-Streets-Party am 3.6., die wieder hart von der Polizei angegriffen wurde, aber zweimal abtauchte und in anderen Stadtteilen wieder entstand) bis zur Kommunikationsguerilla, z.B. der Verteilung von gefälschten Eintrittskarten usw. Obwohl einige hundert AkteurInnen in Haft waren oder wegen Platzverweisen die Stadt verlassen mussten, obwohl das eigentliche Ziel des 1.6. nicht erreicht wurde und die gleichgeschaltete Presse einen Erfolg der Expo konstruierte, gab es viel Druck und Kreativität für Aktionen.

Gleichzeitig lief eine Öffentlichkeitsarbeit: Vier Zeitungsausgaben mit Berichten, Ankündigungen und inhaltlichen Texten, ständige Pressearbeit und mehr. Vor allem in Rundfunk und Fernsehen sowie in ausländischen Medien wurden die Proteste auch deutlich gezeigt. Als die Aktionswoche zuende war, gingen die Aktionen weiter: Hakenkrallen auf der Bahnlinie Hannover-Hamburg, eine Gleisblockade Richtung Westen usw.

Daher bleibt trotz des Verfehlens von »Expo lahm legen« vieles übrig, was als Schritt hin zu neuer politischer Aktionsfähigkeit genutzt werden kann. Es ist gelungen, viele Basisgruppen nicht nur zu einem Mitmachen zu bewegen, sondern dazu, eigene Ideen umzusetzen. Die Aktionswoche gegen die Expo 2000 war nicht nur ein Event. Es gab sehr, sehr viele Gruppen und Menschen, die nicht nur zum Mitmachen gekommen waren, sondern mit eigenen Ideen. Im Aktionscamp gab es Koordinations- und Planungstreffen, an den Computern wurden Freikarten gefälscht oder Aufkleber produziert. Das alles ist sicherlich noch um vieles steigerungsfähig, aber es war das Ende politischer Fantasielosigkeit. Und sichtbar wurde auch: Die Polizei war ziemlich hilflos. Sie hätte die Blokkaden gar nicht oder nur mit härtester Gewalt verhindern können. Nun aber wird die Expo nicht in erster Linie am Widerstand scheitern, sondern an sich selbst. Immerhin das aber dürfte sicher sein. Für einen kreativen Widerstand von unten entstehen neue Perspektiven.

Abseilaktion am 1.6. über dem Messeschnellweg

Ausblicke

Der gegen die Expo gerichtete und dort entstandene Widerstand ist nicht am Ende, sondern steht am Anfang. Die Aktionsform des kreativen, direkten und von unten organisierten Widerstandes ist richtig. In den nächsten Monaten bieten sich viele Möglichkeiten, ihn weiterzuentwikkeln und die Punkte zu finden, wo er die Wirkung zeigt, die er haben kann:

● Weiterer Widerstand gegen die Expo: Die Weltausstellung ist zwar am Ende, aber nicht zu Ende. Sie wirbt weiter für ein Deutschland als zentrale Führungsmacht der Welt, für Vertreibung und innere Sicherheit, für Technik als Lösung von Hunger und Umweltzerstörung, für Atom- und Gentechnik, für eine Bevölkerungskontrolle usw. Verschiedene Gruppen bereiten Aktionstage vor, z.B. zum Tag der Weltenwanderung am 19. Juli oder die Chaostage vom 6.-8. August. Die Werbeschau für den Turbokapitalismus kann von allen Menschen und mit allen Aktionsformen angegriffen werden: Streiks, Blockaden, Öffentlichkeitsarbeit usw. Der Expo-Knast wird anschließend zum Abschiebeknast, die Arbeitsverhältnisse auf der Expo sind unabgesichert, weitere Entlassungen sind angekündigt. Gewerkschaften, Kirchen, NGOs, Parteien usw. werden erklären müssen, warum sie bei dieser Weltausstellung mitgemacht haben. Ansätze gibt es genug, einen heißen Anti-Expo-Sommer zu organisieren. Die aktuellen Termine finden sich weiterhin unter www.expo-no.de.

● Widerstand überall: Direkte Aktionen von unten, das Überwindungen von Ein-Punkt-Bezügen und den vielen Grenzen in der politischen Bewegung, Kreativität und Visionen sowie radikale Positionen – all das ist überall wichtig. In Städten, Dörfern und Regionen können solche Aktionskonzepte verwirklicht werden, sei es gegen Parlamente, Institutionen, Parteitage, Aufmärsche, Großbaustellen, Abschiebeflughäfen, Firmen oder andere Orte von Herrschaft und Profitmaximierung.

● Tag der Deutschen Einheit: Dieses Jahr wird Groß-Deutschland 10 Jahre alt. Einigen Ewig-Gestrigen ist das Deutschland zwar noch zu klein, aber an zwei Orten soll groß gefeiert werden: Offiziell in Dresden, der Hauptstadt des Bundesratspräsidenten Biedenkopf, und zudem auf der Expo 2000, denn am 3.10. ist dort auch der Deutschland-Tag. In beiden Fällen kann das, was schon in der Aktionswoche als Strategie des Blockierens, Störens und Sabotierens geplant und nur teilweise umgesetzt wurde, wieder eine Chance haben.

● Der weltweite Höhepunkt direkter Aktion und antikapitalistischen Widerstandes wird Ende September in Prag stattfinden. Dort steht das Treffen des Internationalen Währungsfonds an. Am 26.9. soll aus diesem Anlass der nächste globale Aktionstag steigen. Für Aktionsgruppen aus Mitteleuropa ergibt sich die Chance, direkt dort mitzukämpfen mit den Widerstandsgruppen aus Prag und Umgebung, aus osteuropäischen und vielen anderen Ländern. Prag ist für viele Städte Deutschlands dichter als Hannover. Der Widerstand wird international sein.

Euphorie ist fehl am Platze. Doch die Unkenrufe aus verschiedenen Richtungen, die wieder mal alles Zerreden wollten und selbst dann oft in der konkreten Praxis gefehlt haben, haben sich nicht bewahrheitet. Die politische Bewegung in Deutschland war und ist nicht in bester Verfassung. Nirgendwo gibt es so viele AnhängerInnen des Lobbyismus, gehört es fast immer zur typischen politischen Karriere, mit 25 oder spätestens 30 Jahren die Seite zu wechseln und bei den Herrschenden mitzumachen bzw. diese beraten zu wollen. Filz, finanzielle Abhängigkeiten – all das ist in Deutschland stark ausgeprägt. Die Teilnahme vieler Gruppen und Verbände an der Expo (und nicht am Widerstand) bezeugt das eindrucksvoll. Zudem dominieren oft die verkrusteten Strukturen altlinker Zusammenhänge (Gruppen, Einrichtungen, Organisationen, Medien, Verlage) und krasse Ein-Punkt-Bezüge ohne jeglichen Blick über den eigenen Tellerrand. Aus solchen Runden gab es Desinteresse bis zu Distanzierungen und Boykottaufrufen gegen den Expo-Widerstand. Unter diesen Umständen ist festzustellen: Es war kein Durchbruch, das Hauptziel konnte nicht erreicht werden, aber es ist ein Schritt gemacht worden. Der war sogar groß und besonders wichtig – denn es war der Erste, der herausführte aus der Resignation und der selbstverschuldeten Fantasielosigkeit politischer Bewegung der letzten zehn oder sogar mehr Jahre. Insofern wird sich der Sinn des 1.6. erst in den nächsten Auseinandersetzungen zeigen. Zu einer handlungsfähigen, widerständigen Bewegung führen jetzt viele weitere Schritte. Der große Durchbruch ist nicht geschehen, aber ein Anfang kann es gewesen sein. »Turn Prague to Seattle« ist auf T-Shirts zu lesen ... Visionen können das Konkrete voranbringen!●

Fakten zum 1.6.

● Verschiedene Expo-Widerstandsgruppen blokkierten Zufahrten bzw. den Messeschnellweg. Dadurch konnte kein Stau hervorgerufen werden. Vergleicht man dies mit dem Anreiseverkehr z.B. einer CeBIT, zeigt sich, dass niemals 150.000 BesucherInnen unterwegs waren. (AugenzeugInnenberichte)

● Die Aktionsgruppen auf der Schilderbrücke und an den Expo-Eingängen hatten mehrere Stunden einen guten Ausblick auf Messeschnellweg, Zufahrten und Expo-Gelände. Dort gab es nie große Menschenansammlungen.

● Die Hannoversche Allgemeine Zeitung (HAZ) behauptete am 2. Juni auf Seite 1, dass die Expo 2000 in Hannover an ihrem Eröffnungstag, dem 1. Juni 150.000 Besucher gehabt habe. Auf Seite 18 der selben Ausgabe erfahren wir auch, wie diese Besucher auf die Expo gekommen sein sollen: 30.000 mit der U-Bahn, 33.000 mit der Deutschen Bahn und die restlichen 87.000 sollen mit den PKWs gekommen sein, die auf den 5.000 belegten Parkplätzen (von 25.000) geparkt hatten. Damit saßen durchschnittlich 17,4 Personen in jedem PKW.

● Definitiv waren die Parkplätze fast gar nicht belegt. Auf einem riesigen Busparkplatz standen gerade mal 2 Busse. Ein Sicherheitsbeamter meinte, es gäbe nicht mal ein Drittel der Auslastung wie bei der CeBit. (AugenzeugInnenbericht).

● Der starke BesucherInnenabbruch am zweiten Tag ist nicht zu erklären, zumal der Erste deutlich teurer war. Es kamen an den folgenden Tagen je max. 70.000 Menschen – obwohl erneut Zehntausende Freikarten erhielten und die Preise teilweise gesenkt wurden.

● Selbst wenn die Zahlen stimmen würden, ist sie kein Erfolg, sondern ein Desaster. Ursprüngliche Erwartungen lagen bei 400.000 BesucherInnen am ersten Tag. Erst wenige Wochen vor Beginn der Expo wurde die Zahl auf 250.000 gesenkt. Das lag schon unter dem notwendigen Durchschnitt von 260.000, der erreicht werden muss, damit die Expo nicht noch mehr Milliarden-Minus einfährt. Und wenige Tage vor dem Start wurde dann erneut korrigiert: 150.000 sei das Ziel. Dann begann die Expo, Freikarten zu verteilen – ca. 50.000 davon kamen in Umlauf. Daher wären es selbst dann, wenn die 150.000 stimmen, nur 100.000 zahlende Gäste. Wahrscheinlich sogar weniger, weil etliche tausend geladene Gäste auch noch zu zählen sind.●

BRUCH IM »ANTI-EXPO-BÜNDNISS«

»Last Exit Hannover«

Pünktlich zur Anti-EXPO-Auftaktdemonstration am 27.5.2000 wurde von der Ökologischen Linken ein Flugblatt mit der Austrittserklärung aus dem Bündis verteilt. Der Text wurde vom BundessprecherInnenrat der Ökologischen Linken erstellt. Nachfolgend dokumentieren wir den Text.

»Die Kampagne des »Bundesweiten Anti-EXPO-Bündnisses« gegen die EXPO(-Eröffnung) droht zu einem Fiasko zu werden. Die Ursachen dafür sind die Unfähigkeit des Bündnisses zu radikaler politischer Kritik und seine Entscheidung für ein verpuffendes Kleingruppenkonzept praktisch ohne Koordination bzw. Zusammenführung zu gemeinsamen, wirkungsvollen Aktionen. Wenn es dennoch zu erfolgreichen Anti-EXPO-Aktionen in Hannover kommen sollte, dann werden sie nicht vom »Bundesweiten Anti-EXPO-Treffen« durchgeführt werden, sondern unabhängig davon von Umweltgruppen, internationalistischen, antinationalen oder nicht am Bündnis beteiligten in- und ausländischen Gruppen.

Die öffentlichen bundesweiten Anti-EXPO-Vorbereitungsstrukturen haben bei der Planung von Gegenaktionen anlässlich der EXPO 2000 in Hannover versagt. Die Initiativen der VertreterInnen der Ökologischen Linken und einiger anderer Gruppen im Bündnis (wie z.B. der Anti-EXPO-AG Hannover) für kollektive und verbindliche Aktionen wurden unterlaufen und ausgebremst. Das »Bundesweite Anti-EXPO-Treffen« besteht vorwiegend aus einer Handvoll von Kleingruppen und Einzelpersonen, die bestenfalls einen lifestyle-anarchistischen bzw. kleinbürgerlich-lebensreformerischen Bereich der Jugendumweltbewegung rund um den Nachrichtendienst *»Ö-Punkte«* herum repräsentieren. Es wird daher keine breit getragene Blockade der EXPO-Eröffnung am 1. Juni 2000 geben, sondern lediglich unverbindliche, politisch diffuse und subkulturelle Kleinaktionen. Sie sind nicht Ausdruck eines neuen politischen Ansatzes »von unten«, sondern von Ohnmacht und inhaltlicher Gleichgültigkeit. Die nur durch Omnipotenzphantasien begründbare Behauptung, in Hannover ein zweites »Seattle« veranstalten zu wollen und am 27. Mai in Hannover eine »internationale Großdemonstration« durchzuführen, steht im krassen Gegensatz zur realen Situation und zum schwachen Mobilisierungsstand.

Das hat **zum einen** mit der Ignoranz gegenüber linken und linksradikalen Politikansätzen außerhalb der Anti-EXPO-Treffen zu tun: Antifaschismus- und Antirassismus-AktivistInnen wurden in den Rundbriefen der Anti-EXPO-Treffen in denunziatorischer Attitüde als nicht mehr zeitgemäss abqualifiziert. Die umfassenden Ziele der Anti-AKW-Bewegung werden als »Detailkritik« **(1)** abgetan. Die angebliche Vielfalt handlungsfähiger »Basisgruppen« und »regionaler Zusammenhänge« ist ein Fetisch; die wenigen tatsächlich vorhandenen Gruppen bestehen aus einer Handvoll Personen (z.B. das sogenannte Regionaltreffen Ruhrgebiet/West) oder sind Initiativen, die am Tropf von städtischen Geldern und Grüne-nahen Stiftungen hängen.

Zum anderen wurde eine inhaltliche und strategische Auseinandersetzung über die Grundlagen der Kritik an der EXPO und an den neuen technischen Destruktivkräften, an Ausbeutungsmethoden und Herrschaftsideologien auf den bundesweiten Treffen blokkiert bzw. auf private Klein- und Wohlfühlgruppen verwiesen. Die Verweigerung einer basisdemokratischen Debatte und die fehlende Bereitschaft zur Einigung auf eine gemeinsame linksradikale EXPO-Kritik hat den Raum geschaffen für die Verbreitung reaktionärer und mit der Ideologie der EXPO gut vereinbarer Inhalte im Namen der angeblichen EXPO-GegnerInnen.

Einige Beispiele:

● In der Pressemappe der Anti-EXPO-Kampagne (verantwortlich: »IMUN«/Bochum) werden Biozentrismus und Esoterik verbreitet: Entgegen selbst einem Beschluss des »Bundesweiten Anti-EXPO-Treffens« ist die antihumane Gleichsetzung von Menschenrechten und sogenannten Tier»rechten« (2) nicht aus der Anti-EXPO-Pressemappe entfernt worden, sondern diese Reduktion der Menschen auf Biomasse mittels des Konstrukts von angeblich natürlich vorgegebenen Tier»rechten« wird offensiv verbreitet. In derselben Veröffentlichung ist der neureligiöse Dreck zu lesen, dass das Menschsein aus »Ying und Yang, Hell und Dunkel« (3) bestehe, das durch den Einsatz von Gentechnik bedroht sei. Schuld allen Übels sei der »Turbokapitalismus« und der »Börsenwahnsinn« einiger globaler Konzerne, die den Staat dazu beauftragt hätten, »das Volk zu beruhigen« (4) und zu betäuben. Das sind Versatzstücke rechter Kapitalismuskritik und kein Antikapitalismus.

● Dazu kommt die Diffamierung von organisierten Linksradikalen und kollektiven antifaschistischen Aktionen: *»Out: Schwarzvermummt, in Ketten gehen«* (5). Mensch will nicht mehr *»böse durch die Städte laufen und wir sind dagegen rufen«* (6). Also lieber nett »tanzen« (»in«!), eine Mischung aus *»love-parade und Disco«* (7) für den Fetenstandort Hannover veranstalten ?!

Wesentliche Ursache für das drohende politische und praktische Fiasko der Anti-EXPO-Kampagne ist das Politik- und Demokratieverständnis der massgeblichen Träger der Kampagne. Konträr zu allen basisdemokratischen Prinzipien wurden alle wichtigen Entscheidungen einschließlich der Außendarstellung der Anti-EXPO-Kampagne in sich verselbstständigende Arbeitsgruppen deligiert. Selbst das zentrale Plakat für die Blockade am 1. Juni wurde im bundesweiten Plenum nicht zur Diskussion gestellt und schließlich von einer nicht legitimierten informellen Kleingruppe erstellt.

Politische Kontroversen wurden im kleinen Kreis autoritär entschieden, ohne sich selbst um ausdrückliche Voten des Plenums zu scheren. So prangt auf der Mobilisierungszeitung die (auf einem früheren bundesweiten Treffen grundsätzlich kritisierte) unsägliche Reihung *»London-Seattle-Hannover«*. Im darauffolgenden Text werden handfeste Unwahrheiten verbreitet, wie z.B. die angeblich rein »dezentrale« Vorbereitung der Seattle-Aktionen in voneinander unabhängigen Kleingruppen. Tatsächlich gab es in Seattle eine zentrale Koordinierung, die zuerst mit Blockaden an verschiedenen Stellen der Stadt agierte. Die Beteiligten kamen im Lauf des Kampfes immer wieder zu einer gemeinsamen Aktion, zu einem gemeinsamen Vorgehen zusammen. Es entstand also eine Dialektik von zentralem und dezentralem Vorgehen. Ebenso wird in der Mobilisierungszeitung die Beteiligung von reformistischen und teilweise nationalistisch argumentierenden NGOs an der Mobilisierung gegen die Welthandelsorganisation WTO in Seattle verschwiegen sowie die Beteiligung von ökofaschistischen Gruppen (z.B. *Earth First England*) an dem »Global Action Day« in London.

Die EXPO ist eine gigantische Werbeveranstaltung für eine kapitalistische Weltordnung unter deutscher Führung und für ökologische Zerstörung auf neuer Stufenleiter. Nach dem EU- und Weltwirtschaftsgipfel in Köln 1999 und der WTO-Konferenz in Seattle steht die EXPO stellvertretend für die Verschärfung der herrschenden Verhältnisse weltweit, z.B. für mehr Bevölkerungskontrolle, Gen- und Atomtechnologie, Rüstung, Armut. Großkonzerne und Regierungen präsentieren dort mit immensem Aufwand einen scheinbaren Zukunftsentwurf, in dem alle Hinweise auf gesellschaftliche Ursachen und herrschende Politik verschwunden sind.

Auftakt-Demonstration am 27.5.2000

Leider wird der Widerstand in Hannover weder die politische Klarheit der linksradikalen Aktionen in Köln noch den massiven Charakter der Aktionen in Seattle erreichen. Die meißten »Anti-EXPO«-Gruppen verwechseln linksradikalen Widerstand mit Strassentheater, mit symbolischen Protesthappenings und mit lebensreformerischer Selbstdarstellung. Sie leisten sich den Luxus einer unglaublichen Verantwortungslosigkeit im Umgang mit der abzusehenden besonderen Repression und Totalüberwachung in Hannover.

Die einzige Aktion des »Bundesweiten Anti-EXPO-Treffens«, die zu einem öffentlichkeitswirksamen Protest hätte führen können, wäre die geplante Blockade der Eröffnung der EXPO gewesen. Diese große und gemeinsame Blockade wird nicht stattfinden. Die Ursache dafür ist das aus ideologischen Gründen propagierte Nicht-Konzept der »netten, spassigen« (8) Kleinaktionen und der Verzicht auf kollektiven Widerstand. »Dezentralität« wird zum Ersatz für inhaltliche Erklärung und für verantwortlich durchgeführte, öffentlichkeitswirksame Aktionen, die die desolate Lage der linken Bewegung berücksichtigen. Dieser technokratische Umgang mit dem Begriff »dezentral« negiert die Berechtigung und die Notwendigkeit einer Dialektik von dezentralen und zentralen Aktionen je nach Lage anzuerkennen. Die Verbindung von beiden Elementen »zentral«/»dezentral« war häufig am wirksamsten, z.B. bei der Blockade der CASTOR-Transporte.

Die Ökologische Linke hat aus allen diesen Gründen auf dem »Bundesweiten Anti-EXPO-Treffen« am 5.-7. Mai 2000 in Hannover ihre Mitarbeit im Bündnis abgebrochen.

Der BundessprecherInnenrat hat ebenso seine Beteiligung an der Anti-EXPO-Auftaktdemonstration wegen der Vorverlegung dieser Aktion auf einen unsinnigen Termin vor der EXPO-Eröffnung (Samstag, 27. Mai) eingestellt.●

Ökologische Linke, Bundeskontaktadresse:
Manfred Zieran, Neuhofstr. 42, D-60318 Frankfurt/Main, Tel.: (0 69) 59 92 70

(1) Anti-EXPO-Pressemappe, S. 11
(2) ebenda, u.a. S. 3, S. 33
(3) ebenda, S. 34
(4) ebenda, S. 35
(5) Aufrufflugblatt für »Reclaim The Streets« (RTS) am 3. Juni in Hannover
(6) Bundesweite Anti-EXPO-Mobilisierungszeiten, S. 8
(7) Aufrufflugblatt für »Reclaim The Streets« (RTS) am 3. Juni in Hannover
(8) Anti-EXPO-Kalender in der Bundesweiten Anti-EXPO-Mobilisierungszeitung, S. 4

Webcam der Expo 2000

Gruppe Landfriedensbruch zum Deutschlandbild auf der Expo

Deutschland ist schön ... verlogen!

Auf der Expo 2000 wird, abgeschirmt von Sicherheitskräften und mit Millionenaufwand, ein Bild von Deutschland gezeigt, dass eine weltoffene Gesellschaft suggerieren soll. Zeitgleich, aber nicht öffentlich präsentiert, ist das wahre Deutschland außerhalb der Lügenidylle des Expo-Geländes sichtbar: Nazis erschlagen einen Obdachlosen in Eberswalde, die Polizei sperrt Hunderte KritikerInnen des auf der Expo gezeigten Weltbildes in kleine Käfige. Hätten solche vor über einem Jahr in Serbien gestanden, wären sie von der deutschen Regierung als »KZs« benannt worden (dieser Vergleich stimmte aber nie und stimmt auch hier nicht). Die Zahl der Verhafteten wird nach unten gelogen, die der Expo-GegnerInnen nach oben. Und – als hätten sie genau nichts aus dem Dauerlügen z.B. rund um den Angriffskrieg aus Jugoslawien gelernt – glauben viele Zeitungsredaktionen einmal mehr den offiziellen Verlautbarungen derer, die dieses Lügenbild haben wollen.

Expo demaskieren heißt auch: Deutschland demaskieren!

Die schöne Expo-Welt ist eine Lüge. Die Welt sieht anders aus. Hinter den Glitzerfassaden der Wohlstandswelt ist Hunger, Krieg, Diskriminierung, Vertreibung, Umweltzerstörung usw. nur versteckt. Sie sind aber weder die Folge von Naturkatastrophen noch von Bevölkerungswachstum, sondern der realen Wirtschafts- und Herrschaftsverhältnisse. Diese Lügenwelt muss demaskiert werden, Folgen und Ursachen aufgedeckt und angegriffen werden.

Ebenso verhält es sich mit dem Deutschlandbild auf der Expo. Dort ist alles schön, Deutschland steht in der Mitte der Zukunft, hat den größten Pavillon und zeigt sich als Führungsnation, die alles tut, was für die Menschen gut ist. Die Realität ist eine andere. Immer mehr Menschen werden aus den Glitzer-Innenstädten vertrieben, um eine heile Welt vorzugaukeln. Ihre Probleme, ja ihre Existenz wird auf der Expo auch im Deutschlandpavillon verschwiegen. Die dortigen Fragen sind nicht die Fragen vieler Menschen, die an den Rand gedrückt werden. Und auch hier in Deutschland ist Rassismus, Umstrukturierung und Vertreibung, Umweltzerstörung und vieles mehr nicht ein bedauerlicher Betriebsunfall, sondern die Folge einer konsequent falschen Politik, der Herrschaftsstrukturen, des »Deutschland zuerst«-Nationalismus (verharmlosend »Standortpolitik« genannt) usw.

Von Standort Deutschland zum Widerstandort

Gegen Macht und Lügen hilft keine Lobbyarbeit, keine freundlichen Worte bei der Tasse Kaffee. Widerstand kann demaskieren – am besten auf allen kreativen Wegen, die den Menschen bleiben, die für eine andere Gesellschaft kämpfen. Im offenen Kampf hat Widerstand gegen die zu Kampfrobotern ausgebildeten PolizistInnen, gegen Überwachungstechnik usw. keine Chance. Kreativität aber kann der Maschinerie der Macht empfindliche Niederlagen beibringen, die das wahre Gesicht von Deutschland und der Weltpolitik der Führungsnationen, -konzerne und -institutionen entlarven helfen, Diskussionen entfachen und Freiräume neu erkämpfen.

Auf zum Widerstand, dieses Land ist unser Land!●

Gruppe Landfriedensbruch

Anzeige

Freie Menschen in freier Vereinbarung
Gegenbilder zu Expo

Die Expo 2000 bietet kapitalistische Zukunftsvisionen – Mensch und Natur sind verwertet. Der Widerstand dagegen sucht die Konfrontation, thematisch übergreifend und direkt. Aber was wären die Alternativen? Visionen und Konzepte müssen wieder formuliert und öffentlich gemacht werden. Dieses Buch ist ein Schritt dazu.
Die Themen: Selbstorganisation und Selbstentfaltung, Emanzipatorisch, Visionen und Konzepte zu Ökonomie, Gleichberechtigung, internationale Gerechtigkeit und das Verhältnis von Mensch und Natur.
Erscheint im Juli 2000. Mitten in die Kämpfe gegen die Expo. A5, 192 Seiten. 19,80 DM.
Achtung: Bis zum 1. Juli gelten besondere Preise für die Vorbestellung:
- 1 Exemplar: 16,80 DM - Ab 5 Bücher: 12 DM.
- Ab 10 Bücher: 10 DM - Ab 20 Bücher: 8 DM.
Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen. 06401/90328-3, Fax -5, projektwerkstatt@apg.wwbnet.de

MARKTENTWICKLUNG

Naturkost

Trend Naturkostbranche:

Vielfältigkeit der Absatzformen nimmt weiter zu

Gesundheit ist ein Megatrend in Deutschland, ergab eine Allensbach-Umfrage im Oktober 1999. Daher interessiert sich die Bevölkerung in hohem Masse für gesunde Ernährung als einen der Hauptfaktoren, von denen unsere Gesundheit abhängt. Fast alle Studien, die zu diesem Thema erstellt wurden, kamen wie die Allensbacher Umfrage zu dem Schluss: Die eigene Gesundheit ist ausschlaggebend für den Kauf von ökologischen Lebensmitteln. Das egoistische Motiv – man will sich selbst mit Naturkost etwas Gutes tun – steht an erster Stelle. Erst an zweiter Stelle folgen die uneigennützigen Motive, wie beispielsweise der Umwelt- und Naturschutz.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Die *Bundsverbände Naturkost Naturwaren* (BNN) schätzen, dass der Umsatz mit Naturkostprodukten – über alle Vertriebswege – insgesamt knapp vier Milliarden Mark beträgt. Das bedeutet: rund 1,8 Prozent der Lebensmittelumsätze in Deutschland werden mit ökologischen Produkten erzielt. Deutschlandweit gehören rund 2.500 Verkaufsstellen von Naturkostprodukten zum Fachhandel. Bei rund 1.800 handelt es sich um Naturkostfachgeschäfte mit einem umfangreichen Sortiment. Durchschnittlich stieg das betriebswirtschaftliche Umsatzergebnis der einzelnen Naturkostfachgeschäfte 1998 gegenüber dem Vorjahr ebenfalls um 5,0 Prozent.

Grössere Geschäftsräume

»Wir beobachten, dass der Trend zu größeren Verkaufsflächen noch immer anhält,« betont *Joachim Fuchs*, Geschäftsführer des *BNN-Einzelhandel*. Auch gebe es weiterhin ein starkes Interesse an Geschäftsneugründungen. »Gerade Existenzgründer wählen von Beginn an bevorzugt größere Geschäftsräume. Viele Händler entscheiden sich aber auch zur Vergrößerung ihres Geschäftes oder ziehen in ein geräumigeres Ladenlokal um,« erklärte Fuchs. Die Umfrage »Trends im Naturkosthandel«, die gemeinsam von *BNN* und der *Unternehmensberatung Synergie* durchgeführt wurde, ergab im Jahr 1999 eine durchschnittliche Verkaufsfläche von rund 90 Quadratmetern, während sie 1998 durchschnittlich nur 78 Quadratmeter betrug.

Die Gründe, warum Kunden für ihre Einkäufe gerade das Naturkostfachgeschäft wählen, sind unterschiedlich. Für einen Teil der Verbraucher ist die räumliche Nähe der Einkaufsstätte ausschlaggebend, denn viele Kunden kaufen ohne Auto ein. Aber auch das Bedürfnis nach individueller Bedienung oder ansprechender Gestaltung des Geschäftes, sowie der Wunsch, alternatives, sozialverträgliches Handeln zu unterstützen, spielen bei der Wahl der Einkaufsstätte eine wichtige Rolle. Der Supermarkt, der im Bereich biologischer Lebensmittel auf der einen Seite großen Zulauf für sich verbuchen kann, liegt erstaunlicherweise, was die Abwanderung der Kunden betrifft, auf dem dritten Platz. Das zeigt, dass Supermärkten die Kundenbindung nicht so gut gelingt, wie beispielsweise dem Naturkostfachgeschäft.

Vermarktung im Jahr 2010

Laut *Kai Kreuzer*, zeitweise Redakteur des *bioFach Magazins* und mittlerweile bei Schrot & Korn Spezial, dem Fachmagazin für Naturkost und Naturwaren tätig, werden auch in Zukunft eine Vielzahl von Vermarktungswegen für Bioprodukte bestehen bleiben. Nach seiner Einschätzung entwickeln sich vor allem die Absatzformen überproportional, die es dem Kunden leicht und bequem machen sowie ein breites Sortiment bieten. Insofern sieht er einen großen Teil der Bio-Vermarktung im Jahre 2010 über folgende drei Schienen abgewickelt:

1) Der Naturkost-Supermarkt mit 200-600 Quadratmetern Verkaufsfläche ist im Kommen, mit einer breiten Auswahl an Lebensmitteln, Haushaltsartikeln, Wasch- und Reinigungsmitteln, Kosmetika, Nahrungsergänzungs- und Heilmitteln. In Deutschland gibt es derzeit schätzungsweise etwa 30-40 Naturkost- oder Reformgeschäfte der Größenordnung 200-600 qm Verkaufsfläche, die man als Bio-Supermärkte bezeichnen kann. Bis zum Ende des nächsten Jahrzehnts könnten es durchaus 10 bis 20 mal so viele sein. Sie werden vor allem in Städten ab einer Einwohnerzahl von etwa 50.000 eine gute Entwicklungschance haben.
2) Supermärkte aus dem konventionellen Lebensmitteleinzelhandel (LEH) werden zukünftig einen nicht unbedeutenden Anteil am Umsatz von Bio-Waren ausmachen. Schon heute dürfte die *Rewe Handelsgruppe* in Köln mit rund 500 Mio. DM Bio-Umsatz im Jahr (Eigenmarke *Füllhorn*) der größte Bio-Händler der Nation sein. Perspektivisch wird die Anzahl der Supermärkte mit mittlerem und großem Angebot an Bio-Waren in den nächsten Jahren stark anwachsen. Während der Bio-Anteil am gesamten Lebensmittelmarkt eher bei 5-10% liegen dürfte, könnten einzelne Unternehmen, die den Öko-Bereich bevorzugt und zielstrebig ausbauen, einen sehr viel höheren Umsatzanteil über Bio-Waren erzielen, der sogar bis zu 20-30% ausmacht.
3) Einen nicht ganz so rasanten Aufstieg wie bei den beiden vorgenannten Vermarktungswege werden Lieferdienste nehmen. Bereits in den letzten Jahren haben sich viele Gemüseabo-Betriebe gegründet, die das Gemüse des eigenen Hofes teilweise auch gemeinsam mit den umliegenden Bio-Höfen vermarkten. Anzunehmen ist, dass sich derjenige Teil der Bevölkerung, der über mehr Geld als Zeit verfügt, die Ware regelmäßig kommen lässt. Erfolgreiche Lieferbetriebe im Umland von München, Bremen oder Berlin zeigen, dass vor allem in Großstädten mit viel Verkehr und wenig Parkraum die Direktbelieferung von Kunden eine zukunftsträchtige Perspektive bietet.

Alternativen für Preisbewusste

Neben den genannten Vermarktungsformen gibt es auch noch die Food-Koops der siebziger und achtziger Jahre. Für viele waren und sind sie der Einstieg in die Naturkostszene und den professionellen Bereich der Biobranche. Anfang der neunziger Jahre erhielt die Koop-Bewegung neue Schubkraft, als sich in Ostdeutschland etliche neue Verbrauchergemeinschaften gründeten. In Kauf nehmen muss ein Koop-Mitglied, dass es beim Abwiegen und Abpacken sowie beim Saubermachen und Aufräumen mit Hand anlegen muss. *Annette Hoffstiepel* von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Lebensmittelkooperativen in Bochum schätzt, dass bundesweit rund 300 organisierte Einkaufsgemeinschaften mit einem eigenen Lager (Garage, Keller, teilweise Ladenlokale) agieren. Auf über 2.000 schätzt sie die Anzahl der lockeren Zusammenschlüsse mit sporadischen Bestellungen bei einem Großhändler.

Seit wenigen Jahren gibt es die Entwicklung von so genannten Mitgliederläden. Teilweise werden diese auch von einem Inhaber geführt statt im Kollektiv. Bundesweit haben es etwa 100 Mitgliederläden und Verbrauchergemeinschaften geschafft, einen Laden aufzubauen und diesen mit täglichen Öffnungszeiten ähnlich einem Naturkostladen zu betreiben. Der Vorteil ist, dass die Verbraucherpreise für Naturkost 20 bis 40 Prozent unter den herkömmlichen Preisen liegen. Ein regelmäßige monatlichen Beitrag zur Finanzierung der Laden-Festkosten kommt allerdings meistens noch hinzu.

Food-Coops und Mitgliederläden sind, laut Einschätzung von Kai Kreuzer, nach wie vor eine heiß umkämpfte Domäne. Obwohl klar ist, dass Lebensmittelkooperativen sich nicht beliebig vermehren, haben Naturkostgroßhandel und -hersteller Probleme Koops zu beliefern – zum Teil auf Druck von Einzelhändlern. Einige der Mitgliederläden kämpfen auch direkt mit Anfeindungen und Abmahnvereinen. Wahrscheinlich nicht ganz zu Unrecht vermuten Mitgliederläden dahinter die konkurrierenden Naturkostläden. Verhindern können diese das Wirken von Mitgliederläden jedoch nicht. Kai Kreuzer, der Bio-Supermärkten eine größere Perspektive einräumt, sieht die Existenz der kostengünstigen Alternativen positiv: »Statt des hochwertigen Ladenschicks, den nicht zuletzt der Kunde über den Preis mitfinanziert, gibt es Einfachregale und Secondhandkühlschränke. Na und? Jedem das Seine, und vor allem auch für Leute, die es sich sonst nicht leisten können: Bioprodukte preiswert!«●

HERBSTEIN-ALTENSCHLIRF

Dreierlei e.G.

Soziale Arbeitsplätze, Versorgung der Gemeinschaft und Produktvermarktung gleichzeitig organisieren

Die Sozialgenossenschaft Dreierlei e.G. ging hervor aus dem Hofladen der Gemeinschaft Altenschlirf. Dies ist eine anthroposophische sozialtherapeutische Gemeinschaft, in der zurzeit etwa 100 erwachsene Menschen mit einer geistigen Behinderung leben. Ziel ist, neben der Versorgung der eigenen Haushalte, Produkte der eigenen Werkstätten in der Region zu verkaufen. Die Genossenschaft hat 158 Mitglieder, überwiegend Betreute der Gemeinschaft, Eltern, Freunde und Mitarbeiter.

Dieter Nees, Red. Genossenschaften ● Die Gemeinschaft Altenschlirf, ein gemeinnütziger Verein, besteht aus etwa 150 in der gleichnamigen Ortschaft lebenden Menschen. Zu diesen kommen täglich noch etwa 50 von außerhalb hinzu. Sie übernehmen in den zehn Hausgemeinschaften und zehn Werkstätten Aufgaben wie Werkstattleitung, Kochen, Putzen, Wäsche machen. Der Kreis der Werkstätten besteht aus Landwirtschaft, Käserei, Bäckerei, Gärtnerei – alle mit Demeter-Zertifizierung- Holzwerkstatt, Kerzenzieherei, Knüpf-und Webwerkstatt, Hauswirtschaften und zwei Landschaftspflegegruppen, die an den beiden Hauptorten Altenschlirf und Stockhausen die Außenanlagen instand halten.

Der schon mehrere Jahre bestehende Hofladen wurde im Jahre 1997 in eine Genossenschaft umgewandelt. Schon als Hofladen bestand das Anliegen, neben der Versorgung der eigenen Haushalte und dem Angebot an die behinderten Bewohner, in einem eigenen Laden einkaufen zu können, auch Produkte der eigenen Werkstätten in der Region zu verkaufen. Mit der Gründung der Genossenschaft erfuhr diese Bemühung eine deutliche Verstärkung.

Soziale Aufgaben

Ein weiterer Schwerpunkt der Genossenschaft ist, »Außenarbeitsplätze« zu schaffen: Menschen mit Behinderungen, die vorher in einer der Werkstätten gearbeitet haben, können dann »zur Arbeit gehen«. Sie erfahren so die Möglichkeiten der mit allen Attributen des »normalen Arbeitsplatzes« versehenen größere Selbstständigkeit, die außerhalb der Werkstätten für Behinderte bestehen. Neben den drei teilzeitbeschäftigten Mitarbeitern von außen und einem Hausvater aus der Gemeinschaft fanden zunächst zwei Frauen mit Behinderungen einen Arbeitsplatz in der Dreierlei e.G.. Mittlerweile ist noch eine dritte Frau hinzugekommen. Sie hilft vor allem Sonntags im Café, das in den Naturkostladen integriert wurde.

Ein vorrangiges Ziel der Genossenschaft liegt in der Vermarktung der Produkte, die die Genossen in der Käserei, der Bäckerei, der Gärtnerei und den anderen Werkstätten herstellen. Seit Anfang 1999 wurde auch das früher unter dem Dach der Gemeinschaft Altenschlirf betriebene Café Mühle in die Dreierlei e.G. eingegliedert. Damit besteht ein weiteres, doppeltes Anliegen: einen Raum zu schaffen für Begegnungen der Platzbewohner außerhalb ihrer Hausgemeinschaften und außerdem über eine Anlaufstelle zu verfügen. In dieser finden Menschen, die die Gemeinschaft Altenschlirf kennen lernen wollen, Aufnahme und Information.

Begrenzter Absatzmarkt

Durch das stark ländlich geprägtes Umfeld – der Ort Altenschlirf zählt knapp 500 Einwohner, die nächsten Kleinstädte Lauterbach und Fulda liegen ca. 20 km entfernt – lässt sich nicht alles über den Laden abzusetzen, was die Werkstätten der Gemeinschaft erzeugen. Vor allem die Produktion der Käserei muss über andere Absatzwege in Hessen vertrieben werden. Auch die kunsthandwerklichen Produkte der Holzwerkstatt, der Knüpferei und der Kerzenzieherei eignen sich nicht zum Vertrieb durch den Laden, weil sie die Beratung des Fachmannes der Werkstatt voraussetzen. Dagegen gelingt es weitgehend, die Produkte aus der Bäckerei und der Gärtnerei über den Laden zu vermarkten.

Die wichtigsten Nutzer der Genossenschaft sind die Einzelhaushalte der Gemeinschaft, auch wenn ein großer Kreis von Kunden aus dem näheren und weiteren Umland hinzukommt. Sie schätzen die besonderen Produkte, die der Laden anbietet. Entsprechend wird es deutlich ruhiger im Laden, wenn während des Urlaubs zwischen den Jahren und vor allem im Sommer die Mehrzahl der Haushalte nicht mehr »in Betrieb« ist. Vor Ort hält sich dann nur noch die Feriengruppe auf. Sie besteht aus den Menschen, die keine Eltern oder Angehörige mehr haben und so zumindest einen Teil ihrer Ferien ebenfalls in Altenschlirf verbringen.

Kleine Vermarktungsschritte

Zur Erhaltung und dem Ausbau der Kontakte zu den Kunden von außerhalb schließen der Laden und das Café jedoch nicht in den Ferienzeiten, sondern bieten ein, wenn auch etwas eingeschränktes Backwarensortiment über diese Zeiten hinweg an. Wegen des für das Umfeld doch recht bedeutenden Tourismus lebt der Cafébetrieb dann teilweise sogar kräftig auf. Nicht unerheblich für die Dreierlei e.G. sind zudem die mehrfach jährlich stattfindenden Elterntreffen oder Tagungen regionaler oder überregionaler Eltern- und Mitarbeitergruppen, die in den Räumen der Gemeinschaft Altenschlirf stattfinden. Die Dreierlei e.G. kann dann den Bedarf an Lebensmitteln jeglicher Art bereitstellen.

Von Anfang an wurde zur Abrundung des Sortiments an eigenen Produkten das Naturkostsortiment des regionalen Naturkostgroßhandels genutzt. Hinzu kommen weitere Sortimentsbestandteile wie Papierwaren, Edelsteine und ein wenig Schmuck. Auch gab es Versuche mit der Vermarktung von Büchern und sogar von Naturtextilien und Bettwaren. Sie wurde jedoch wieder eingestellt. Die Umschlaggeschwindigkeiten erweisen sich als zu gering für die spezielle Lage der Genossenschaft. Entsprechend bleiben die Umsätze der Eigenprodukte im Gesamtgeschäft dominant. Käserei- und Bäkkereiprodukte führen mit weitem Abstand die Liste der Warengruppen an.

Geringe Mitgliedervorteile

Die Genossenschaftsmitglieder erhalten keinerlei Vorzüge im Laden. Sie kaufen dort zu den selben Preisen ein wie alle anderen Kunden auch. Wesentlich aufwendiger als in einem normalen Naturkostladen gestaltet sich allerdings die Abrechnung der Umsätze mit den Haushalten, die auf Rechnung kaufen und wöchentlich oder vierzehntägig die Produkte bezahlen. Sie beziehen ihre Waren in vielerlei Weise und mittels verschiedenster Abholer im Laden oder auch direkt aus den Werkstätten. Es mussten viele Schritte gegangen werden, um diese Abrechnung für beide Partner, die Haushalte der Gemeinschaft wie auch den Laden, befriedigend und vom Aufwand her erträglich zu gestalten.

Immer wieder gibt es Ansätze der Dreierlei e.G., auch die Veredlung von Produkten, zumindest aber das Abpacken und Umfüllen als Arbeitsbereich auszugestalten. Nicht nur wirtschaftliche Gründe oder die Beschäftigung weiterer Menschen mit Behinderungen regen dazu an, sondern auch die völlig unterschiedlichen Verbrauchsgewohnheiten der beiden Hauptabnehmergruppen. Die Haushalte der Gemeinschaft sind auf Grund ihrer Größe von 10 bis 20 Haushaltsmitgliedern an Großgebinden interessiert, die im allgemeinen Einzelhandel kaum zu beziehen sind. Dagegen wollen Kunden von außerhalb die üblichen Klein- und Kleinstmengen vorfinden. Darin liegen auch besondere Chancen für die Existenzsicherung der Genossenschaft. Denn sie wird stark bedrängt vom klassischen Lebensmitteleinzelhandel, der immer mehr und gerade in der betreffenden Region das Angebot an Naturkost ausbaut. Auf Grund seiner besseren Geschäftslagen und mit seinem üblichen Vollsortiment stellt er ein übermächtiger Wettbewerber dar.●

MARKTGENOSSENSCHAFT

Naturkost

Vom Biogetreidelieferanten zum Spezialisten für Ökoprodukte

Gegründet wurde die »Marktgemeinschaft der Naturland Bauern« als Gesellschaft bürgerlichen Rechts mit beschränkter Haftung im Jahre 1991. Die 43 Mitglieder der Erzeugergemeinschaft starteten mit einer Einlage von 1.000 DM pro Beteiligtem. Bei nur einem Mitarbeiter erzielte die Gruppe in dieser Aufbauphase Umsatz in Höhe von 1,6 Mio. DM. Die Weiterentwicklung zur Genossenschaft erfolgte 1994. Eine Aufstockung der Genossenschaftsanteil auf 3.000 DM ermöglichte weiteres Wachstum. Mittlerweile erwirtschaften die 52 Mitglieder bei 19 Mitarbeitern einen Umsatz von 28 Mio. DM.

Franz Westhues, Red. Genossenschaften ● »Warum soll jeder von uns alleine loslaufen und den gleichen Abnehmern unser Öko-Getreide anbieten?« Diese Frage stellten sich 1991 viele Naturland Bauern in Nordrhein-Westfalen. Die Getreideernte war sehr gut ausgefallen. Auch hatten viele neue Bauern im Rahmen von Fördermaßnahmen ihren Hof auf ökologischen Landbau nach den Erzeugerrichtlinien von Naturland umgestellt. In den neuen Bundesländern waren zudem noch flächenstarke Akkerbaubetriebe umgestellt. Erstmalig wurden Öko-Getreide Weizen und Roggen reichlich angeboten.

Start als GbR

Also hieß es, eine Erzeugergemeinschaft ins Leben rufen. Im Herbst 1991 gründeten 43 Naturland Bauern die »Marktgemeinschaft der Naturland Bauern in NRW GbR mbH«. Dies erwies sich für eine schnelle Gründung als einfachste Gesellschaftsform. Allerdings müssen immer einstimmige Beschlüsse gefasst werden, weil jedes Mitglied sich auch selbst vertreten kann. Da jedoch die zügige Vermarktung des Getreides anstand, beschlossen die Mitglieder, zunächst in der Rechtsform der GbR mit beschränkter Haftung tätig zu sein.

Überlegt wurde auch schon in der Startphase die Gründung einer Genossenschaft. Nach Rücksprache mit dem Genossenschaftsverband sollten aber erst Plandaten erstellt und die wirtschaftlichen Voraussetzungen geprüft werden, bevor eine Aufnahme als Mitglied im Prüfverband in Frage kam. Nachdem die Marktgemeinschaft knapp vier Jahre gewirtschaftet hatte, konnte dem Genossenschaftsverband schließlich zur Prüfung für die Aufnahme genügend Material zur Verfügung gestellt werden. Alle Kriterien von der Organisation bis zur wirtschaftlichen Ebene wurden erfüllt und so 1996 die »Marktgenossenschaft der Naturland Bauern e.G.« mit Sitz in Lippborg gegründet.

Von der Angebotsorientierung ...

Aufgabe des Geschäftsführers in der Aufbauphase war es, das Öko-Getreide der Naturland Bauern zu verkaufen. Zunächst wurden die verschiedenen Getreidepartien nach Standards zusammengefasst und den bestehenden Mühlen, Verarbeitern und Bäckern angeboten, die bereits Öko-Getreide verarbeiten. Die Kunden waren zufrieden, nur einen Ansprechpartner für eine größere Menge Getreide zu haben und nicht mit jedem Bauern einzeln verhandeln zu müssen.

Jedes Mitglied meldete seine Getreidemenge der Erzeugergemeinschaft und sandte Proben zu. Den Kunden wurden entsprechende Partien angeboten und verkauft. Für die abgelieferten Mengen erhielt der Erzeuger eine Abschlagszahlung. Nach dem Verkauf der gesamten Ernte wurde aus der Summe der Einnahmen aller Verkäufe ein Pool gebildet und daraus Qualitätszuschläge, Lagervergütungen und der Restbetrag an die jeweiligen Mitglieder ausgeschüttet.

Neben den bestehenden Kunden, die natürlich vom Wettbewerb ebenso umworben werden, stand die Gewinnung neuer Kunden im Vordergrund. Die Entwicklung eines Konzepts für Bäckereien war hier ein Schwerpunkt. In diesem ging es darum, Kunden für das Naturland Brot mit dem Naturland-Zeichen zu gewinnen. Tatsächlich konnte durch die Arbeit der Erzeugergemeinschaft ein großer Teil des Getreides vermarktet werden. Der zunehmende Konkurrenz- und Preisdruck auf dem Öko-Getreidemarkt förderte allerdings auch die Suche nach alternativen Früchten im Anbau für die Mitglieder.

... zum bedarfsbesimmten Anbau

Im Jahre 1993 organisierte die Marktgemeinschaft erstmalig im Rahmen eines Anbau- und Vermarktungsprojektes den Anbau von 280 ha Öko-Zuckerrüben. Sowohl für die Fruchtfolge als auch ökonomisch stellen die Öko-Zuckerrüben eine Alternative zum Getreideanbau dar. Die Fläche der eigenen Mitgliedsbetriebe reichte aber für die Öko-Zuckerrübenproduktion nicht aus. Deshalb stiegen auch Erzeuger anderer Anbauverbände in die Produktion mit ein.

Jeder Erzeuger erhielt einen Anbau- und Liefervertrag. Auch hier war es für die Zuckerrübenfabrik wichtig, nur einen Ansprechpartner zu haben, der den gesamten Ablauf organisiert. Der Anbau der Öko-Zuckerrüben wurde ebenfalls 1994 erfolgreich durchgeführt. Der Markt erwies sich in dieser Zeit jedoch noch nicht als besonders aufnahmebereit für »weißen Öko-Zucker«. Insofern wurde dieses Projekt wegen des schleppenden Abverkaufes nicht weiter geführt.

Einstieg in den Frischemarkt

Vereinzelt hatten Mitglieder für die eigene Vermarktung ab Hof oder an den Naturkostfachhandel bereits Erfahrungen mit dem Anbau von Kartoffeln und Gemüse gewonnen. Als dann der konventionelle Lebensmitteleinzelhandel (LEH) Interesse an Öko-Kartoffeln und Öko-Gemüse bekundete, gab dies den Anstoß für die Marktgemeinschaft, den Anbau von Kartoffeln und Gemüse zu forcieren. 1993 konnten erste Verträge mit dem Handel über Kartoffeln, Zwiebeln, Möhren und Kohl geschlossen werden.

Aufgabe war es nun, einen qualitäts- und preisorientierten Anbau von Kartoffeln und Gemüse für den LEH und die Verarbeitungsindustrie zu organisieren. Schritt für Schritt wurden die notwendigen Voraussetzungen durch Beratung, Qualitätssicherung und Vertrieb von der Marktgemeinschaft geschaffen. Dies erforderte eine Reihe von Investitionen für die Lagerung und Aufbereitung von Gemüse. 1996 errichtete die Marktgemeinschaft eine Lagerhalle und eine Wasch-, Sortier-und Abpacklinie für Möhren. Die Lager- und Aufbereitungskapazität von Möhren und anderen Gemüsearten wurde in den folgenden Jahren noch erweitert. Täglich können bis ca. 50 t Möhren gewaschen, sortiert und abgepackt werden. Die Gesamtinvestitionen der letzten Jahre belaufen sich auf ca. 4 Mio. DM.

Partnerschaft für die Logistik

Die Belieferung des Lebensmitteleinzelhandels setzt neben dem professionellen Anbau und der marktfähigen Aufbereitung von Kartoffeln und Gemüse eine entsprechende Logistik für eine zuverlässige Belieferung voraus. Um die Zufriedenheit des Kunden zu gewährleisten, wurde deshalb 1995 mit der Agrata GmbH in Beelen die Öko-Farm Vertriebsgesellschaft mbH zu jeweils 50% gegründet. Die Marktgenossenschaft auf der einen Seite liefert komplett die Rohware und bereitet Möhren und anderes Gemüse auf. Ergänzend verpackt die Agrata die Kartoffeln und Zwiebeln und liefert sämtliche Produkte über die eigene Logistik an alle Zentralläger des Handels in Deutschland aus.

Funktionalität stand im Vordergrund bei der Errichtung der Lagerhalle der Marktgenossenschaft mit der integrierten Wasch-, Sortier- und Abpacklinie für Möhren

Stolz auf ihre Öko-Kartoffeln sind Gechäftsführer und Vorstand der Erzeugergemeinschaft

Mit dem Slogan »aus der Region – für die Region« begann 1997 die Zusammenarbeit mit dem Handelsunternehmen Bremke & Hoerster in Arnsberg. Die Verantwortlichen wollten Produkte aus der Region in den eigenen Märkten famila und combi vertreiben. Der zweite Aspekt einer ökologischen Wirtschaftsweise für die Herkunft der Produkte passte ebenfalls in das Konzept. Der Vereinbarung entsprechend belieferte die Marktgenossenschaft Bremke & Hoerster ursprünglich nur mit Öko-Kartoffeln und Öko-Gemüse aus der Region. Sobald die heimischen Produkte nicht mehr zur Verfügung standen, wurde dies den Kunden mitgeteilt. Einige Wochen gab es dann keine Öko-Kartoffeln oder kein Öko-Gemüse zu kaufen. Erst mit der neuen Ernte standen wieder alle Produkte zur Verfügung.

Kontinuierliche Erweiterung

Viele Kunden äußerten jedoch den Wunsch, auch außerhalb der Saison entsprechende ökologische Produkte zu beziehen. Daraufhin wurde die ökologische Herkunft der Produkte in den Vordergrund gerückt und auch ganzjährig das Standardsortiment geliefert. Gleichzeitig werden nun neben Kartoffeln, Obst und Gemüse von der Marktgenossenschaft Schritt für Schritt Produkte aus anderen Bereichen angeboten. Dieses Zusatzsortiment umfasst mittlerweile über 70 Produkte. Unter anderem gehören Trokkensortiment (Müsli, Cerealien, etc.), Milchprodukte, Tiefkühlgemüse und Eier dazu. Der Wandel vom Öko-Getreidelieferanten zum Spezialisten für Öko-Produkte ist damit erfolgreich in die Wege geleitet.●

VERÖFFENTLICHUNGSHINWEISE

Naturkostunternehmen als Lernfelder

Eine internationale Studie, herausgegeben vom netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation mit Sitz in Bremen, arbeitet anhand von 50 Einzelfallstudien aus den Branchen Ernährung, Bauen, Energie und Verkehr die engen Zusammenhänge von Ökologie und Partizipation fundiert und anschaulich heraus. Die neunzehn Unternehmen der Nahrungsmittelbranche, deren Erfahrungen in der Studie eingearbeitet sind, können im Bereich Ökologie und Partizipation als Pionierbetriebe eingestuft werden. Immer wieder wird dies deutlich, wenn die untersuchten Umweltunternehmen in Form von Einzelporträts mit ihren Besonderheiten prägnant skizziert werden. Ihr Spektrum reicht von der landwirtschaftlichen Kooperative über die Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft, den Naturkostmarkenartikler und den Bioladen bis hin zur Vollkornbäckerei.

netz (Hrsg.): Ökologie und Partizipation. Zwei Gesichter zukunftsfähigen Wirtschaftens, Bonn 1997, über: netz, Schildstr. 12-19, D-28203 Bremen, Fax.: (04 21) 794 90 46

Reise durch Bio-Deutschland

Noch immer den umfassendsten Überblick über die unterschiedlichen Ansätze im Lebensmittelmarkt für Bio-Produkte gibt Kai Kreuzer. Das Buch verdeutlicht, dass es für nahezu alle Bereiche des Lebensmittelmarktes funktionierende ökologische Alternativen gibt. Viele Projekte und Firmen stehen dabei zwischen Skylla und Charybdid, zwischen Marktanpassung und ihren eigenen ökologischen Überzeugungen. Grundsatzbeiträge wie die Öko-Gesellschaft von morgen, die Anbau-Verbände und Eu-Kontrolle sowie wie vor allem die anschauliche Darstellung der verschiedensten Vermarktungswege machen dieses Buch zu einem Grundlagenwerk über die Naturkostbranche.

Kai Kreuzer: Bio-Vermarktung. Vermarktungswege für Lebensmittel aus ökologischer Erzeugung, Lauterbach 1996, über: BLATTgrün Buchversand, Kai Kreuzer, Liebigstrasse 12, D-36341 Lauterbach, Fax: (0 66 41) 51 89.

Regionalvermarktung in der Schweiz

Regionalvermarktung kann als Gegenpol zur Zentralisierung und Globalisierung der Lebensmittelmärkte gesehen werden. Die Vielfalt und ihre unterschiedliche Wirksamkeit für ein Konzept nachhaltigen Wirtschaftens wurde in der Schweiz im Rahmen eines wissenschaftlichen Forschungsprojektes untersucht. Die Ergebnisse dienen dazu, empirisch fundierte Einschätzungen zur aktuellen Situation der Regionalvermarktung zu bieten, die untersuchten Organisationen zu typisieren und die Resultate vor dem Hintergrund Nachhaltigkeit zu beurteilen. Prägnant sind unter anderem die tabellarischen Typisierungen der verschiedenen Ansätze wie Verbandskonglomerate, Wertschöpfungs- und Öko-Regionalisten, Innovative Verarbeitungsunternehmen oder Landwirtschaftliche Selbsthilfeprojekte. Sie erleichtern, neue Regionalvermarktungsansätze in Deutschland besser in Hinblick auf ihre Schwerpunkte und Möglichkeiten zu verorten.

Kurt Hofer und Ueli Stalder: Regionale Produktorganisationen in der Schweiz: Situationsanalyse und Typisierung. SPPU-Diskussionspapier Nr. 9/1998, über: Geografisches Institut, Universität Bern, Gruppe für Wirtschaftsgeografie und Regionalforschung, Hallerstrasse 12, CH-3012 Bern, Fax: +41 (031) 6318511

New Generation Cooperatives in den USA

In einem historischen und theoriegeschichtlichen Zusammenhang wird in einer kleinen Veröffentlichung von Ansgar Horsthmke die Entwicklung der New Generation Cooperatives in den USA dargestellt. Dies sind Genossenschaften, deren Gründung seit Beginn der neunziger Jahre in zunehmenden Maße in den USA zu beobachten ist. Sie können als Organisationsform für kleinere Farmen gesehen werden, mit deren Hilfe sie auch zukünftig in den vermachteten Agrar- und Lebensmittelmärkten bestehen. Sie unterscheiden sich stark von traditionellen amerikanischen Genossenschaftsansätzen. Das Genossenschaftsprinzip »ein-Mensch-eine-Stimme« bleibt zwar erhalten, andere Prinzipien sind aber aktuellen Erfordernissen angepasst. So ist die Mitgliedschaft durch die Ausgabe einer limitierten Anzahl von Lieferrechtsanteilen eingeschränkt. Durch die Konzentration auf meist nur ein zu verarbeitendes Produkt bleibt die Gruppe der Mitglieder relativ homogen. Die geschlossene Mitgliedschaft ergänzt durch einen dualen Vertrag ermöglichen dem Mitglied Stabilität und der Genossenschaft Effizienz.

Ansgar Horsthemke: Die Genossenschaften in den USA unter besonderer Berücksichtigung der New Generation Cooperatives, Arbeitspapiere 15, Stuttgart-Hohenheim 1998, über: Forschungsstelle für Genossenschaftswesen an der Universität Hohenheim, D-70593 Stuttgart, Fax: (07 11) 459-3752

Burghard Flieger, Redaktion Genossenschaften

WENDLAND-KOOPERATIVE

Naturkost

Mitgliederläden

– kundenorientierte Gestaltung der EVG-Idee

Die Wendland-Kooperative in Hannover ist eine im Jahre 1989 gegründet ErzeugerInnen-VerbraucherInnen-Genossenschaft für ökologische Produkte. Sie betreibt seit 1993 Mitgliederläden, in denen nur Mitglieder einkaufen können, die neben dem Genossenschaftsanteil monatlich noch einen Beitrag zur Grundfinanzierung der fixen Kosten zahlen. Dafür erhalten sie die Produkte zu Preisen, die etwa 30% unter dem üblichen liegen. 1999 betrug der Umsatz der Genossenschaft 1,2 Mio. DM bei 600 Mitgliedern.

Kornelia Stock und Jörg Lindemann, Red. Genossenschaft ● »Lasst uns 'rauf und 'runter freun ...« Das Zitat entstammt einer Szene, die sich Anfang 1996, also in der Nachweihnachtszeit, im ersten Genossenschaftsladen der Wendland-Kooperative im hannoverschen Stadtteil Linden abgespielt hat. Fünf 3-4jährige Kinder aus einem Kinderladen saßen mit dem Rücken an einem Heizkörper und sangen obigen Text zur Melodie von »Lasst uns froh und munter sein ...«.

Von dieser Szene wurde wiederholt berichtet, weil es eine tolle Situation im Laden war. Für die mit der Kooperative enger Verbundenen ist sie gut nachvollziehbar, weil es oft nette Situationen mit Kindern gibt und das Ganze auch das Klima in den Läden beschreibt. Natürlich kommt es manchmal auch zu Stress. Da sich aber viele Menschen kennen, ist z.B. eine längere Schlange an der Kasse in den meisten Fällen kein Problem, weil mensch mit den anderen KundInnen reden kann oder sich eben an den Faxen der zahlreichen Kinder erfreut.

Hohe Verbraucherbindung

Die Wendland-Kooperative ist eine 1989 gegründete ErzeugerInnen-VerbraucherInnen-Genossenschaft für ökologische Produkte. Ursprünglicher Schwerpunkt der Arbeit war die Unterstützung der bäuerlichen Betriebe

Ein breites Sortiment wie in einem herkömmlichen Naturkostladen steht zur Verfügung — Foto: Thomas Kurek

im Wendland, die durch die Anti-AKW-Bewegung angeregt, auf ökologische Produktion umgestellt hatten und wegen der Grenze zur DDR von den städtischen Märkten weit entfernt waren. Die Genossenschaft beteiligte sich zunächst an einem »normalen« Bioladen. Die Unterstützung der Ökobauern im Wendland erfolgte aber hauptsächlich auf privater Basis durch von Einzelnen organisierte »Einkaufstouren«. Die Vermarktung von Produkten aus dem Wendland über den Laden funktionierte nur in der Anfangsphase.

Anfang 1993 entstand in Hannover eine Initiative, die als GbR einen Öko-Mitglieder-Laden betreiben wollte. Die konzeptionellen Vorüberlegungen: Nur Mitglieder können im Laden einkaufen. Durch Beitragszahlung erhält der Laden umsatzunabhängige sichere Einnahmen beispielsweise auch in der Sommerflaute. Über den Beitrag gibt es eine Bindung an den Laden. Ein fester Kundenkreis ermöglicht eine genauere Kalkulation. Die Kosten sind wegen eingeschränkter Öffnungszeiten und der Möglichkeit, preiswerte Läden z.B. in einem Hinterhof anzumieten, vergleichsweise gering. Das sollte ermöglichen, die Waren etwa 30% unter dem üblichen Preis zu verkaufen.

Günstige Kostenstruktur

Ziel war es von Anfang an, keine große Food-Koop aufzubauen, in der JedeR mitarbeiten muss. Vielmehr gab es einen Stamm von etwa 10 bis 15 Menschen, die die Arbeit im Laden erledigen wollten. Bei der Umsetzung der Idee fanden die Genossenschaft und der Mitgliederladen zusammen: Im November 1993 beschloss die Genossenschaft, die Mitgliederladen-Initiative zu unterstützen und das skizzierte Konzept »Mitgliederladen« umzusetzen. Antje Brink, Gründungsmitglied und langjährige Aufsichtsrätin der KOOP, betonte beim Jahrestreffen der Erzeuger/Verbraucher Gemeinschaften am 6.5.2000: »Ohne diese Initiative würde die Wendland Kooperative e.G. heute wahrscheinlich nicht mehr existieren.«

Am 10.01.1994 eröffneten der erste Genossenschaftsladen nach dem neuen Konzept. Eine Garage wurde in einen funktionalen Laden für Bio-Produkte umgebaut. Das vorgehaltene Angebot gleicht weit gehend dem eines normalen Bio-Ladens. Bewusst wurde darauf verzichtet, das Geschäft mit einer kostspieligen Ladenarchitektur zu versehen. Die Reduktion auf die zwingenden Verkaufsfunktionen – Regale, Tresen, Kühlung etc. – lässt ein besonderes Ambiente entstehen, das zudem noch kostengünstig ist.

Neue Käuferschichten

Schon vor der Eröffnung gab es bei den Bioläden der Umgebung Befürchtungen wegen der daraus entstehenden Konkurrenzsituation. Von Seiten der Genossenschaft bestand allerdings immer der Eindruck, dass mit dem besonderen Konzept neue KäuferInnen-Schichten für Ökoprodukte gewonnen wurden. Diese weisen eine breite soziale Schichtung auf: SozialhilfeempfängerInnen, StudentInnen, Kinderläden, junge Familien mit kleinen Kindern, LehrerInnen etc. LadennutzerInnen müssen mindestens einem Anteil in Höhe von DM 100 pro Haushalt zeichnen und einen Beitrag von DM 20 je Erwachsenen und DM 5 je Kind im Monat bezahlen. Nennenswerte Probleme mit der Beitragszahlung kamen bisher nicht vor, da die LadennutzerInnen dafür ein günstiges Warenangebot vorfinden. Die regelmäßigen Beiträge sichern – saisonunabhängig – hauptsächlich die Löhne.

Einige Mitglieder nutzen den Laden nicht. Sie stärken mit ihrem Anteil bzw. ihren Anteilen die Kapitaldecke der Genossenschaft. Etwa 600 Mitglieder haben insgesamt 960 Geschäftsanteilen in Höhe von DM 100 gezeichnet. Rund 620 Erwachsene und 300 Kinder kaufen in den Läden ein. Alle Mitglieder können beide Läden nutzen. Damit von Seiten der Genossenschaft besser kalkuliert werden kann, sollen sie sich allerdings für einen »Hauptladen« entscheiden. 1999 betrug der Umsatz 1,2 Mio. DM, in Form der regelmäßigen Beiträge kamen dabei 145.000 DM zu Stande. Im Moment sind in den beiden Läden zusammen zwölf Menschen beschäftigt.

Früh übt sich, wer ein echter Öko werden will — Foto: Thomas Kurek

Solidarische Genossenschaft

Im Oktober 1997 wurde ein zweiter Laden in der Oststadt eröffnet, einem Stadtteil mit ähnlicher Bevölkerungsstruktur wie in Linden. Aus dem Bereich Oststadt gab es zuvor etwa 50 Kündigungen, weil der Weg nach Linden zu weit war. Nur zwei Mitglieder konnten für die neue Filiale reaktiviert werden. Insgesamt entwickelte sich die Nachfrage anfangs nicht so, wie von Seiten der Genossenschaft erwartet.

Durch die geringere Nachfrage für den neuen Laden geriet die Genossenschaft in wirtschaftliche Schwierigkeiten. Hier erwies sich der genossenschaftliche Ansatz plus Mitgliederladen als ausgesprochen hilfreich. Nachdem der Großhändler mit einem Lieferantenkredit den Anfang machte, zeichneten auch die Mitglieder zusätzliche Genossenschaftsanteile, gaben Darlehen und unterstützten Werbemaßnahmen. Außerdem wurden die Preise um zwei Prozentpunkte erhöht. Diese Preiserhöhung wird zurückgenommen, sobald sich die wirtschaftliche Basis der Koop verbessert. Die MitarbeiterInnen aus der alten Filiale unterstützen den neuen Laden, indem mehr Mitglieder aufgenommen wurden, als der Laden und die Beschäftigte eigentlich verkraften können. Nach drei Jahren Verlust wird die Genossenschaft in diesem Jahr wieder ein positives Ergebnis erzielen.

Bequemer Einkauf

Trotz aller Höhen und Tiefen funktioniert ein Mitgliederladen in einer Großstadt, weil die Mitglieder nicht so viel Engagement und abgefragtes Bewusstsein mitbringen müssen, wie z.B. bei Food-Koops. Durch die Mitgliedschaft wird das Recht erworben, in einem Bioladen einzukaufen. Das normale Sortiment steht immer zur Verfügung, bei speziellen Wünschen - größere Mengen, bestimmte Produkte, größeres Gebinde – wird das Benötigte zusätzlich bestellt. Die MitarbeiterInnen garantieren Beratung, Bestellung, Öffnungszeiten und Service.

Langjährige Mitglieder erleben den Laden als Entlastung. Sie bekommen in der Regel alles, was sie brauchen, nerven sich nicht mit dem Suchen nach »Schnäppchen« und zweifelhaften neuen Produkten und die Einkaufszeit liegt – mit Schwätzerei – bei ca. 1 Std. pro Woche. Im Gegensatz zum »normalen« Öko-Einzelhandel versorgen sich die Menschen umfassend mit Produkten aus kontrolliertem Anbau und nicht nur mit wenigem, wie Brot, Milch und Müsli.

Schwierige Direktvermarktung

Der Anteil der direkt vermarkteten Waren der Genossenschaft liegt momentan bei etwa 20 bis 25%, insbesondere Backwaren, Gemüse, Eier, Ziegenkäse, Geflügel, Fleisch etc. Dies widerspricht in dieser Ausprägung der Idee der ursprünglichen Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaft. Dennoch: Der Anteil der Produkte aus dem Wendland geht weiter zurück, da seit 1996 nur noch einmal pro Woche geliefert wird. Vorher belief sich der Direktvermarktungsanteil auf etwa 30 bis 35%. Zu bedenken ist allerdings, dass der Hauptlieferant als Großhändler zum größten Teil mit Produkten aus dem norddeutschen Raum handelt.

Bedingt durch die Probleme mit der neuen Filiale war die Wendland-Kooperative bisher hauptsächlich am Funktionieren der Läden orientiert. Davon profitierten hauptsächlich die VerbraucherInnen. Inzwischen wird wieder stärker nach Möglichkeiten gesucht, auch die ErzeugerInnen zu fördern und weitere ErzeugerInnen als Mitglieder und Lieferanten zu gewinnen. Gerade im Hinblick auf die drohende Annäherung der Bioland Prüfkriterien an die EU-Richtlinien wird es zunehmend wichtiger sein, zu wissen, wo und wie Lebensmittel aus kontrolliert biologischen Anbau produziert werden.●

EVG LANDWEGE, LÜBECK

Genossenschaftlichen Rückvergütung – Verstetigung der Verbraucherbindung

Jahrelang war die Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaft LANDWEGE in Form eines eigenständigen nicht eingetragenen Verein organisiert. Dessen Aufgabe, die Direktvermarktung gesunder Lebensmittel von den Höfen der Umgebung, wurde konsequent und erfolgreich durchgeführt. Seit 1994 eingebunden in den Werkhof, ein Gemeinschaftsprojekt verschiedener Ladner am Lübecker Altstadtrand, wirkte sich dieser Standort positiv auf die weitere Entwicklung aus. Entsprechend wird auch die aktuelle Umwandlung zur Genossenschaft von rund 300 Mitgliedern getragen, etwa so viele wie vor dieser einschneidenden Veränderung.

Bernd Wulf, Red. Genossenschaften ● Den Gründungsimpuls für den LANDWEGE e.V. in Lübeck lieferte eine Katastrophe: der atomare Gau im russischen Atomkraftwerk Tschernobyl im Jahre 1986. Die Diskussion um gesundheitliche Gefahren durch radioaktiv belastete Nahrung war eine der Triebkräfte zur Gründung des Vereins LANDWEGE. Er sollte ökologisches Denken und Handeln vor Ort fördern und gesunde Nahrung aus der Region für die Bürger der Stadt Lübeck bereitstellen. Die regionale Begrenzung erwies sich dabei von großem Vorteil: kurze Kommunikations und Entscheidungswege, übersichtliche und transparente Strukturen, der Aufbau persönlicher Kontakte und Beziehungen förderten die schnelle Umsetzung erster Projekte.

Politische Erfolge

Im Einzelnen konnte der LANDWEGE e.V. folgende Projekte realisieren:

- extensive Beweidung verschiedener städtischer Weideflächen mit einer Galloway-Herde;
- Durchsetzung eines Beschlusses der Bürgerschaft, städtische Güter bei Pächterwechseln auf ökologische Landwirtschaft umzustellen;
- Ansiedlung eines Jugendnaturschutzprojektes auf dem Ringstedtenhof;
- Gründung eines Waldkindergartens;
- fachliche Beratung von Bauern bei der Umstellung auf ökologische Produktion.

Schon bald nach seiner Entstehung gründete der LANDWEGE e.V. zusätzlich einen eigenständigen nicht eingetragenen Verein mit dem Namen Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaft LANDWEGE. Seine Aufgabe war die Direktvermarktung gesunder Lebensmittel von den Höfen der Umgebung. Mit der organisatorischen Abtrennung sollten mögliche Probleme auf Grund der Gemeinnützigkeit des LANDWEGE e.V. vermieden werden.

Provisorisches Handling

Zu Gründungszeit gab es nur wenige Öko-Betriebe in der Umgebung, aber einige Bauern, die bereit waren, den Sprung in die Umstellung zu wagen. Die EVG wollte beiden Absatzmöglichkeiten bieten. Und so ging es los: Die Erzeuger listeten auf, was sie liefern konnten, die Verbraucher gaben aus diesem Angebot ihre Wochenbestellungen auf. Für die ersten Bestellvorgänge genügte anfangs eine private Garage. Sie wurde kurzerhand zum ökologischen Zwischenlager umfunktioniert. Doch die schnelle Ausweitung der Nachfrage machte schon bald einen Umzug unausweichlich. So wurde eine Laden- und Lagerfläche angemietet. In den Stadtteilen gründeten sich Bestellgruppen. Sie führten Sammelbestellungen für die ihnen angehörenden Mitglieder(-familien) durch.

Schnell wurden die Bestelllisten lang und länger. Ebenso nahm die Anzahl der Gruppen zu, so daß zeitweilig sogar ein Aufnahmestop verfügt werden musste. Ein kurzer Blick in das Aktenregal genügte, um auf das Problem dieses Systems aufmerksam zu machen: Der bürokratische Aufwand war immens. Hinzu kam, dass Ende der achtziger bis Anfang der neunziger Jahre die optische

Fortsetzung nächste Seite

STADT-LAND-GENOSSENSCHAFT

Naturkost

Demeters Erbe mit hochflexibler Planwirtschaft bewahren

Die Stadt-Land-Genossenschaft in Hamburg agiert als regionaler Zusammenschluss von Höfen, Marktständen, Naturkostläden, Verarbeitern und Mitarbeitern mit gegenwärtig knapp hundert Mitglieder. Ihr Schwerpunkt ist die Verteilung regional erzeugter Lebensmittel aus kontrolliert ökologischem Landbau. Als regionaler Großhandel sichert die Genossenschaft ihre Existenz durch regionale Spezialitäten und persönliche Beziehungen. Geplant war eine Art »Planwirtschaft«, indem bei der Gründung langfristige Absprachen über die Wünsche der Bezieher vorgesehen waren. Entstanden ist das Gegenteil: Durch hohe Flexibilität und die kurzfristigen Bestellmöglichkeiten von Produkten, die andere Großhändler nicht mehr ausliefern würden, entwickelte sich die Marktnische des Unternehmens.

Robert Jarowoy, Red. Genossenschaften ● Eines der bedeutendsten Heiligtümer des antiken Griechenlands war Eleusis. In Verzweiflung und aus Empörung darüber, dass der Göttervater Zeus die Entführung ihrer Tochter Persophene in die Unterwelt geduldet hatte, verließ Demeter, die Göttin des Ackerbaus und der Fruchtbarkeit, den Olymp und ging nach Eleusis. Diese westlich von Athen gelegene Region Attikas war infolge ihrer Fruchtbarkeit bereits in vorhellenischer Zeit besiedelt worden.

Mythos der Demeter

Der Mythos der Demeter ist Ausdruck einer ländlichen, landwirtschaftlich orientierten Gesellschaft. Demeter war die Göttin des Getreides, die die Felder fruchtbar werden ließ. Daher das Bund Getreide in ihrem Arm und der Ährenkranz auf ihrem Kopf. Ihre Tochter Persophene – oder auch Kore (Das Mädchen) –, die nach komplizierten Verhandlungen von Hades, dem Gott der Unterwelt, jeweils für das Sommerhalbjahr freigegeben wurden, ist das personifizierte Symbol für den jungen Weizen im neuen Jahr. Dieser Mythos der Paarung von Schöpfung und Zerstörung, der Leben und Tod vereint, fand sich auch in Ägypten mit Isis und Osiris sowie in Syrien mit Aphrodite und Adonis.

Diese Paare bestanden jedoch immer aus einem Mann und einer Frau, während der griechische Mythos in einem weiblichen Paar, dem Paar aus Mutter und Tochter, verkörpert ist. Dies dürfte ein Ausdruck archaischer matriarchalischer Strukturen sein, deren Auslaufen mit dem Auszug der Demeter vom Olymp und ihrer Ersetzung durch Dionysos, den Gott des Weines, im olympischen Götterrat besiegelt wurde. Der Kult der Demeter und ihrer Tochter fand unter größter Geheimhaltung im Tempel statt und war nur Eingeweihten zugänglich. Die Mysterien der Demeter, die zunächst Fruchtbarkeitskulte waren, wandelten sich nach und nach zu einer Religion der Wiedergeburt in ein besseres Leben im Jenseits. Der Kult der eleusischen Gottheiten war in Attika weit verbreitet, aber allein das Heiligtum der Stadt Eleusis, die die Göttinnen aufgenommen hatte, bewahrte ihre geheimnisvolle Bestimmung.

Sozialökologisches Leitbild

Die Stadt-Land-Genossenschaft ist weniger geheimnisvoll. Sie ist ein regionaler Zusammenschluss von Höfen/Hofläden, Marktständen, Naturkostläden, Verarbeitern und MitarbeiterInnen und hat gegenwärtig knapp hundert Mitglieder. Ihr Schwerpunkt ist die Verteilung regional erzeugter Lebensmittel aus kontrolliert ökologischem Landbau. Darüber hinaus werden vornehmlich Obst und Südfrüchte möglichst direkt importiert, um eine möglichst große Transparenz über Herkunft und Qualität bis ihn zur EndverbraucherIn gewährleisten zu können. Dabei geht es nicht nur darum, möglichst schadstoffunbelastete Lebensmittel zu vertreiben, sondern gleichrangig um die Förderung einer ganzheitlichen, umweltbewussten und sozialverträglichen Landwirtschaft, die pfleglich mit dem bewirtschafteten Boden, dem Wasser, der Luft, den Tieren sowie den in diesem Prozess beschäftigten Menschen umgeht und so das Erbe der Demeter wahrt.

Dies lässt sich nicht so kostengünstig realisieren wie eine industriemäßige Landwirtschaft, selbst wenn diese teilweise ohne Einsatz von Pestiziden und Herbiziden arbeitet. Durch ein gemeinschaftlich organisiertes, bedarfsorientiertes Verteilungssystem wird allerdings versucht, möglichst viele Reibungsverluste und unnötige Kosten zu vermeiden, um trotzdem marktfähige Preise gestalten zu können. Dies erheischt von allen Beteiligten eine verantwortungsbewusste, planvolle Herangehensweise, die den kurzfristigen Vorteil des Einzelnen in den Hintergrund stellt.

Zur Umsetzung der oben aufgeführten Vorstellungen reicht es nicht aus, nur Waren zu handeln, die gemäß der EG-Richtlinie über ökologischen Landbau zertifiziert sind. Vielmehr werden neben den Erzeugnissen der eigenen Mitglieder, auch wenn sie nicht demeter sind, vorrangig demeter-Produkte gehandelt, da die Richtlinien dieses Verbandes am weitestengehend sind. Die Genossenschaft ist Mitglied der Bäuerlichen Gesellschaft und somit demeter-Vertragsgroßhändler.

Zentrale Preisgestaltung

Die Genossenschaft organisiert ihre Preisgestaltung einheitlich und zentral. D.h., es wird allen Mitglieds-Erzeugerbetrieben wöchentlich jeweils ein Erzeugerabgabepreis-Info zugefaxt, das für alle Regionalprodukte Preisvorschläge beinhaltet. Die Erzeuger kreuzen dann diejenigen Produkte an, die sie zu den vorgeschlagenen Preisen liefern möchten. Bei der Bestellung werden sie dann entsprechend der Priorität aus der Anbauplanung berücksichtigt. Wenn also zwei Erzeuger speziell für die Genossenschaft ein bestimmtes Produkt angebaut haben, werden sie im Falle, dass es von mehreren angeboten wird, bevorzugt berücksichtigt.

Die Preisvorschläge resultieren zum einen aus den Vergleichen mit anderen Großhändlern, wobei die Markt-Erforschung des ZMP zugrunde gelegt wird, zum anderen aus der Rücksprache mit einzelnen Erzeugern, wie sich ihre Kosten gestalten und wie groß ihr aktueller Vermarktungsdruck ist. Die Preise sind dann für alle gleich und verbindlich. Lediglich in Sonderfällen werden spezielle Aktionen vereinbart. Der Vorteil dieses Systems ist die größtmögliche Gerechtigkeit und Transparenz sowie eine Vereinfachung im Einkauf und der Rechnungskontrolle, da so die von den Höfen oft erst Wochen später erstellten Rechnungen einfach nachzuvollziehen sind.

Lose Anbauplanung

Die Anbauplanung ist nur eine lose Verabredung, in der für die verschiedenen Produkte der ungefähre Wochenbedarf ermittelt wird und dann jeweils zwei oder drei Betriebe erklären, dass sie diese Produkte Satz für Satz speziell für die Genossenschaft anbauen wollen. Dabei wird angestrebt, eine größtmögliche Produktpalette abzudekken. Der Hinzukauf, sofern er erforderlich ist, erfolgt nach regionalen Gesichtspunkten. Importe werden nur getätigt, wenn es regional keine vergleichbaren Produkte gibt.

Vorstand und Aufsichtsrat der Genossenschaft sind jeweils paritätisch aus Höfen, Läden und Mitarbeiter/innen besetzt. Aus grundsätzlichen Erwägungen sind alle Aktivitäten aus eigener Kraft, d.h., ohne Kredite finanziert worden. Die Genossenschaft strebt ausdrücklich keine Ausdehnung aus dem regionalen Einzugsgebiet heraus an, sondern sucht gegebenenfalls die Kooperation mit ähnlichen Verteilungsprojekten.

Dies war und ist nicht einfach, da auch im Naturkostbereich die Kapitalkonzentration zunimmt. Insofern ist die Frage noch nicht beantwortet, inwieweit die herkömmlichen kleinen Naturkostläden, die letztlich die Basis der Genossenschaft bilden, dem Konkurrenzdruck der Bio-Eigenmarken der konventionellen Supermarktketten widerstehen. Können sie sich als Naturkostfachgeschäfte mit spezieller Beratung (Ernährungsfragen, Allergien etc.) und speziellen regionalen Angeboten, die es anderswo nicht gibt, behaupten? Die Genossenschaft mit ihrer flexiblen Planwirtschaft verfolgt bei ihrer Arbeit den Grundsatz »small is beautiful«. Nach dem Motto »Hauptsache eigenständig« versucht sie so, ihrem Förderauftrag gerecht zu werden.●

Kinder sind gern gesehen bei der Wendland-Kooperative (s. Beitrag Seite 8) Foto: Thomas Kurek

FORTSETZUNG VON SEITE 8

Qualität des Angebotes mitunter zu wünschen übrig ließ, die Bestellungen nicht immer vollständig ausgeliefert wurden, mitunter auch ein Wetterumschwung die Lieferplanungen der Erzeuger durcheinander brachte. Auch verlangte die wöchentliche Vorbestellung eine sorgfältige Küchenplanung. In die anfängliche Begeisterung mischte sich später Unmut über die Unzulänglichkeiten des Systems. Eindeutig positiv dagegen war der regelmäßige Kontakt der Beteiligten untereinander, der in vielen Fällen zu dauerhaften Bindungen führte.

Niedrige Mitgliederpreise

Die sozialen Vorzüge mussten jedoch zurückstehen, als das System Anfang der neunziger auf den Freien Mitgliederverkauf umgestellt wurde. Erst damit konnten die Weichen gestellt werden für die wirtschaftliche Expansion und die optimale Förderung der biologischen Produzenten aus der Region. Die Mitglieder der EVG zahlten monatlich DM 10 als Grundbetrag zur Kostendeckung. Der Rest der Kosten wurde durch die Erzeuger aufgebracht. Sie gewährten einen Nachlass auf ihre Hofladenpreise. Im nächsten Schritt dehnte die EVG den Freien Verkauf auf Nichtmitglieder aus, die zu etwas höheren Preisen nun ebenfalls bei Landwege einkaufen konnten. Ihr Anteil betrug aber nie mehr als 20% des Umsatzes.

Die Gründungsphase zeichnete sich durch eine sehr intensive Bindung der Mitglieder aus, Hofbesichtigungen glichen Massenaufmärschen. Politiker nutzten ihre Mitgliedschaft als Ausdruck fortschrittlicher Gesinnung. In den Folgejahren veränderte sich das Bild: Politikerpräsenz wurde seltener, Hofbesichtigungen fanden in gemütlicher Runde statt, die Bindungen zur EVG wurden lockerer. Der BIO-Einkauf war nicht länger spektakulär, sondern alltägliche Erledigung. Geblieben ist die enge Bindung innerhalb der MitarbeiterInnen, die persönliche Beratung, die Tante-Emma-Laden-Atmosphäre und gemeinschaftliches Denken und Handeln.

Langjährige Stammkunden

Viele der EVG-Kunden gehen bewusst in diesen Laden, weil ihnen das Konzept zusagt: die Bevorzugung regionaler Produkte, das gemeinschaftliche Eigentum an der EVG und die gemeinsame Verantwortung der Geschicke durch Mitglieder, Ladenteam und Vorstand. Viele Käufer im Laden sind seit vielen Jahren diesem System treu geblieben. Über all diese Zeit ist es zudem gelungen, das Zusammenwirken von Erzeugern und Verbrauchern aufrechtzuerhalten. Dieser Gemeinsinncharakter macht nach wie vor eine der großen Stärken der EVG aus.

Die letzte größere Aufgabe war die Wahl einer neuen Rechtsform. Als nicht eingetragener Verein erwies sich die alte Rechtskonstruktion als nicht mehr haltbar. Ein neues Konstrukt musste her, das auch weiteren Entwicklungen die Grundlage gibt. Das neue Unternehmenskonzept sollte den Rahmen für gemeinschaftliche Verantwortung gewährleisten, das Betriebsvermögen in die Hände aller legen, die Entwicklung in großer Gemeinsamkeit voranbringen. Der hohe langjährige Stammkundenanteil und das stabile Ladenteam boten hierfür die Grundlage.

Genossenschaftliche Rechtsform

Seit Beginn dieser Diskussion erschien die Wandlung in eine Genossenschaft als die beste Perspektive. Die Prinzipien von Gemeinschaftlichkeit, gemeinsamer Verantwortung, der Selbstverwaltung und des gemeinsamen Eigentums finden sich in dieser Ausprägung in keiner anderen Rechtsform wieder. Dagegen stehen die häufig geäußerten Bedenken wegen der bürokratischen Hürden und der hohen Prüfungsgebühren des Dachverbandes. Beklagt wird weiter die Schwerfälligkeit eines so breit verankerten Unternehmenskonzeptes. Von Seiten der Aktiven wurden die Vorteile höher bewertet und mit großer Mehrheit die Gründung einer Genossenschaft beschlossen.

Das Gründungsverfahren verlief einfacher als erwartet. Die Abwicklung ging zügig voran. Dass am Ende doch mehr als ein Jahr verstrich, lag zu einem großen Teil an den Verantwortlichen selbst. So musste zeitgleich die Umstellung des Kassensystems bewältigt werden. Zukünftig sind die Jahresumsätze pro Mitglied zu erfassen, weil eine Rückvergütung auf den Umsatz ausgeschüttet werden soll. Die Rückvergütung setzt aber einen positiven Jahresabschluss voraus und kann deshalb nicht vorab vergütet werden. Hinzu kommt, dass die Gründung vom ehrenamtlichen Vorstand betrieben wurde, dessen Zeitkontingente begrenzt sind. Die Genossenschaft in Gründung hatte bereits am Gründungsabend über 30 Mitglieder. Heute sind es fast 300 und damit etwa so viele wie vor der Umwandlung.

Mittlerweile steht das Zulassungsverfahren vor dem Abschluss. Damit sind mehrere positive Ziele erreicht:

- Das Haftungsrisiko ist auf das Genossenschaftskapital begrenzt.
- Die Genossenschaftsanteile bilden das Eigenkapital in der Bilanz. Damit ergeben sich positive Effekte bei der Inanspruchnahme von Bankdarlehen.
- Die Genossenschaft bietet transparente Möglichkeiten sinnvoller Geldanlage für ihre Mitglieder.
- Es ist der Grundstock gelegt für die Aufnahme neuer Aufgaben und Ziele.

Besonderer Naturkostladen

Dass diese Umstellung ohne Umsatzeinbußen durchgeführt werden konnte, unterstreichen das Vertrauen der Kunden in die EVG. Mehr als deutlich erfährt sie dennoch Tag für Tag, was es heißt, sich am Markt behaupten zu müssen. Die Preise müssen sich dem Vergleich vor Ort stellen. Als wichtiger finanzieller Vorteil erweist sich, dass keine Unternehmergewinne entnommen werden: Die Mitgliedern erwarten keine Dividenden auf ihre Genossenschaftsanteile.

Bei den Kosten muss die EVG mit zwei Besonderheiten fertig werden:

- die Bevorzugung regionaler Produkte ist in der Regel nicht die billigste Einkaufsquelle,
- die Mitarbeiter sind fest angestellt mit der Folge relativ hoher Personalkosten.

Beide Aspekte wirken sich jedoch auch positiv aus: Regionale Produkte genießen besonderes Vertrauen, ebenso wie festes Personal. Diese Faktoren gleichen die Belastungen in etwa aus. Die EVG ist eben ein Naturkostladen der besonderen Art.●

NATURATA

Naturkost

Qualitätsmanagement

– Grundlage eines Naturkostmarkenartiklers

Die NATURATA, eine der ältesten Genossenschaften im Bio-Lebensmittelmarkt, versteht sich heute als Naturkostmarkenartikler. Entsprechend legt das Unternehmen seinen Hauptaugenmerk auf »echte, lebendige Lebensmittel« von hoher Qualität und vorzüglichem Geschmack. Seit der Firmengründung im Jahr 1979 in Lauda wird bei NATURATA betont, dass die Verantwortlichen großen Wert auf die soziale Gestaltung des Marktes legen. In der Rechtsform der Genossenschaft sehen sie dies durch die enge Verbundenheit zu den Naturkost-Einzelhändlern, Großhändlern und Lieferanten besonders gut gewährleistet. Seit neuem in Grünsfeld ansässig wird gegenwärtig allerdings die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft vorbereitet.

Persönliche Gespräche mit den Kunden gehören zu den wichtigsten Vertriebsaktivitäten von NATURATA

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Vor 21 Jahren wurde aus dem Wunsch nach einem zuverlässigen und ehrlichen Handelspartner für »wirkliche Lebensmittel« die NATURATA in Lauda als regionaler Großhändler und Inverkehrbringer gegründet. Heute sieht sich die Genossenschaft als der Naturkostmarkenartikler, der mit einem breitem Qualitätssortiment und einem deutlichen Schwerpunkt bei Demeter-Produkten seiner anthroposophisch geprägten Firmenphilosophie gerecht wird. NATURATA-Produkte sind ausschließlich im Naturkostfachhandel erhältlich. Der Vertrieb erfolgt mittlerweile bundesweit über regional und überregional tätige Großhändler und auch im europäischen Ausland.

Hoher Qualitätsanspruch

Intensives Streben nach Qualität wird bei NATURATA

Die Sinnlichkeit ihrer Produkte will die NATURATA bei ihrer Außendarstellung vermitteln

als wichtiger Bestandteil der täglichen Arbeit hervorgehoben. Rund 30 Mitarbeiter versuchen, diesen Anspruch in ihrer Praxis zu umzusetzen. Zu diesem Zweck wurde in den letzten Jahren ein Qualitätsmanagement-Handbuch erarbeitet. Bereits im Frühjahr 1997 erhielt NATURATA als eines der ersten Unternehmen im Naturkostsektor eine Zertifizierung nach DIN ISO 9001 (Qualitätsaudit). Darüber hinaus werden von NATURATA die bei anthroposophischen Verarbeitern verbreiteten weiter gehende Qualitätsuntersuchungen mit bildschaffenden Methoden gefördert.

Persönliche Besuche durch Mitarbeiterinnen des Unternehmens, ausgebildete Ökotrophologinnen, spielen bei der Veranschaulichung der Qualitätsstrategie gegenüber den Abnehmern bis 1997 eine wichtige Rolle. Sie erläuterten die Qualität der NATURATA-Produkte. Bei ihren Kontakten stand nicht der kurzfristige Verkaufserfolg, sondern der Aufbau langfristiger verbindlicher Strukturen im Vordergrund. Auch heute wird mit einem Außendienst gearbeitet, der sich mittlerweile aber stärker auf die Laden- als auf die Produktberatung konzentriert.

Sinkende Mitgliederbindung

Etwa zwei Drittel der Mitarbeiter sind auch Mitglieder der Genossenschaft, also etwa 20. Die Genossenschaft selbst umfasst ungefähr 330 Mitglieder. Ursprünglich waren dies vorwiegend Naturkosteinzelhändler. Mittlerweile steht die Mitgliedschaft allen offen, die die NATURATA-Idee unterstützen wollen. Naturkosteinzelhändlern machen heute nur etwas mehr als die Hälfte der Mitglieder aus, während der Anteil der Großhändler, Lieferanten und Privatpersonen stark zugenommen hat. Hintergrund hierfür ist die Verabschiedung vom Mitgliedergeschäft im Jahre 1990. Seit dieser Zeit müssen belieferte Naturkosthändler nicht mehr Mitglied sein, so daß sich ihre Bindung an das Unternehmen in den letzten Jahren entsprechend verringerte.

Unabhängig davon gibt mittlerweile in Deutschland, Luxemburg, der Schweiz und Österreich 16 Fachgeschäfte, die auch NATURATA heißen. Sie versuchen mit unterschiedlicher Intensität die »NATURATA-Idee« umzusetzen. Gemeinsam ist ihnen neben der übergeordneten Namensidentität ein individuelles Profil in Bezug auf Geschäftsgröße, Standort, Ausstattung und Sozialstruktur. Sie sind aber nicht, wie sich auf den ersten Blick vermuten ließ, mit der NATURATA über ein Franchisesystem verbunden. Vielmehr besteht lediglich ein weitgehend abgabenneutrales Unterlizenzverhältnis zur Namensnutzung mit der NATURATA in Grünsfeld.

Eigenwilliges Marketingkonzept

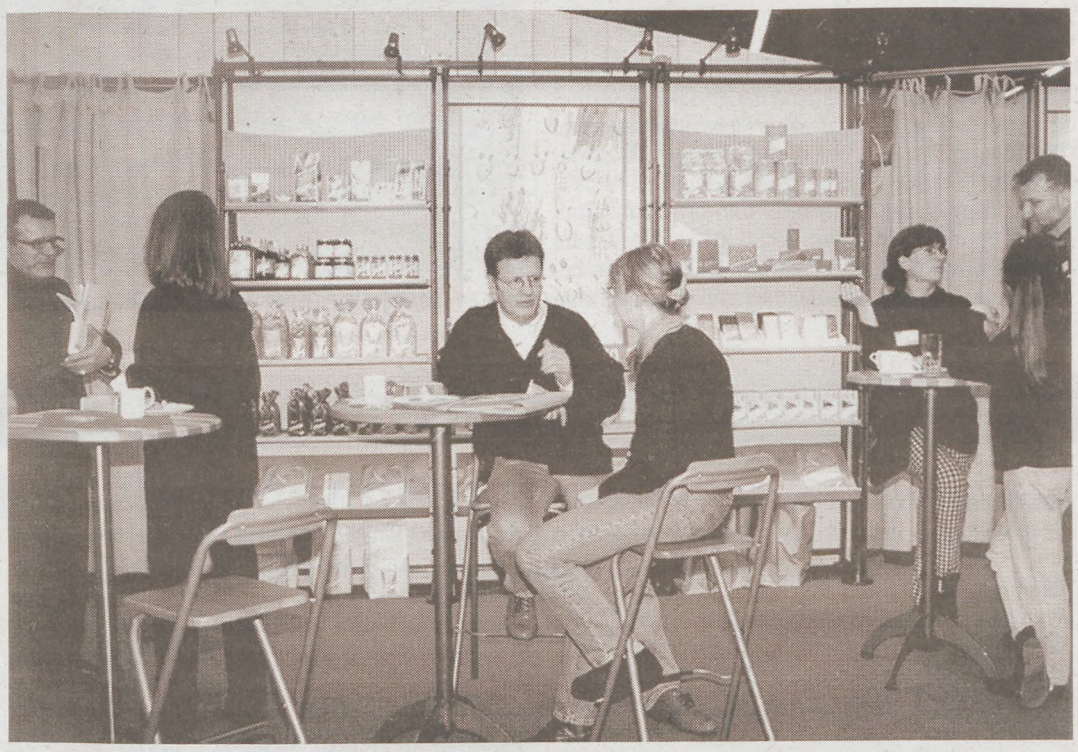
Mitte der neunziger Jahre wurde mit mehreren MitarbeiterInnen verstärkt der Außendienst bei allen Regionalhändlern ausgebaut. Dieser entwickelte sich – mit Unterbrechungen – zu einer zentralen Kommunikationsform mit den Kunden. Er wird heute durch eine systematische Öffentlichkeitsarbeit ergänzt. Ebenfalls spielen die Hausmessenauftritte bei allen Regionalhändlern eine relevante Rolle für die Kontaktpflege. Überregional stellt die BIOFACH die wichtigste Messe dar. Eine spezielle Form der Öffentlichkeitsarbeit existiert in Form der Aufarbeitung von Produktinformationen für die Ladner zur Weitergabe an die Verbraucher.

Eine Besonderheit ergibt sich daraus, dass keine gegenständliche Produktgestaltung betrieben wird. Das bedeutet, auf den Verpackungen der Produkte sind keine Abbildungen der Lebensmittel zu sehen. Für einen Anbieter von Lebensmittel gilt dies bei Fachleuten unter dem Marketingblickwinkel als wenige wirkungsvoll. Auch der Messestand auf der BIOFACH wurde mehrfach nach diesem Prinzip präsentiert. Auf diese Weise soll einerseits die Transparenz der Firma symbolisch verdeutlicht, zum anderen die Sensibilität der Sinne angesprochen werden.

Neues Logistikzentrum

Am 1. Januar 2000 wurde nach siebenmonatiger Bauzeit ein neues Lager- und Vertriebszentrum mit den daran angeschlossenen Büros in Betrieb genommen. Von dort aus werden die Naturkost-Markenartikel möglichst effizient und ökologisch an die Fachhändler in Deutschland und den Nachbarländern ausgeliefert. Mit seiner harmonisch geschwungenen Dachlandschaft des Lagerhallenkomplexes entspricht der insgesamt über 2.000 Quadratmeter große Neubau in seinem architektonischen Erscheinungsbild dem anthroposophischen Ansatz von NATURATA. Das Gebäude fügt sich in Form und Gestaltung gut in die Landschaft ein. Auch die Begrünung der Dachfläche trägt dazu bei. In dem Gebäudekomplex sind ein Verladehof, der Versand, Büros sowie Empfangs- und Aufenthaltsräume für die Mitarbeiter untergebracht.

Lagerhalle und Kühlhaus zeigen sich mit einer Fläche von 1.700 Quadratmeter großzügig konzipiert. Sie bieten Platz für annähernd 1.500 Paletten, um die Demeter-Produkte und Waren aus kontrolliert biologischem Anbau möglichst optimal zu lagern. Im hinteren Bereich verschwindet das Kühlhaus gut isoliert unter der Erde. Durch die damit verbundene Energieeinsparung lassen sich Umweltbelastung und Kosten relativ gering gestalten. In den Bau des Logistikzentrums im »Industriepark ob der Tauber« investierte das Unternehmen rund 4,2 Millionen Mark. Mit dieser Investition sieht sich NATURATA für die kommenden Herausforderungen auf dem Naturkostsektor bestens vorbereitet.


Die Gestaltung des Messestandes soll zu intensiven Gesprächen mit den NATURATA-Mitarbeitern einladen

Veränderte Kooperationsformen

Der Gedanke vernetzter Strukturen (Hersteller –Groß-/Einzelhandel – Verbraucher) gehört zu den Grundlagen der Ökologie und der Naturkostbewegung. Ein wesentlicher Punkt der Firmenphilosophie der NATURATA war deshalb die regionale Vernetzung. Enge Kooperationen und wirtschaftliche Beteiligungen wie zum Beispiel mit der Grünsfelder Ölmühle sollen auch heute die Herkunft der Produkte für die Kunden transparenter machen, indem sie nachvollziehen können, wo und wie ihre Lebensmittel produziert werden. Durch diesen regionalen Ansatz werden Arbeitsplätze in der Landwirtschaft und dem verarbeitenden Gewerbe erhalten oder sogar neu geschaffen.

Im Unterschied zu früher wird allerdings weniger eine breite regionale Vernetzung als die gezielte Kooperation praktiziert. So bilden NATURATA und die Demeter-Mühle Spielberger aus Brackenheim neuerdings eine Kooperationsgemeinschaft, um Synergieeffekte zu nutzen. Unter dem gemeinsamen Dach des Logistikzentrums übernimmt NATURATA die Lagerhaltung und Logistik für die Spielberger KG, wie auch den Vertrieb, Verkauf und das Marketing. Die wirtschaftliche Entwicklungsfähigkeit im expandierenden BioLebensmittelmarkt soll hierdurch gesichert werden, auch wenn beide Unternehmen rechtlich eigenständig bleiben.

NATURATA und Spielberger gehören zu den bekannteren Anbietern von Markenartikeln im Naturkostbereich. Ihr Schwerpunkt liegt eindeutig auf Demeter-Produkten. Die NATURATA-Angebotspalette aus Würzmitteln, Speiseölen, Getreidekaffee, Süßwaren, einer italienischen Nudellinie und Antipasti-Spezialitäten findet durch das Spielberger-Sortiment bestehend aus Mehl, Körner, Flocken, Saaten, Hülsenfrüchten, Knäckebrot, Backmischungen und schwäbischen Nudelspezialitäten eine sinnvolle Erweiterung. Die Kooperation bietet dem Fachhandel also künftig »zwei starke Marken aus einer Hand«.

Finanzielle Begehrlichkeiten

Der Bau des Logistikzentrums und die Kooperation mit Spielberger geht mit weit reichenden Veränderungen in der Firmenpolitik einher. Die NATURATA setzt stärker als früher auf Expansion und »wirtschaftliche Schlagkraft«. Durch die Ausrichtung als Naturkostmarkenartikler ist dies vom Selbstverständnis bereits vorprogrammiert. Um unter diesem Vorzeichen den Erfordernissen des Wachstumsmarktes Biolebensmittel gerecht werden zu können, sind immer wieder finanzielle Mittel notwendig. Nur so besteht die Chance, gegebenenfalls auch kurzfristig investieren zu können.

Hierfür erweist sich die Genossenschaft in ihrer bisherigen Form ohne Beteiligung am inneren Wert des Unternehmens als wenig attraktiv. Die meisten Mitglieder zeichnen nur in Höhe des Pflichtanteils von 1.500 DM. Entsprechend ist die geplante Wandlung in eine Aktiengesellschaft mit Argumenten der Kapitalbeschaffung legitimiert. Schon die finanziellen Mittel für den Bau des Logistikzentrums waren als Genossenschaft nur mühsam aufzubringen. Für den zukünftigen angestrebten Wachstumskurs wird deshalb statt auf Mitgliederbindung auf die auch im Naturkostsektor zunehmenden materiellen Begehrlichkeiten gesetzt, die mit der Beteiligungen an einer Aktiengesellschaft verbunden sind.

Horst-Dieter Radke, langjähriges Vorstandsmitglied der NATURATA sieht dies anders: »Wir werden ausschließlich vinkulierte Namensaktien ausgeben und planen keinen Gang an die Börse. Wir arbeiten seit den Neunzigerjahren renditeorientiert und wollen das auch in der Zukunft so halten. Allerdings müssen auch Zeiten in Kauf genommen werden, in denen aufgrund die Finanzierung und Realisierung von zukunftsorientierten Entwicklungen einmal keine Rendite erwirtschaftet werden kann. Insofern versprechen wir auch den Aktionären keine umwälzenden Renditen im zweistelligen Prozentbereich und bleiben bei aller Erfolgsorientierung auch als Aktiengesellschaft noch zielorientiert.«●

VLOTHO: NATURWAREN & BÜCHER-LADEN REGENWURM

Naturkost boomt ...

... die Naturkost boomt ... das jüngste Zwischenhoch lässt die Branche optimistisch in die Zukunft ... naja, Börsennachrichten und der Wetterbericht sind sich irgendwie ähnlich, ein geschwollener Jargon, das Augenblicksinteresse ist enorm, und in kurzer Zeit gibt keiner mehr was um diese Art Information. In ihrem Bemühen um Dauerhaftigkeit hatte die Branche sowieso einen radikaleren Ansatz, das wirtschaftliche Auf und Ab ist nur Begleitmusik bei wesentlicheren, nämlich inhaltliche Zielen (ich weiß allerdings nicht, ob das auch alle in der Naturkostbranche wissen). Während Geschäftzahlen einen äußerst kargen Informationsgehalt besitzen, sind die menschlichen, ökologischen und sozialen Fragen und Überlegungen viel interessanter und aufschlussreicher. In diesem Sinne stellen wir ein Projekt vor, den seit über 20 Jahren in Vlotho existierenden Bioladen »Regenwurm«. Geschrieben hat ihn der jetzige Inhaber Rudolf Döhr.

Vorgeschichte

Anfang 1979 schlossen sich verschiedene Initiativen (*Arbeitskreis Umweltschutz – AKU -; Verein Autonomes Jugendtentrum; Frauengruppe Vlotho) in Vlotho zu einer »Alternativen Liste« (später »Grüne Liste Vlotho – GLV«)* zusammen. Ziel war es, nach einigen vergeblichen Anläufen, mit den jeweiligen Initiativen Dinge durchzusetzen, selbst in den Entscheidungsgremien vertreten zu sein.

Am Ende fehlten bei der Kommunalwahl am 30.9.1979 dreißig WählerInnenstimmen; während sich die GLV aktiv an der Gründung der Partei *»Die Grünen«* auf allen Ebenen beteiligte (Bund, Land, Kreis), hatten einige der Aktiven im Wahlkampf bemerkt, woran es bei der politischen Arbeit haperte: es fehlte an eigenen Veröffentlichungsmöglichkeiten und an einem festen Anlaufpunkt. So ging es an die Gründung einer »Stattzeitung« (*»vlothos buntes blatt«*, später *»Hofnarr«*) und eines Umwelt- und Kommunikationsladens. Um den Laden finanzieren zu können, wurde beschlossen, sich mit den in den Großstädten mehr und mehr entstehenden Bioläden zusammenzuschließen. Nach einer 3 monatigen Erprobungsphase auf dem Vlothoer Wochenmarkt (dienstags und samstags) wurde ein 20 qm großes Ladenlokal in der Weserstraße 17 angemietet.

Entwicklung des Regenwurms

Drei Frauen und drei Männer betrieben den *»Regenwurm«* zunächst. Der Laden war anfangs in erster Linie Anlaufstelle. An den Tagen Montag, Mittwoch, Freitag und Samstags war er geöffnet; niemand durfte ein Entgelt für seine Arbeit erwarten (das wurde die ersten 2 Jahre durchgehalten), alle sollten ihre Einkünfte anderswo erwirtschaften. Z.B. wurde parallel zum Laden ein Altpapierprojekt gegründet, das 7 Jahre lang existierte und regelmäßige Sammlungen in 8 Städten einrichtete. Das gesammelte Papier wurde verkauft, gleichzeitig wurden während der Sammlung Umweltschutzpapierprodukte angeboten. Anfänglich misstrauisch beäugt, wuchs das Ladenprojekt stetig. Im August 1981 wurde ein doppelt so großes (45 qm) Ladenlokal in der Fußgängerzone bezogen. Hier stabilisierte sich die Gruppe auf 5 Beteiligte. Ab 1982 wurden 2 Hauptamtliche mit einem kleinen Entgelt bedacht; im gleichen Jahr erteilte die IHK Bielefeld dem Projekt eine vorübergehende Eignung als Ausbildungsstätte. Zunächst wurde die Ausbildung auf am Projekt Beteiligte beschränkt (die dann, wenn schon ohne bzw. später mit wenig Entgelt arbeitend wenigstens in der Zeit eine anerkannte Ausbildung erwarben). Ab 1984 wurden dann »echte« Auszubildende angestellt. 1985 erwarb *Rudolf Döhr* vor der IHK Bielefeld die Anerkennung als Ausbilder (im Bereich Einzelhandelskauffrau).

Aktiv waren wir beteiligt im *Verband der selbstverwalteten linken Buchläden NRW*, desgleichen im lockeren Zusammenschluss der Naturkostläden in Ostwestfalen. In Vlotho selbst wurden im Laufe der Jahre verschiedene Initiativen angestoßen und verantwortlich aus dem Laden heraus gegründet: Dritte-Welt-Gruppe, Volkszählungsinitiative, »Das bessere Müllkonzept« und Flüchtlingsgruppen.

1984 teilte sich die Gruppe wegen persönlicher Schwierigkeiten und Richtungsdifferenzen. Zwei Frauen gründeten das heute noch existierende alternative *»Café Klatsch«*, drei Leute führten den Regenwurm weiter.

Der Regenwurm beriet verschiedene Menschen in Nachbarstädten bei der Gründung eines Bioladens. Als der Naturkostladen in Bad Oeynhausen nach drei Jahren Existenz 1986 geschlossen werden sollte, sahen die übriggebliebenen »Regenwürmer« *Ulrike Heusinger* und Rudolf Döhr die Möglichkeit, erneut ein Kollektiv-Projekt zu gründen, in dem 5 bis 7 Menschen selbstbestimmt arbeiten (und davon leben) könnten. Im Juni 1986 wurde die Filiale eröffnet. Innerhalb eines Jahres wurde der Laden auf halbwegs solide Füße gestellt. Im Frühjahr 1989 wurde das Geschäft aus dem Stadtteil heraus in Innenstadtnähe umgesiedelt.

Der Vlothoer Laden zog im Juli 1990 in ein doppelt so großes Ladenlokal (90 qm) in der Unteren Fußgängerzone. Von der Lage her schlechter gelegen, konnte der Umsatz hier (besonders durch die bedeutend besseren Präsentationsmöglichkeiten für den Buchbereich) schnell stark vergrößert werden.

Ab 1987 engagierte sich der Regenwurm im *Verband Naturkost/Naturwaren e.V.*. Drei Jahre lang war Rudolf Döhr Bundesdelegierter und Ansprechpartner der Region Ostwestfalen. Zunehmende inhaltliche Differenzen mit Verband und Mitgliedsläden (mit der Formel »Entwicklung zum Naturkostfachgeschäft« wurden nach Auffassung des Regenwurms zunehmend wichtige ökologische und soziale Kriterien über Bord geworfen) führte zum schrittweisen Ausstieg aus dieser aktiven Arbeit, im Jahre 1993 sogar zum Austritt aus dem Verband.

Personell gab es in der Zeit von 1986 bis 1991 ständige Veränderungen; die lange Einarbeitungszeit (durch die vielen unterschiedlichen Bereiche) wurde so kaum ausgeglichen durch die dadurch gewonnene Erfahrung der MitarbeiterInnen. Das brachte das Projekt ständig in finanzielle Unsicherheiten und die ProjektinhaberInnen in starke zeitliche Belastungen über Jahre hinweg. Gründe für die Fluktuation gab es viele; durch die Vielzahl der Bereiche und die damit verbundenen Anforderungen von Seiten der Kundschaft ist die Gefahr der Überforderung groß; gleichzeitig ist das Projekt ein politisches Projekt, eine Anlaufstelle für die verschiedensten Probleme. Dies macht den Laden zwar sehr lebendig, führt aber dazu, dass eine persönliche Abgrenzung zur Seite dr Nutzer/innen des Ladens schwer fällt – was wiederum zur Überforderung führt. Häufig rückten die MitarbeiterInnen durch diese Erfahrungen im Projekt von ihrer anfänglichen Vorstellung ab, nach der Einarbeitungszeit mitbeteiligte Kollektivmitglieder zu werden. Schon nach kurzer Zeit wurde die während des Tages nicht mögliche Abgrenzung durch strikte Beschränkung der Beteiligung am Projekt auf die Arbeitszeit vorgenommen. Ebenso hatten sich im Laufe der 80er Jahre die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen geändert. War ein paar Jahre zuvor die selbstbestimmte, hierarchielose Arbeit ein Ziel, dem Vorrang vor geregelter Arbeitszeit und hohem Arbeitsentgelt gegeben wurde, kehrte sich dieses ab Mitte der 80er Jahre völlig um.

1989 wurde noch einmal der Versuch gemacht, aus einer Gruppe von drei Frauen und zwei Männern ein Kollektiv wachsen zu lassen. Doch schon 1990 war klar, dass diese Planungen nicht gelingen konnten, da die zu diesem Zweck eingestellten MitarbeiterInnen ihre Position als »Angestellte« dann doch nicht aufgeben wollte. Im Laufe des Jahres 1991 fühlten die beiden übriggebliebenen »Ur«-Mitglieder, dass sie nach sieben Jahren nahezu ohne Freizeit nicht noch einmal die Kraft aufbringen würden (und wollten), wieder mit der Hoffnung auf Kollektiv neue Menschen einzuarbeiten. Es wurde beschlossen, die Oeynhausener Filiale zu verkaufen. Unter dem Druck dieser Entscheidung entschloss sich ein Mitarbeiter, den Laden zusammen mit der gerade »abgeschlossenen« Auszubildenden weiterzuführen.

Ab Januar 1992 wurde der Vlothoer Laden von Ulrike Heusinger und Rudolf Döhr für zwei Jahre nahezu allein betrieben (unterstützt von einer Schülerin im Abpackbereich im Lager und einer Person, zuständig für Putzen und Lieferfahrten). Die Umsatzzahlen zeigen, dass in diesen Jahren der »Ruhe« eine Struktur geschaffen wurde, die die Grundlage für eine solide finanzielle Basis gebracht hat. Diese »Ruhe« verstärkte auch die Bindung der Kundinnen und Kunden an das Projekt, spürbar auch dadurch, dass zwei Konkurrenzgründungen im Frühjahr 1995 keinen Umsatzrückgang mit sich brachten. Zwei Kilometer vom Laden entfernt eröffnete ein sogenannter Hofladen, gleichzeitig nahm ein Vlothoer Supermarkt ein Bioland-Milchprogramm auf, das mit dem Regenwurm-Sortiment nahezu identisch ist. In einer 20.000-Einwohner-Kleinstadt mit nicht ausdehnbarer Naturkostkundschaft führen solche Ereignisse natürlich zwangsläufig zum Umsatzrückgang. Nach anfänglichen Umsatzrückgängen konnte jedoch mit Preispolitik gegengesteuert werden. Der anvisierte Umsatzzuwachs konnte dadurch 1995 nicht im geplantem Maße verwirklicht werden, 1996 wurde dann aber ein sehr gutes Jahr.

1994 wurde wieder vorsichtig eingestellt und eingearbeitet. Hans-Joachim Döhr, bisher für die Buchführung zuständig (mit seiner Hilfe wurde das gute monatliche Auswertungssystem entwickelt, das uns ermöglicht, aktuell Entwicklungen in den unterschiedlichen Produktbereichen zu erkennen und gegenzusteuern – siehe oben), arbeitete zunächst einen, später zwei Tage in der Kundenbedienung ein. In diesem Jahr wurde der Regenwurm vom Einzelunternehmen auf eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) umgestellt – nun war Ulrike Heusinger von Waldegge auch rechtlich Mitinhaberin im *Regenwurm*.

Arbeits- und Kundschaftszusammenhänge

Ende 1995 und das ganze Jahr 1996 stieg der Umsatz rapide, so dass daran gedacht wurde, weitere Mitarbeiterinnen einzustellen. Beschleunigt wurde dieses Vorhabe durch persönliche Veränderungen der beiden InhaberInnen, die ihre Lebensgemeinschaft auflösten. (Nicht nur) die neuen »familiären« Zusammenhänge erforderten einen größeren Bedarf an Freizeit; letztendlich durch die Heirat und zukünftige Mutterschaft Ulrike Heusingers gab diese ihre Tätigkeit als Geschäftsführerin auf.

Rudolf Döhr plante das Unternehmen Anfang 1997 um. Im Februar und März wurde jeweils eine Teilzeitmitarbeiterin eingestellt, für Sommer ist eventuell eine weitere Einstellung geplant.

Ideen wie ein Kundinnen-»Beirat«, der Anfang 1996 gegründet werden sollte und das monatliche Info wurden hintenangestellt. Die Aufgaben, die zehn Jahre lang von Ulrike ausgeführt wurden, mussten umverteilt werden. Der Regenwurm wird auf Dauer ein Einzelunternehmen bleiben, wohl aber gruppengestützte Entscheidungen treffen. So gibt es eine zweimonatliche Versammlung aller interessierten LadenmitarbeiterInnen, die Idee des KundInnenbeirates bleibt im Hinterkopf.

Zu den Ladenbesprechungen ist noch anzumerken, dass sie bis 1990 ein fester Bestandteil des Projekts waren; größtenteils wöchentlich trafen sich alle Mitarbeiterinnen (teilweise auch Wochenendseminare), um gemeinsame Dinge (bis hin zur Aufnahme oder Nichtaufnahme bestimmter Produkte) zu entscheiden.

Verstärkt werden soll auch die externe Ausbildung. Alle MitarbeiterInnen haben sich verpflichtet, einmal im Jahr ein Seminar zu belegen und an einer Fachmesse teilzunehmen. Im KundInnenbeirat sollen Punkte, die von InhaberInnen-, MitarbeiterInnen oder Kundschaftsseite kommen, diskutiert, Richtungen entchieden werden (Entscheidungen, die große finanzielle Folgen nach sich ziehen oder sogar Existenzentscheidungen können von diesem Beirat natürlich nicht getroffen werden). Der Beirat stellt nach unseren Vorstellungen also ein konstruktives Gremium dar. Für die Zukunft könnte er ebenfalls die Funktion haben, die Grundlage eines Vereins zu werden; so gibt es die Idee, bei starker wirtschaftlicher Veränderung oder nicht mehr alternativ handhabarer Wirtschaftsweise unser Projekt in einen Verein umzuwandeln (z.B. *Querbeetmodell*, das im Handelsbereich eine zwar nur nahezu unbedeutende Rolle spielt).

Wünschenswert wäre auch das regelmäßige (Wieder-) Erscheinen unserer hauseigenen Ladenzeitun, in der wir versuchen/versucht haben, uns und unser Handeln in den Zusammenhängen darzustellen, in denen wir es sehen. Dies ist jedoch nachwievor ein Zeitproblem, so dass zunächst weiterhin nur ein kleines Info in unregelmäßigen Abständen erscheint. Hiermit kann jedoch das, was wir als zu unserer Arbeit gehörig empfinden, nur unzureichend dargestellt werden. Natürlich bekommt die Kundschaft mit, dass wir tägliche Beratungsstelle für die Flüchtlingsproblematik vor Ort sind. Natürlich spürt sie Aktionen gegen die Todesstrafe (*Mumia Abu Jamal*), Versenkung der Brent Spar oder Atomtests im Südpazifik an den Unterschriftslisten – aber die Darstellung der Zusammenhänge verbleibt im Ladenalltag und der Ladenhektik nur allzu oft....

Wirtschaftliches & Finanzielles

Ab dem 2. Halbjahr 1995 gingen wir daran, uns trotz der vor Ort entstandenen Konkurrenzsituation einen weiteren Zuwachs zu sichern. Das gelang bis Anfang 1997, ein weiterer Einbruch ab März 1997 musste jedoch in Kauf genommen werden. Durch verstärkte Einbindung in ihren persönlichen Bereichen senkten Ulrike Heusinger und Rudolf Döhr ihren zeitlichen Einsatz im Laden, besonders in der KundInnenbedienung. Gleichzeitig mussten die Voraussetzungen für das Babyjahr Ulrikes geschaffen und die neuen MitarbeiterInnen eingearbeitet werden. Dies führt bei InhaberInnengeführten Unternehmen – gleich welcher Art – natürlich zu gewissen Einbußen. Dazu kommt, dass der größte in Vlotho ansässige Supermarkt nun ebenfalls Molkereiprodukte aus kontrolliert ökologischem Anbau führt. Gleichfalls ist 6 km entfernt am Ortsrand von Bad Oeynhausen die Errichtung eines Konsum- und Freizeitparkts geplant, der auch Fachgeschäfte wie z.B. einen Naturkostladen enthalten soll.

Das führt dazu, dass ab 2.Halbjahr 1997 Öffentlichkeitsaktionen verstärkt werden müssen (Veranstaltungen, Lesungen, regelmäßige Verteilung von Informationen, eventuell Werbung in der Tagespresse). Ein Zuwachs von 3% ist für 1997 nötig, um den jetzigen MitarbeiterInnenstand abzusichern. 5% sind auf Dauer anzustreben, da die – wenn auch langfristigen Kredite in Höhe von z.Zt 110.000 DM irgendwann abgelöst werden müssen. Nötig ist auf jeden Fall ein Umbau (oder Umzug) des Ladens, der in allen Sortimentsteilen aus den Nähten platzt.

Nach unserer Sicht haben wir – gerade im Buchbereich – erst 50% der möglichen Kundschaft erreicht. Auf jeden Fall werden wir auch weiterhin darauf verzichten, auf ein vorschnelles Wachstum zu bauen und durch herkömmliche Werbestrategien eine Massenkundschaft anzusprechen. Wir verstehen unserer Arbeit inhaltlich und ein Wachstum mit der Kundschaft zusammen empfinden wir als »organisch« – und somit uns als ökologischem und sozialem Organismus angemessen. Dass die Bindung Kundschaft/Projekt tiefer ist, wenn sie über Jahre »persönlich« erarbeitet wurde, zeigte sich u.E. daran, dass es beiden im Frühjahr 1995 in Vlotho aufgebaute Konkurrenzanbietern trotz aggressiver Werbung und Preiskampfs nicht gelungen ist, unseren Umsatz nennenswert zu gefährden. Und das zeigt eben die Zielrichtung aller nötigen Verbesserungen auf.

Die Jahresabschlüsse 1980 bis 1990 zeigen einen regemäßigen »Aufstieg« in gleichen harmonischen Schritten. Im Vergleich zu anderen Geschäften der Branche blieben die modebedingten Sprünge aus (und werden auch ausbleiben, sowohl nach oben als auch nach unten). Wir setzen nicht auf herkömmliche Marketingkonzepte, sondern auf langsames natürliches Wachstum, den Menschen im Betrieb und der Kundschaft angepasst.●

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Die Fakten – kurz und knapp:

Inhalt: Handel mit kontr. ökologisch angebauten Lebensmitteln, »Eine-Welt«-Produkten und Naturwaren (Umweltschutzpapier, Wasch-und Putzmittel, Kosmetika, Naturschuhe, baubiologische Produkte); Buchhandel.
Gründung: Oktober 1979 bzw. Januar 1980.
Rechtsform: Einzelunternehmen, 1.1.1994 bis 31.12.1996: GbR. Inhaber: Rudolf Döhr (bis 1996 Ulrike von Waldegge Mitinhaberin)
Mitarbeiterinnen: 7.

SAARBRÜCKEN: 10 JAHRE »KULTUR- UND WERKHOF NAUWIESER 19«

Projekte-Verbund mit erfolgreichem Rückblick

Vom 23. bis 25. August feiern 13 selbstverwaltete Projekte mit den AnwohnerInnen aus dem Nauwieser Viertel, mit FreundInnen, UnterstützerInnen und einer Vielzahl von Gästen das 10-jährige Bestehen des »Kultur- und Werkhofes Nauwieser 19« in Saarbrücken. Über drei Jahre dauerte es damals von der Entwicklung der Idee über den aufwendigen Umbau der Gebäude bis zur Einweihungsfeier am 26. August 1990. Zehn Jahre danach können die im Verein »Nauwieser 19 e.V.« zusammengeschlossenen Gruppen auf den Aufbau und die Festigung eines im Saarland einmaligen Selbstverwaltungsprojektes zurückblicken.

Winfried Blum, Saarbrücken ● Der Startschuss fiel bereits 1987, als »Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V.« eine Reihe von alternativen Projekten auf ein leer stehendes Haus in der Nauwieserstraße 19 in Saarbrücken aufmerksam machte. Zu dem Interesse vieler Gruppen stellte sich bald auch Unterstützung ein: Mitglieder und Privatpersonen brachten insgesamt 280.000,– DM als zinslose oder zinsgünstige Darlehen ein, Stadt, Land und Arbeitsamt förderten das beispielhafte Projekt durch die Bereitstellung von Arbeitskräften für die umfangreichen Umbauarbeiten (ABM und »Hilfe zur Arbeit« über die »Neue Arbeit Saar«) sowie durch Zuschüsse. Die Projekte selbst leisteten bei der Renovierung der Gebäude ungezählte Arbeitsstunden, um die Kosten so gering wie möglich zu halten. Das Ergebnis: ein Zusammenschluss selbstverwalteter Gruppen wurde Eigentümer von Gebäuden im Wert von fast zwei Millionen DM.

Und: es funktioniert! So unterschiedliche Projekte wie das »café kostbar«, der Fahrrad-Laden, der Blattlaus-Laden, die Schreinerei Michael Ott, die Möbelrestauratorin Kristin Klemm und die Goldschmiedin Kornelia Landau arbeiten in regem Austausch mit der AIDS-Hilfe Saar, der Notrufgruppe für vergewaltigte und misshandelte Frauen, dem Netzwerk Selbsthilfe Saar, dem Saarländischen Filmbüro, dem »Kino 8 1/2«, der »O.T. ProduzentInnengalerie« und der »Gesellschaft für nachwachsende Rohstoffe« zusammen. Selbstverwaltung wird auch heute noch großgeschrieben: alle Projekte arbeiten in mindestens einer Arbeitsgruppe des Vereins »Nauwieser 19« mit, grundsätzliche Entscheidungen werden gemeinsam im 14-tägigen Vereinsplenum getroffen.

In den letzen zehn Jahren wurde der »Kultur- und Werkhof Nauwieser 19« zu einem unverzichtbaren Bestandteil der Stadtteilkultur im Nauwieser Viertel. Politische Foren zur Sanierung des Viertels, zur Trassenführung der Stadtbahn und zum alltäglichen Rassismus fanden hier statt; Ausstellungen, Kabarett- und Musikveranstaltungen sowie das jährliche »Saar-Lor-Lux Film- und Videofestival« sind wiederkehrende kulturelle Höhepunkte.●

Weitere Informationen erteilt gerne: Illi Reusch, Netzwerk Selbsthilfe Saar, Nauwieserstraße 19, D-66111 Saarbrücken, Tel. (06 81) 37 15 02.

ROBERT JUNGK PREIS NRW:

Auszeichnung an »Sozialistische Selbsthilfe Mülheim e.V.«

Der Robert Jungk Preis NRW wurde erstmals vom Städte-Netzwerk NRW gemeinsam mit der Robert Jungk Stiftung (Salzburg) und dem Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes NRW verliehen. Er wendet sich an soziale und kulturelle Einrichtungen wie auch Initiativen in deren Umfeld. Gesucht wurden zukunftsweisende Ideen und Konzepte.

Redaktion Heidelberg ● Über 250 Einrichtungen und Initiativen aus NRW bewarben sich um den Preis. Eine interdisziplinär zusammengesetzte Jury hob neben den Preisträgern weitere Projekte hervor, die mit dem Prädikat »Zukunftsprojekt« ausgezeichnet wurden.

In Köln ist das Projekt »Sozialistische Selbsthilfe Mülheim e.V.« (SSM) beheimatet. Die von Frau Ministerin Brusis unterzeichnete Urkunde bezeichnet die SSM als ein »Zukunftsprojekt«. Druckfrisch liegt auch die Buchveröffentlichung »Ausgezeichnet – Ergebnisse des Robert Jungk Preises NRW« vor, die die SSM ausführlich darstellt.

Informationen zur SSM (s. auch CONTRASTE Nr. 183) wie auch weitere Informationen zu Robert Jungk, zum Preis sowie zu den Veranstaltern sind ebenfalls im Internet unter www.netzwerk.nrw.de gespeichert.●

»Wer bei diesem Projekt auf den ersten Blick den Eindruck einer »Alt-68er-Kommune« hat, wird beim zweiten Blick erstaunt sein, welche Ansätze dieses Projekt seit nunmehr über 20 Jahren verfolgt und welche erstaunlichen Ergebnisse im Bereich der Integrationsarbeit sozialer Randgruppen aber auch bezüglich der Wohnumfeldgestaltung sowie der sozial nachhaltigen Stadtentwicklung bislang erzielt werden konnten.«

Saarbrücken: Frauennotruf gesichert

Almut Dietrich, Saarbrücken ● Erleichtert aufatmen kann die Notrufgruppe für vergewaltigte und misshandelte Frauen e.V. in Saarbrücken: durch eine finanzielle Beteiligung der Landkreise Merzig-Wadern, Neunkirchen, Saarlouis, St. Wendel und Saar-Pfalz-Kreis konnte die dritte Beraterinnenstelle für den Notruf nun langfristig gesichert werden. Allen UnterstützerInnen sagen die Notrufrauen einen herzlichen Dank »Ohne Sie, ohne Euch hätten wir es nicht geschafft!« betonen Almut Dietrich, Antonia Schneider-Kerle und Lisa Weber, die Mitarbeiterinnen der Notruf-Beratungsstelle.

Zum 31. Januar war die Finanzierung der dritten Stelle für den Notruf ausgelaufen; doch die Notrufgruppe gab nicht auf und rührte die Stelle zunächst aus eigener Kraft weiter. Gleichzeitig starteten die Notruffrauen eine großangelegte Aktion, um Spenden für eine Übergangsfinanzierung zu sammeln. Bei vielen Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag um den 8. März verkaufte der Notruf »Geldscheine«, um für zwei bis drei Monate Zeit für Verhandlungen mit den Landkreisen zu gewinnen. Und das mit großem Erfolg: fast 9.700 DM spendeten saarländische Frauen und Männer, kleine und große Vereine sowie Verbände, um die Notrufgruppe zu unterstützen. Solidaritätsbekundungen kamen dabei aus allen gesellschaftlichen Gruppen und politischen Parteien.

Auf diesem Hintergrund konnten die Gespräche mit den Landkreisen in einer offenen und fruchtbaren Atmosphäre gerührt werden. Hierbei übernahmen die Kreisfrauenbeauftragten eine wichtige, koordinierende Funktion. Der Dank des Notrufs gilt deshalb ihnen sowie den saarländischen Landräten, die kommunalpolitische Bedenken zurückstellten und mit Mut und Entscheidungsfreude pragmatisch zugunsten der betroffenen Frauen entschieden. Inzwischen haben die einzelnen Kreisausschüsse einer anteiligen Förderung der 3. Notrufstelle zugestimmt, sodass damit eine langfristige Absicherung der Arbeit des Notrufs auch für die Frauen in den Landkreisen erreicht ist.

Nach fast zwei Jahren, die von kräftezehrenden Finanzverhandlungen geprägt waren, kann sich der Notruf nun wieder ganz seiner eigentlichen Aufgabe widmen, von sexualisierter Gewalt betroffene Frauen zu beraten und zu unterstützen. Weitere Informationen erteilt gerne:
Notruf und Beratung für vergewaltigte und misshandelte Frauen,

SO ODER SO magazin Nr.2/2000
Post und Bestellungen:
Redaktion sooderso
Falkstr. 74, 60487 Frankfurt
Tel.: 069 / 79 202 750
Fax: 069 / 79 201 774
E-mail: sooderso@libertad.de
1 Exemplar 4,-DM (plus Porto)
ab 5 Exemplaren 3,-DM (plus Porto)
Schwerpunkt:
Mitten im Krieg - Friedensprozess und Menschenrechte in Kolumbien
So Oder So - die Zeitung der Kampagne Libertad!

ÖSTERREICH: FREIE RADIOS SOLLEN ABGEDREHT WERDEN

Regierung auf Rachefeldzug?

Der Kahlschlag bei den regierungskritischen Medien geht weiter und tritt in eine entscheidende Phase: Nun wird auch den allzu blau-schwarz-kritischen freien Radios der Geldhahn abgedreht. Soviel zur Meinungsfreiheit in diesem Land. Erinnern wir uns daran: Die Gleichschaltung der Medien und Ausschaltung der regierungskritischen Medien ist meist der erste Schritt zur Diktatur....darum: Widerstand!

Redaktion Heidelberg ● Die neun Freien Radios in Österreich sehen sich in ihrer Existenz bedroht: »Die Fördersumme aus dem Kunstbudget werde heuer drastisch gekürzt, für das kommende Jahr wolle Kunststaatssekretär *Franz Morak* (ÖVP) ein »Ausstiegsszenario aus der Bundesförderung« vorgelegt bekommen«, erklärte *Christian Jungwirth* vom *Verband der Freien Radios in Österreich* Ende Mai in einer Pressekonferenz. Auf dieses »unmoralische Angebot« werde man nicht eingehen, so Jungwirth: »Wir sind dabei, rechtliche Schritte zu prüfen.«

Im vergangenen Jahr erhielten die nicht kommerziellen Sender rund vier Mill. Schilling (ca. 650.000 DM) Bundesförderung, wovon rund eine Million aus dem Regelbudget der zuständigen Abteilung bestritten wurde, über dessen Vergabe ein unabhängig tätiger Kultur-Beirat entscheidet. Drei weitere Mill. Schilling haben die Freien Radios laut Jungwirth aus dem so genannten »kulturpolitischen Maßnahmenkatalog« erhalten, der aus dem Kunstförderungsbeitrag gespeist wird, welcher mit der Rundfunkgebühr erhoben wird. Die Vergabe dieser Mittel obliege dem Staatssekretär und werde heuer »gänzlich gestrichen«, berichtete Jungwirth. Lediglich auf eine Empfehlung des Beirats über rund eine Million könnten die neun Freien Radios heuer hoffen, was eine Kürzung der Fördermittel um 75 Prozent bedeute.

Im kommenden Jahr seien damit mindestens die Hälfte der Sender vom »Aus« bedroht, »eng wird es für alle ab August 2000«, erklärte Jungwirth. Vor allem Radioprojekte im ländlichen Raum bangen um ihre Existenz, wie *Christine Schäffler* vom obersteirischen Radio *»Freequenns 100,8«* ausführte. Um »Härtefälle wie Konkursverfahren oder Krida« zu vermeiden, wolle Staatsekretär Morak notfalls Mittel bereitstellen, so Schäffler: »Die Beerdigung wird also finanziert, der Betrieb nicht.«●

LIBERTÄRER BUCHVERSAND GEFÄHRDET

»Bewegung 30. Juni«

»Mit entschlossenen Schritten den Aufbau der linken Buch-Distribution voranbringen!« Mit diesen Slogans wirbt der libertäre Buchversand »Anares Nord« um Einlagen und Darlehen, die die drohende Schließung verhindern sollen. Auch wenn beim Erscheinen dieser Ausgabe der selbst gesetzte Termin 30. Juni 2000 schon der Vergangenheit angehört, werden kleine und größere Einlagen wahrscheinlich noch benötigt werden, um das entstandene Loch zu schließen.

»Companeras y Companeros,
der Anares Buchvertrieb gibt hiermit bekannt:
wenn es uns nicht gelingt, bis zum 30. Juni 2000 mindestens 30.000 DM aufzutun, wird unser Buchvertrieb eingestellt werden. Hintergründe dazu stehen in der Erstausgabe unseres Umstrukturierungs-Infos, das Ihr als Mail oder in gedruckter Form bei uns anfordern könnt (E-Mail: anares-nord@gmx.net, Postadresse siehe unten). Ihr könnt es auch auf unseren Webseiten unter http://www.anares.org/nord/ abrufen. Deshalb haben wir die Bewegung 30. Juni ins Leben gerufen: wenn es uns nicht gelingt, bis zu diesem Zeitpunkt unser Plansoll zu erfüllen, werden wir die Aufgabe unseres Vertriebes erklären.

Nun hört sich die erforderliche Summe einigermaßen gewaltig an. Das lässt sich aber durchaus relativieren. Zum Beispiel müssten sich doch 30 Menschen in unserer Szene finden lassen, die etwas sinnvolles für die libertäre Bewegung tun wollen. Und zum Beispiel jeweils 1.000 oder 2.000 DM übrighaben, um sie uns als Einlage oder Spende zur Verfügung zu stellen. Es müssen auch keine Einzelpersonen sein. Selbstverwaltete Betriebe, Projekte, Vereine, ASten o.ä. können sich selbstverständlich auch engagieren. Helfen könnt Ihr uns auch auf andere Weise, z.B. durch Soli-Veranstaltungen wie Konzerte, Partys und ähnliches mehr.

So oder so: wenn das Geld nicht zusammenkommt, wird ultimativ ein für die Verbreitung emanzipatorischer Medien und die libertäre Szene nicht unwichtiges Projekt in wenigen Monaten beendet sein – am Ende.

So weit muss es nicht kommen. Es liegt an Euch. Was wir noch alles vorhaben, steht auch im Umstrukturierungs-Info. Und wer mithilft, bekommt seine/ihre Bücher künftig portofrei. Solange es uns gibt. Ist das ein Wort?

Also: Unterstützt die Bewegung 30. Juni!
Viele Grüße von den Anares-BücherverschickerInnen

Kontakt: Anares Nord, Postfach 1247, 31305 Uetze, Tel.: (01 79) 434 44 11
E-Mail: anares-nord@gmx.de
Web: http://www.anares.org/nord/
Spendenkonto:
KontoInhaberIn: S. Helmbrecht, Sparkasse Bremen, Konto-Nr.: 167 96 38, Blz.: 290 50 101, Verwendungszweck (wichtig!): Bewegung 30. Juni

INTERVIEW MIT REGINE HILDEBRANDT ZUR GLOBALISIERUNG, REGIONALISIERUNG UND ZU TAUSCHRINGEN

Die Musike passiert in der Region

Für die Tauschringbewegung ist es wichtig auch unter Politikern und Politikerinnen Sympathisanten zu haben. Denn immer noch werden gerade den Tauschringen zahlreiche Steine in den Weg gelegt. Das betrifft insbesondere die Gleichbehandlung von Tauschleistungen mit kommerziell erbrachten Leistungen – die Gleichsetzung von Tauschhandel mit Zeitgutscheinen mit Schwarzarbeit.
Regine Hildebrandt, die ehemalige Arbeits- und Sozialministerin von Brandenburg hat sich vor einigen Monaten in der »Zeit« positiv über Tauschringe geäußert. CONTRASTE wollte wissen warum und interviewte Frau Hildebrand Ende Mai zur Globalisierung, Regionalisierung und zu Tauschringen.

CONTRASTE: *Frau Hildebrandt, wir haben das neue Jahrtausend begonnen. Es gibt aber nach wie vor große Probleme, die die Menschheit bedrohen: Das Wachstum der Weltbevölkerung, die Knappheit des bebaubaren Bodens, die Verknappung von Energie und Ressourcen und – wie manche meinen – drohende Finanzkrisen. Kann die Ausweitung des Welthandels, die Globalisierung der Märkte, diese Probleme lösen?*

Regine Hildebrandt: Nee, mit Sicherheit nicht! Das ist ein Prozess, der passiert wie alles auf den Märkten. Soziale Ziele, humanitäre Ziele kann man damit nicht verwirklichen. Da muss es Politik geben, die Rahmenbedingungen und Schranken setzt und sich darum kümmert, dass die Globalisierung von Welthandel nicht dazu führt, dass Ressourcen knapp werden und schneller zu Ende gehen. Von einer gerechten Verteilung kann unter diesen Umständen nicht die Rede sein. Mit anderen Worten: Wir brauchen eine Politik, die Regeln schafft, die Absprachen tätigt, die Flotte einsetzt, damit wir mit den globalen Problemen auf der Welt fertig werden. Also nicht, mit Hilfe der Globalisierung der Märkte, sondern, trotz der Globalisierung der Märkte!

Viele zweifeln daran, dass die Politik die zunehmende Kapitalkonzentration und damit verbundene Macht in den Griff bekommen kann ....

Für mich ist erst mal wichtig klar zu stellen, dass z.B. in Deutschland 80% der Exporte nicht etwa irgendwohin gehen, sondern in der europäischen Union bleiben. In der europäischen Union sind wir offensichtlich in den letzten Jahren in der Lage gewesen, Rahmenbedingungen zu schaffen und Verabredungen zu treffen, die einen vernünftigen Austausch von Waren und Geld ermöglichen. Auf diesem Gebiet müssen wir weitermachen und versuchen als Agglomeration, als Europäische Union die Weltregeln zu beeinflussen. Ich halte es für schwer, aber ich halte es für möglich. Wichtig ist, dass man überhaupt erst mal ansetzt.

Nun gibt es aber auch in der EU immer mehr Menschen, die in die Armutsfalle geraten. Das ist auch ein regionales Problem. In manchen Regionen haben die Kommunen große Steuereinnahmen und sind reich, in anderen ist das Gegenteil der Fall. Wie kann das behoben werden?

Also erst mal, wir sprachen von Globalisierung, aber ich denke, Regionalisierung ist ganz wichtig. Das Leben passiert nicht global, sondern das Leben passiert in der Region und für die Region. Da muss man sich überlegen, wie man mit den Problemen fertig wird, wie man Leben gestaltet. Also praktisch: regionale Entwürfe für wirtschaftliche Zusammenarbeit – das Wichtigste für uns – für das Zusammenleben von Menschen in einem föderalen Staat wie der Bundesrepublik ist auch der Ausgleich zwischen den Regionen. Weil wir ja Chancengleichheit in ganz Deutschland und auch in Europa anstreben, von den Verfassungsgrundsätzen her haben.

Also mit anderen Worten, die Musike passiert in der Region. Da gibt es Begünstigte und weniger Begünstigte. Es gibt aber einen gewissen Ausgleich innerhalb der Kreise, zwischen den Ländern der Bundesrepublik und auch innerhalb der EU, der es ermöglicht, dass man mit den Problemen einigermaßen fertig werden kann. Das muss man auch so gestalten, dass es für die Region, für die Menschen, die da leben und für deren Verhältnisse zugeschnittene Angebote von Regionalpolitik gibt. Da hätt' ick ne Menge Ideen.

Welche denn?

Ja, wenn Sie erleben, was in der EU für Fördermittel bereitstehen um beispielsweise Regionen entwickeln zu können. Also, ich denk' dann immer an Ziel-1-Gebiet hier in den ostdeutschen Ländern, an Umstrukturierung von einer agrarisch orientierten Region hin zu einem gemischten gewerblich orientierten, Tourismus-Bereich. Nehmen Sie Brandenburg, um Berlin herum, mit Landwirtschaft und wenig Tourismus jetzt: Tourismusentwicklung jetzt! – Mit dem, was wir an Schönheit in der Natur, an Bauschönheiten, an landschaftlichen Schönheiten haben.. Das muss man da entwickeln! So ein kleines Dorf, was vorher Jotwede war und alle hab'n da rumgeschwitzt. Das soll nun einmal ein kleiner Ort werden, in dem man immer noch ein bisschen Landwirtschaft hat – ökologisch ausgerichtet – , wo man kleine Gewerbetreibende ansiedelt, in dem man Pensionen hat, in dem man gezielt etwas für Menschen anbietet, die jetzt zur Naherholung dorthin kommen. Das zu gestalten, mit Fördermitteln und Weiterbildungsmaßnahmen, ist für mich ein Beispiel dafür, was man aus einer Region machen kann. Man stellt sich dabei völlig auf den Kopf. Aber es geht, wenn man es unterstützt.

Das würde also auch heißen, regionale Kreisläufe von sozialen und wirtschaftlichen Angeboten?

Richtig, Wirtschaftskreisläufe das sind ja auch die Barterketten. Bartern zwischen den kleinen Unternehmen der Region, das ist viel besser als Globalisierung. Da kommt keiner auf die Idee mit China hier Geschäfte zu machen. Also, regionalisierte Kreisläufe auch innerhalb des wirtschaftlichen Bereiches.

Das würde auch eine neue Förderung von Genossenschaften voraussetzen?

Na Klar! Da haben wir – glaube ich – sowieso einen großen Fehler gemacht. Wie überhaupt bei der Umstrukturierung der DDR als Beitrittsgebiet zur Bundesrepublik Deutschland viel schief gegangen ist. Nach dem Motto »die Wirtschaft macht die Wirtschaft« ist sehr viel versäumt worden. Also, wenn der Genossenschaftsgedanke hier realisiert worden wäre! Oje! Da würde das ganz anders aussehen!

Es ist nach wie vor sehr schwierig neue Genossenschaften in der Bundesrepublik zu gründen. Da ist die Politik gefragt..

Regine Hildebrandt — Fotomontage: Ricarda Buch

..dort den Weg zu ebnen.

Sie haben in der »Zeit« geäußert, dass Sie viel von Tauschringen halten, Warum?

Das kann ich Ihnen ganz genau sagen. Ich komme nun aus der DDR. Da haben wir 40 Jahre gelebt und haben dort eine Mangelgesellschaft erfahren. Dienstleistungen waren knapp. Produkte waren knapp, und der Bedarf war riesengroß. Nun ist die Frage, wie geht man damit um. Findet man sich damit ab, oder versucht man trotzdem zu seinem Ziel zu kommen. Da war es Gang und Gäbe, dass man jenseits des normalen Marktes Leistungen getauscht hat. Wer sich ein Haus gebaut hat, hat also nicht die entsprechenden Gewerke in Anspruch nehmen können, sondern man musste weitgehend alleine oder mit seinen Freunden die Dienstleistung erbringen.

Es wurde einem geholfen. Und wie wurde einem geholfen? Im wesentlichen dadurch, dass man für diejenigen, die dort gemauert und gekachelt haben auch wieder eine Leistung erbrachte. Da war das Prinzip Tausch Gang und Gäbe. Es wurde auch überhaupt nicht definiert. Ohne solche Strukturen ging's auch gar nicht. Demzufolge hat sich dort eine Kultur entwickelt, die gerade unter diesen Mangelbedingungen gut funktioniert und ermöglicht hat, dass vieles an Werten geschaffen worden ist, was sonst überhaupt nicht hätte sein können. Dann kam die Wende und dieses wahnsinnige Angebot von jedem Produkt und jeder Dienstleistung – sei sie noch so bescheuert. Sie können alles haben. Demzufolge war es nicht mehr nötig, zu organisieren wie früher, sondern man konnte kaufen. Es sei denn, man hat das Geld nicht! Dann kann man nicht kaufen. Früher war klar, dass jeder gleichberechtigt an diesem Tauschmarkt, an dieser austauschenden organisatorischen Hilfe partizipiert hat, weil alle in der gleichen Situation waren. Das ist jetzt anders!

Es gibt welche die haben das Geld und die können sich alles kaufen und es gibt andere, die haben das Geld nicht und die halten dann meist die Klappe und bauen dann nicht irgendwelche Strukturen auf, wo man wieder tauschen könnte – so wie früher. Das ist nicht mehr in. Da sage ich, diesen Zustand möchte ich gerne ändern, indem man Tauschringe publik macht, die Bildung von Tauschringen initiiert, wirbt für diese Art von gegenseitiger Hilfe. Das ist für mich so wie zu DDR-Zeiten, dass man sich selber mit dem eigenen Schopf aus dem Sumpf zieht. Man hat kein Geld. Man hat keine Arbeit. Demzufolge kann man sich eigentlich nichts leisten und nichts kaufen. Aber man möchte doch leben! Man möchte doch auch mal was machen!

Da besteht jetzt die Möglichkeit, dass man sagt: Ich biete meine Leistung im Tauschring an. Das heißt, ich kann als Arbeitsloser oder Sozialhilfeempfänger etwas leisten und zumindest stundenweise wird mir deutlich, dass ich etwas leisten kann und ich kriege dafür eine Gegenleistung. Meine Situation verbessert sich, obwohl ich dass Geld nicht habe, um mir die Dienstleistung zu kaufen. Ja, es kommt eine, die mich massiert, weil ich ihr oder im Tauschring jemand anders die Fenster geputzt habe. Da kann ich mir die Massage also auch leisten. Außer der Tatsache, das man selber seine Fähigkeiten unter Beweis stellen kann – das fördert ja die Zufriedenheit und das Bewusstsein enorm – kann man auch noch seine Situation verbessern, weil man sich etwas leisten kann, was vorher nicht möglich wäre. Man kommt in Kontakt miteinander und das ist für mich eigentlich das Wichtigste. Den anderen zu Kenntnis nehmen, in Austausch treten. Vielleicht ist es dann so, dass es nicht beim Fensterputzen oder der Massage bleibt, sondern dass sich ganz andere Kontakte und ganz andere Möglichkeiten der Zusammenarbeit entwickeln. Das finde ich toll, dass man in Gesellschaft ist und merkt: Der andere kann was und ich kann was. Die Stimmung verbessert sich. Das wirkt sich auf das Mikroklima in der Region aus und ist gut.

In England gibt es einen Tauschring, der von Menschen in Krisensituationen gegründet wurde. Diese Menschen können sich über den Tauschring psychologische Betreuung holen und sie stützen sich gegenseitig. Sie müssen auch Leistungen erbringen. Das stärkt das Selbstbewusstsein. Der Tauschring wirkt auf sie wie eine Therapie. Im Tauschring gibt es nicht mehr Betroffene und Almosenempfänger.

So ist es. Das Verbessern der Leistungsfähigkeit und des eigenen Status. Das ist wichtig, weil es ja der Gegensatz von Ehrenamtlichkeit ist. Ehrenamtlichkeit ist auch eine tolle Sache. Man leistet etwas um der Ehre willen und man erlebt selber, wie einem das nützt – weil man sich ganz anders fühlt, geradezu beschenkt, dadurch dass man jemandem helfen konnte. Aber wenn es einem nun ganz schlecht geht und man sich vieles nicht leisten kann, da kann ich schlecht Ehrenamtlichkeit empfehlen. Dazu ist der Tauschring da. Das ist eine positive Sache. Noch mal zu den psychisch Kranken: Genauso ist es. Wenn man ihnen das Gefühl geben kann, sie können etwas leisten, dann ist das im Prinzip die beste Therapie für die Steigerung des Selbstwertgefühls. Auf diese Weise kommt man auch mit allem Anderen besser klar.

Sehen Sie in der Bundesrepublik Möglichkeiten, um die Tauschringbewegung voranzutreiben?

Die Tauschringbewegung ist eine Sache von unten. Ich versuche jetzt in den östlichen Bundesländern Tauschringe bekannt zu machen. Aber kommen muss es von unten. Die Politik kann versuchen – und das ist ja schon wichtig – keine Steine in den Weg zu legen. Wir wollen nicht drum herum reden, die Frage wird immer wieder kommen: Ist das Schwarzarbeit, wird da Mehrwertsteuer gespart, sind das Vorgänge, die weder für das Arbeits- noch das Sozialamt tolerierbar sind? Da ist es für mich immer wieder wichtig, dass die politisch Verantwortlichen sagen: Ja, es handelt sich um eine Form von Nachbarschaftshilfe, die geringfügig Leistungen erbringt, die in allen Bereichen sowohl bei den Arbeitslosen als auch bei den Sozialhilfeempfängern tolerierbar sind. Ich wäre schon froh, wenn die Politik keine Schwierigkeiten macht. Sie haben völlig recht, es wäre schön, wenn die politisch Verantwortlichen sagen würden: Ja das ist eine Form um innerhalb der Gesellschaft die Situation objektiv und subjektiv zu verbessern. Wenn die rechtliche Situation vielleicht noch etwas mehr geklärt ist als heute, vielleicht schaffen wir dann, dass sie sich dazu bekennen und es zu ihrer Sache machen.

Mit den Seniorengenossenschaften in Baden-Württemberg ist es ja schon ein bisschen so, und dass die Kommunen diese direkt zu ihrem Anliegen machen, mitinitiieren und zu unterstützen. Es besteht aber die Gefahr der Konkurrenz mit anderen Bereichen. Aber trotzdem! Was da möglich ist, sollte hier auch möglich sein.

Tauschringe bieten Kommunen die Möglichkeit, ihre Angebote besser auf vorhandene Bedürfnisse der Bürger abzustimmen. Sie könnten den Tauschlisten z.B. entnehmen, welche Bedürfnisse nicht über gegenseitige Hilfe gedeckt werden können. Über Tauschringe ließen sich kommunale Angebote besser auslasten, wie in Italien, wo Parks durch Tauschringe länger offen sind.

Das wäre auch eine Möglichkeit, dass man da Tauschringleute hinsetzt. Wir haben da eben nicht die Lobby vom Dienstleister, vom Handwerker etc. Ich habe in München jetzt erlebt, dass sie in den Kindertagestätten jenseits der Tauschringe einen Kinderkleidungstausch organisieren. Das ist auch eine Sache, die die Kommune organisieren kann oder die Kleiderbörse für Sozialhilfeempfänger. Es ist immer schön, wenn nicht der Eindruck von Sozialhilfe entsteht. Wenn man sagt, das ist eine bürgerschaftliche Angelegenheit. Im Tauschring tauscht dann nicht nur der Sozialhilfeempfänger, sondern auch die begüterte Arztfrau, deren Kinder genauso schnell aus den Klamotten herausgewachsen sind.

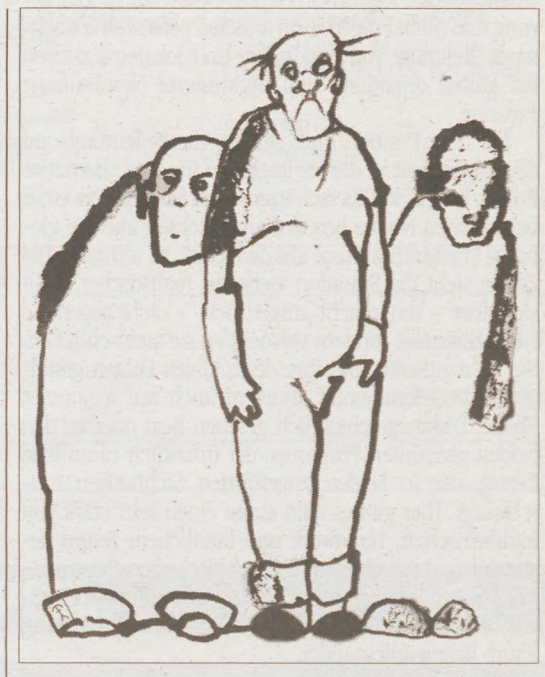
Tauschringe sind also nicht nur für die Armen?

Nee, überhaupt nicht! Bürgerschaftliches Engagement. Im Tauschring München hat sich z.B. der homöopathische Gedanke durchgesetzt, weil sie da einen Homöopathen haben. In Leipzig habe ich erlebt, dass sie da chinesische Heilmassagen anbieten. Man kann sich eben im Tauschring etwas leisten, was man sich normalerweise nicht leisten könnte. So bekommt man auch völlig neue Einblicke.

Tauschringe sind ein Instrument zur Abfederung der zunehmenden Isolierung. Das ist deshalb so wichtig, weil jeder so seine Abgrenzung hat, sein Wieso, seine Leute mit denen er verkehrt. Ich möchte die Leute zusammenbringen und so ein Tauschring nützt da. Am sympathischsten sind die, wo Stunde gegen Stunde getauscht wird. Die anderen haben oft einen Umrechnungsfaktor. Aber trotzdem ist es nicht so, dass man für einmal Steuerberatung dreißig Stunden Fenster putzen muss. Vernünftig erbrachte Leistung und Gegenleistung – so möchte ich das haben! Aber es ist ja nicht so! Hier verdient man nicht mehr für die Leistung, die man erbracht hat, sondern was am Markt gerade gehandelt wird. Das ist nach meinem Dafürhalten oftmals ein Vielfaches von dem was angemessen wäre.

Frau Hildbrandt, vielen Dank für das Interview.●

Interview mit Regine Hildebrandt am 22.05.00 im Willy-Brandt Haus (Das Interview führte Ricarda Buch)



Grafik: Kadie Schmidt-Hackenberg

Regine Hildebrandt war bis zur letzten Landtagswahl Ministerin für Arbeit und Soziales in Brandenburg. Sie ist Mitglied der SPD und trat unter Protest von ihrem Amt zurück, als die SPD in der letzten Landtagswahl in Brandenburg mit der CDU koalierte. Regine Hildebrandt ist im Osten sehr beliebt und allseitig bekannt wegen ihrer mitreißenden Redekunst.

Glokalisierung

Die Debatten um »Region« und die um »Regionalisierung« hat in den letzten zwei, drei Jahren einen enormen Aufschwung genommen. Diese Debatten postulieren eine gestiegene Bedeutung von regionalen (und lokalen) Wirtschaftsprozessen in zweierlei Hinsicht: Zum einen biete die Region ein Gegengewicht zur Globalisierung und ihren Folgen, zum anderen gebe es eine wachsende Relevanz von regionalen und lokalen Faktoren für global orientierte und organisierte ökonomische Prozesse.

Die erste Position läuft Gefahr, die Bedeutung und die Möglichkeiten, die die Regionen für eine alternative Politik bieten, zu überschätzen, und/oder sich in einer behaglichen Nische bequem einzurichten und die globalen Machtverhältnisse aus dem Blick zu verlieren. Die Zweite sieht die Situation vielleicht realistischer, stellt sich aber – vereinfacht ausgedrückt – nicht gegen die Globalisierung, sondern versucht an sie anzuschließen. Sie zu regulieren und ihre destruktiven Folgen gestaltend abzufedern, unter anderem auch auf regionaler Ebene. Diskursgeschichtlich gesehen liegt quer zu den beiden genannten Positionen der inhaltlich-räumliche Bezug, der in beiden angeführten Sichtweisen mitschwingt. Hier gibt es zum einen einen sehr stark von Landwirtschaft, Handwerk und ländlichem Raum bestimmten, und einen mehr städtisch-dienstleistungsorientierten Schwerpunkt (Stichwort: Stärkung der lokalen Ökonomie). Diese beiden Stränge nehmen bislang kaum Bezug aufeinander.

Die neuste Veröffentlichung aus dem von den jeweiligen linken Flügeln von SPD, PDS und Grünen gebildeten Crossover-Projektes, die sich der Regionalwirtschaft widmet, konnte mit Spannung erwartet werden. Würden hier Konturen einer neosozialistischen Land- und Agrarpolitik, einer anti-etatistischen Beschäftigungspolitik, einer die geschlechtsspezifischen Aspekte von Ökonomie reflektierenden Regionalpolitik zumindest angedeutet werden? Würden sich hier Ansätze einer kritischen historischen Aufarbeitung der Erfahrungen der Alternativökonomiebewegung und ihrer vielfältigen Praxisversuche oder eine Reflektion des Scheiterns des grünen Umbauprogrammes der 80er Jahre finden? Aber Fehlanzeige: Die versammelten RadikalreformerInnen fragen sich»»wie eine zumeist personalintensive, überwiegend auf regionale Kreisläufe orientierte Binnenwirtschaft gefördert werden« kann. Bei der Abwägung der Antwort fließen vor allem die Erfahrungen aus dem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) und der Debatte um geplante Märkte und Handlungsmöglichkeiten des Staates angesichts leerer Kassen ein. Heraus kommt dann ein modernisierend-technokratisches »Clustermanagement«, das Binnenwirtschaft und Exportökonomie wieder »verzahnen« soll. Es soll »ein politisch induziertes regionalwirtschaftliches Wachstumsprogramm« angestoßen werden, das »an die neuen Lenkungs- und Organisationsstrategien der Großkonzerne anknüpft« (S. 77). Flankiert wird das Ganze vom ÖBS, der – natürlich – nicht zum neuen Niedriglohnsektor werden soll, und eine veränderte staatliche Politik, die personalintensive und regional orientierte Ökonomien stärker als bisher fördern soll. Der weltmarktorientierte Sektor mit seinem immensen Ressourcenverbrauch und seiner Macht zur Normsetzung für den Rest der Gesellschaft soll nicht weiter attackiert oder gar abgebaut werden. Den Crossover-AutorInnen geht es in erster Linie darum, dass die dort erwirtschafteten Werte auch wieder (zurück) in die Region transferiert werden. Das in dem Band vorliegende Ergebnis ist auch unter den reduzierten Ansprüchen, mit denen mensch an solch ein parteipolitisch gefärbtes Buch herangehen muss, ernüchternd. Die Crossover-AutorInnen positionieren sich klar jenseits des agrarisch-ländlichen Fokus, er spielt für sie keine Rolle. Damit zeigt sich einmal mehr die Metropolenzentriertheit – die ja auch eine Borniertheit ist – der Linken aller Schattierungen. Zum anderen, und dies ist weit schwer wiegender, ist die Crossover-Position nicht mehr von der zu unterscheiden, die Bestandteil, wenn nicht Förderer der regional gestützten Weltmarktorientierung ist (dazu siehe CONTRASTE Nr. 165 S. 10/11 und Nr. 171 S. 4/5). Dass es vielleicht ohne Wettbewerb, Konkurrenz und ohne Exportförderung gehen könnte, dies liegt jenseits des Horizontes der AutorInnen, der viele Gemeinsamkeiten mit herrschender Politik aufweist. Zusammengefasst erinnert die Crossover-Position an das Bild, in dem Menschen im Fluss (der Globalisierung) mitschwimmen, und dabei vehement betonen, wie sie den Lauf der Dinge beeinflussen. Verändernder Einfluss wird aber nur gewonnen, wenn man sich gegen den Lauf der Dinge stellt.●

Bernd Hüttner

Crossover (Hrsg.): Regionales Wirtschaften als linke Reformperspektive; Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2000, 226 S., 29,80 DM

Anzeige

WAS NUN?

Arbeits- und Beschäftigungsförderung – Erfahrungen, Perspektiven, Konzepte

• Regelmäßig mit Beiträgen zum Dritten System •

In der aktuellen Ausgabe (Mai/Juni):

Warum brauchen wir ein Drittes System? Wer trägt, was tut das Dritte System? Wie finanziert es sich?

Ein Positionspapier zum Selbstverständnis der in diesem Sektor Tätigen

*

Statt ABM: Maßnahmen mit individuellem Zugang
WAS NUN?-Gespräch zur Frage: Wie sinnvoll sind ABM?

*

Mehr Beschäftigung im Landkreis Güstrow
Der vierte Beitrag einer Artikelserie über Territoriale Beschäftigungspakte in Deutschland

*

***WAS NUN?** erscheint zehnmal im Jahr • Einzelexemplar: 2 DM (zzgl. Porto) • Jahresabo: 30 DM • Ab 5 Exemplare Sammelbezug zu ermäßigtem Druckkostenbeitrag*

Redaktion: Wiesenstr. 29 • 13357 Berlin
Tel.: 030/4650 7365; Fax: 030/461 2418
E-Mail: technet@t-online.de

Wir sind die letzten – fragt uns

»Als ich 1928 in den kommunistischen Jugendverband eingetreten bin, da bin ich gleichzeitig aus der Religion ausgetreten. Für mich hat Jude sein etwas mit Kultur und Tradition zu tun, das lange aus der eigentlichen Religion herausgewachsen ist. Aus meinem entwicklungsgeschichtlichen Verständnis haben die Menschen in ihrer frühen Primitivität sich mit der Natur und ihren Lebensbedingungen auseinandergesetzt. Als Erklärung dafür sind die verschiedensten Religionen entstanden, auch die jüdische. Das Religiöse hat sich zur Kultur entwickelt. Um ein anständiger Mensch zu sein, brauche ich nicht das Gefühl, dass irgendeiner mich oder mein Denken und Fühlen über Anstand, Gerechtigkeit und Menschlichkeit kontrolliert. Ich kann das mit mir selbst abmachen. Das hat mir auch geholfen, Auschwitz zu überleben. Wesentlicher Teil meiner Beziehung zur jüdischen Kultur ist das, was sie zur deutschen Kultur beigetragen hat. Jeder, der es wissen wollte, der wusste, dass ich gewissermaßen drei Bürden mit mir durchs Leben trage: Deutscher zu sein, das war nach 1945 nicht ganz einfach. Und dann war ich Kommunist und Jude. Letzteres habe ich nur einmal verleugnet und sogar das Gegenteil behauptet. Als wir von Auschwitz am 22. Januar 1945 nach dem Todesmarsch in Buchenwald ankamen, da habe ich meine Identität gefälscht, um zu überleben. Das war das einzige Mal, wo ich bewusst verschwiegen habe, Jude zu sein – sonst habe ich mein ganzes Leben lang gesagt: Ich bin ein deutscher, jüdischer Kommunist. In Deutschland bin ich geboren. Jude zu sein, das ist ein Stück meiner kulturellen, und Kommunist zu sein, Teil meiner politischen Identität.«
(in: Allgemeine Jüdische Wochenzeitung vom 11.11.1999)

Kurt Julius Goldstein wird 1914 in Dortmund geboren. Mit vierzehn Jahren wird er Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes, mit sechzehn Jahren Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands. 1933 flieht der Abiturient nach Frankreich, emigriert nach Palästina und kämpft im spanischen Bürgerkrieg gegen Franco. Nach seiner Flucht aus Spanien und Internierung in Frankreich wird er 1942 an die Nazis ausgeliefert, die ihn nach Auschwitz und 1945 ins KZ Buchenwald deportieren. Nach der Befreiung leitet er zuerst als Chefredakteur und später als Intendant den Rundfunksender »Stimme der DDR«. Er ist Vizepräsident des Internationalen Auschwitzkomitees und Ehrenbürger Spaniens.●

dp

Friedrich-Martin Balzer (Hg.): Wir sind die letzten – fragt uns. Kurt Goldstein Spanienkämpfer, Auschwitz- und Buchenwaldhäftling. Reden und Schriften 1974-1999. 260 Seiten, Hardcover, 6 Abb., 29,90 DM, Pahl-Rugenstein Verlag, ISBN 3-89144-270-X

Neue Ansätze in der Drogen-Diskussion

In diesem Buch kommen AutorInnen mit unterschiedlichen Sichtweisen zur (alten) Diskussion um die widerstreitenden Positionen Abstinenz-Akzeptanz zu Wort. In der Drogenhilfe Tätige sehen beispielsweise in den geplanten Modellversuchen mit Originalstoffvergabe eine Möglichkeit, sich vom Abstinenz-Dogma abzukehren – dem Dogma, das die Helfenden dazu verpflichtet, als einziges Ziel für ihre »Patienten« die absolute Drogenfreiheit zu sehen und zu verfolgen. Viele Praktiker erheben mittlerweile Einsprüche dagegen.

So stellt ein Mitarbeiter aus Forschung und Praxis, *Ralf Gerlach*, genau diese Fragen: »Was ist wichtiger: Gesundheit und soziale Integration? Oder Drogenfreiheit?« Er macht einige kritische Anmerkungen zur »Abstinenzabhängigkeit« in der Drogenhilfe. Die Ansicht, dass Akzeptanz- und Abstinenz-Orientierung nicht unbedingt Gegensätze sein müssen, sondern sich günstigenfalls ergänzen könnten, vertritt der Geschäftsführer des Fachverbandes Drogen und Rauschmittel, *Jost Leune*.

Vor kurzem ist auf Bundesebene ein Modellversuch gesetzlich abgesegnet worden, der die ärztlich kontrollierte Heroinvergabe an Drogenabhängige vorsieht. *Ingo Ilja Michels*, Leiter der Geschäftsstelle der Bundes-Drogenbeauftragten und *Heino Stöver* skizzieren den Stand der Dinge und zeigen die Fragestellungen an Forschung und Praxis zur Umsetzung auf. Die Modellversuche können an entsprechende Erfahrungen mit der Originalstoffvergabe in Frankfurt/Main, Hamburg und Zürich anknüpfen. Über die Erfahrungen mit solchen »Druckräumen«, »Fixerstübli« oder »Gassenzimmern«, deren Problematik und weitergehende Fragestellungen schreiben die beiden Autoren ebenfalls.

Um das Spektrum derzeitiger Modelle abzurunden, finden sich auch Berichte über einen Modellversuch für drogenabhängige Gefangene im Strafvollzug, zur Situation von Kindern Drogenabhängiger, zur akzeptierenden Arbeit mit Nutzern »neuer Drogen« wie Ecstasy und über die Erfolgsgeschichte ehemaliger Abhängiger, die aus eigener Kraft und ohne Therapien »Affenlos« geworden sind.

Eine ganz eigene Sichtweise vertritt *Josef Kleine*, der seit 30 Jahren – quasi im Selbstexperiment –Drogen aller Art konsumiert hat. Seit fünf Jahren ist er in der akzeptierenden Drogenarbeit tätig, arbeitet derzeit in einem Gesundheitsraum in Hamburg. Seine sehr subjektiven Eindrücke und Gefühle, die er beim Gebrauch verschiedener Drogen erfahren hat, stellt er passender Weise unter die Überschrift »Genuss ohne Reue«. Klar, dass er abschließend feststellt: »Eine Legalisierung von Drogen aller Art ist lediglich ein Nachkorrigieren vorheriger Versäumnisse. Die Tatsache, dass stimulierende Substanzen millionenfach gebraucht werden, macht die Diskussion »ja oder nein« eigentlich lächerlich.«

Das Buch gibt einen umfassenden Einblick in die derzeitigen Ansätze rund um die Drogen-Diskussion. Dort finden an der Theamtik interessierte LeserInnen – nicht nur professionell in der Drogenarbeit Tätige – kontroverses, zum Weiterdenken anregendes oder einfach informatives Material.●

Gabriele Stumpf

Irmgard Sahler/Hanfried Scherer (Hg.): Tolleranz – Neue Ansätze in der Drogen-Diskussion. Reihe SOZIAL EXTRA extra Bd. 3, Sozialextra Verlag, Wiesbaden. 144 Seiten, 24,80 DM.

»Unterwegs für die Umwelt«

Das Buch bietet Tipps für alle, die sich nach dem Schulabschluss oder Ausbildung im Umweltschutz engagieren wollen. Wer gerne ins Ausland möchte, um Sprachkenntnisse zu vertiefen wird in diesem Buch fündig, ebenso wie alle, die sich erstmal orientieren möchten. Verschiedene Möglichkeiten werden vorgestellt, um im Umwelt- und Naturschutz (v.a. im Ausland) aktiv zu werden, aber auch andere Dienste, wie z.B. Alternativen zum Zivildienst und Friedensdienste.

Dazu enthält »Unterwegs für die Umwelt« ausführliche Tipps zur Bewerbung im Ausland, die mit fremdsprachigen Beispielen zu Lebenslauf und Begleitschreiben abgerundet werden. Im zweiten Teil des Buches finden sich konkrete Einsatzstellenbeschreibungen aus ganz Europa, mit Angaben zum Aufgabenfeld, zur Bezahlung, Versicherung und Umgebung, darunter auch solche im praktischen Naturschutz, auf dem Bauernhof, mit Kindern oder auch Büroarbeit in (Umweltschutz-)Verbänden. Weiterhin sind Infos zu Workcamps enthalten.

Wer noch mehr Informationen zu den Einsatzstellen benötigt, findet sie über ein umfangreiches Internet-Adressverzeichnis. Hier kann jeder dann selber auf die Suche nach dem geeigneten Job gehen. Also dann auf zum: »Unterwegs-Sein für die Umwelt«!●

ub

Jugend-Umwelt-Projektwerkstatt, »Unterwegs für die Umwelt«, ca. 250 5., DM 29,80; Sfr 27,50; ÖS 218
ISBN 3-86040-090-8

Das Handbuch für soziale Integration

Wo gibt es Arbeits- und Ausbildungsplätze für Arbeitslose, wo kann Menschen in Krisensituationen geholfen werden, wo gibt es Wohnplätze für von Obdachlosigkeit bedrohte Menschen? Das neue Handbuch der »Plattform der Oberösterreichischen (OÖ) Sozialprojekte« gibt konkrete Antworten auf diese Fragen. Auf 380 Seiten bietet es einen Einblick in die Tätigkeitsbereiche, Zielsetzungen und den Zugang zu den Leistungen von 150 Sozialeinrichtungen in Oberösterreich.

Sozialprojekte nennen die Probleme Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, Behinderung, Armut, Gewalt, Ausgrenzung, ... beim Namen und bieten umfassende Hilfestellungen an. Sie ermöglichen Beschäftigung, Ausbildung, Beratung und Begleitung und eröffnen damit im Rahmen einer klientInnengerechten »Hilfe zur Selbsthilfe« Chancen zum selbständigen Neubeginn.

Die Plattform der OÖ Sozialprojekte ist der Dachverband der OÖ Sozialprojekte mit dem Ziel, die soziale Integration von benachteiligten Menschen zu unterstützen.

Beziehen kann man dieses Handbuch bei der Plattform der OÖ Sozialprojekte, Weingartshofstr. 38, A-4020 Linz, Tel. 0043-732/66 75 94, Fax DW 4, email: sozialplattform.ooe@netway.at, zum Preis von ÖS 190,- + ÖS 30,- Versandkosten.●

Heinz Zauner

Neuer »telegraph«

»Künftig könnten gezielte Angriffe aus dem Internet an die Stelle der kriegerischen Auseinandersetzungen im herkömmlichen Sinne treten« heisst es von seiten der Bundesregierung, »Schlimmer als Perl Harbour« könnten Angriffe aus dem Cyberspace die amerikanische Nation treffen, predigen US-Sicherheitsexperten im Verein mit der CIA und die Volksrepublik China lieferte sich mit Taiwan bereits einen wochenlangen Hacker-Krieg...

Information Warfare heisst das neue Zauberwort aus den Denkfabriken des militärisch-industriellen-informationellen-Komplexes. Was es mit diesem Konzept auf sich hat, ob Infowar nur ein neues Hirngespinst der Militärs ist oder eine dem technologischen Fortschritt angepasste neue Form der Kriegsführung sein wird, darum geht es im neuen *telegraph*. In unserem Schwerpunkt geht es aber auch um Antworten, zum Beispiel auf die Frage wie in einer Zeit der Informationsrevolution und des digitalen Kapitalismus, von eCommerce, eBanking, eService... eRESISTANCE! aussehen könnte.

In besseren Zeiten widmete sich ihrer die Rote Armee oder die rote Witwe* »erntete« ihre Köpfe. Heute sind sie wieder da – die Adligen auf ihren ehemaligen ostdeutschen Gütern. Und sie benehmen sich wie vor hundert Jahren. Darüber, wo sie zu finden sind und wie ihre Anwesenheit die dort lebenden ostdeutschen Bürger wurmt, berichten wir in unserer Umwelt-Rubrik. Weitere interessante Themen sind der nordirische Friedensprozess, der westliche Zynismus bei der Hilfe für Mocambique, Tschetschenien und die Aufarbeitung unserer revolutionären Vergangenheit.

Lesen bildet! sagt der telegraph (www.schliemann.com/telegraph)●

Redaktion telegraph, Berlin

* vive la guillotine

Florian X: »Verweigerung«

– der Verliererroman, kompromisslos gegen sich selbst, aufgegeben von den andern, das Soziale scheitert an der Freiheit, da sie eine Freiheit auch der Verneinung ist. Diese Verneinung ist den Soziologen schon länger als politische Verweigerung bekannt, hier wird sie von innen dargestellt, die Generation X von innen, »... wir sind die Versager, sogar im politischen Widerstand kriegen wir nichts mehr gebacken, vermutlich weil ein Sieg, z.B. gegen die Expo, unserer Neigung zur Niederlage widersprechen würde ...«. Man könnte von einer Verliebtheit in die Destruktion sprechen, denn diese Haltung erstreckt sich von den privatesten Bereichen bis ins Politische, während positive Begriffe höchstens zerredet werden. Offenbar geht der Protagonist des Romans davon aus, dass erst einmal ein Klima reiner Kritik erforderlich sei, weil voreilige Utopien bloß von der notwendigen Kritik ablenken würden. »Der ganze politische Widerstand ist so deprimierend ... Vielleicht muss das so«.

Social Fiction nennt der Autor diese Literaturgattung, ein so noch nicht bekanntes Genre – möglicherweise soll damit auf einen utopischen Anspruch verwiesen werden, allerdings ohne in den üblichen Fehler gängiger Utopien zu verfallen, die sich das Personal nach ihrem Konzept stricken. Hier wird umgekehrt vom Individuellen auf das Ganze geschlossen, aus dem Verhalten des Einzelnen ein Ganzes allerdings eher gefordert als geformt. Der Neoliberalismus ist in uns selbst: »... dass es einem dreckig geht, gehört nicht zum guten Ton, heute muss man immer grinsen und das Kinn nach vorne schieben«. Hier wird vom Standpunkt des Individuums die Gesellschaft beobachtet, und indem diese Beobachtungen Sprache werden, entsteht eine neue Bewusstseinsqualität.

Für einen so in der Negation befindlichen Autor ist es nicht leicht, einen Verlag zu finden, der den Inhalt auch durch die Buchform glaubwürdig ausdrücken kann, und wäre F. X. nicht zufällig auf den Packpapier Verlag gestoßen, wäre es wahrscheinlich bei der unregelmäßig mit der Schere zurechtgeschnittenen fotokopierten Ausgabe geblieben. Nun sieht das Werk etwas abenteuerlich aus, ein unbeschnittener Buchblock, überstehendes Cover, ordinäre Schreibmaschinenschrift und Flattersatz, rohe Bilder im Fanzinestil. (Übrigens ist dieser trash-book-Stil für den Verlag nichts Neues.)●

hc

Florian X, »Verweigerung« 128 Seiten, 7,50 DM beim Packpapier Verlag, Postfach 1811, D-49008 Osnabrück

Didgeridoo

... ist kinderleicht zu spielen, findet der Autor Michael Fromm, und rät uns wie in jungen Jahren mit einem Spielzeugauto über den Teppich zu schieben und dabei »brumm-brumm-brrrrrm ...« zu machen. Da beginnen dann die Variationsmöglichkeiten, ein tiefer, erdig-brummender Ton, spitze Lippen für ein Rennauto, Summen, Flüstern, Quietschen, »wuhuhuhu« und »jakkida« und »jujuju«, aber da sollte man dann schon ein Rohr für nehmen.

Damit ihr nicht im Esoterikladen etliche hundert Mark ausgeben müsst, gibt es Hinweise für den Gebrauch von Staubsaugern oder sinnigere Eigenbauten. Natürlich wird erklärt, was Zirkulationsatmung ist, verschiedene Spielweisen und auch, wo dieses Musikinstrument herkommt.●

hc

Die »Didgeridoofibel« von Michael Fromm und Marion Herbert hat 32 Seiten und kostet DM 3,–! beim Packpapier Verlag, Postfach 1811, D-49008 Osnabrück

PROJEKTE

Miteinander-Füreinander: Unsere Vorstellung ist ein selbstverwalteter, sozialpolitisch orientierter Gastronomiebetrieb (»Volxküche«) und selbstbestimmtes, gemeinschaftliches Wohnen in Hamburg. Wer traut sich mitzumachen? Weitere Infos unter:
☎(0 40) 39 51 51

Südfrankreich-Roussillon: suchen weitere Menschen aus Süddeutschland, um ein Gehöft mit Land zu kaufen und neu zu beleben. Obstbau- und Gästebetrieb, Backen, Handwerk, Selbstversorgung, Workshops, ...und mehr.
Chiffre: Sonnenwind

Nicht völlig anspruchslose, aber undogmatische Kommune(?) sucht belastbare LebenskünstlerInnen. Wenn Ihr Lust habt mit uns (z.Zt. 5w,4m,5 Kids) zu leben, mit allem was dazu gehört, dann kommt in die Finkenburg. Wir haben 2 Pferde, viele Hühner, 7 Schafe + Katzen auf unserem idyllischen Resthof 20 km südlich Bremens. Übrigens: Seit einem Jahr, befinden wir uns in Umstrukturierung, so daß Raum für Neue + Neues ist.
☎(0 42 04) 14 97
E-Mail: Finkenburg@t-online.de

Projektwerkstatt in Saasen (nahe Gießen): Nach den Kämpfen gegen Etablierung und Schöner-Wohnen ist die Phase eines leeren Hauses Vergangenheit. Schritt für Schritt nähern wir uns (demnächst zu dritt) der Vision eines politischen Zentrum mit politischer WG, die ihr »Heil« nicht in »Schöner Wohnen«, Reiki&Co., Sprücheklopfen und Abhängen oder möglichst viel Staatsknete sieht. Gleichberechtigt leben, Widerstand, Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit und vieles mehr – von Antifa bis Öko. Vorhanden: Wohnhaus, politische Arbeitsräume, Bibliotheken, Tagungshaus.

Gesucht: Leute mit radikalem Lebensansatz. Leben im Bauwagen oder in den Zimmern des Wohnhauses ... ob nun häufig unterwegs oder intensiv rund um das Haus tätig.
Info: Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, D-35447 Reiskirchen
☎(0 64 01) 90 32 83
E-Mail:
projektwerkstatt_sa@apg.wwbnet.de.

Großkommune in Südwestdeutschland:
Gründungsgruppe (nahe dem Objektkauf) sucht weitere Menschen, die sich am Aufbau der Kommune beteiligen – sowie Leute, die ihr Geld »sauber« anlegen wollen und ein Darlehen geben für den Kauf des Geländes.
Peter, Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
Fax (0 56 05) 80 07 40

Wer leiht uns Geld?
Kommuneprojekt sucht Privatdarlehen zur Finanzierung des Hausumbaus: Beträge ab 1.000 Mark, Laufzeit ab 3 Monate; Zinsen bis 3%. Alles weitere unter:
Stadtkommune Alla Hopp, Hardenbergstr. 52-54, D-28201 Bremen
☎(04 21) 557 73 82
www.contraste.org/kommunen

JOBS

Der **BUKO** (Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen) sucht für seine Bundesgeschäftsstelle in Hamburg
zum 1.10.2000
eine/n MitarbeiterIn in Vollzeit für den Bereich allgemeine Büro- und Koordinierungstätigkeit.
Wir erwarten Interesse an Dritte-Welt-Themen und wünschen uns Bereitschaft sich auch in Finanzfragen und -themengebiete einzuarbeiten.
Formale Voraussetzung ist der Bezug von Sozialhilfe in Hamburg.
Des weiteren sucht der **BUKO** für seine Geschäftsstelle
zum 1.12.2000
eine/n MitarbeiterIn auf halber Stelle mit den Schwerpunkten Finanzmanagement, Koordination, Öffentlichkeitsarbeit. Wünschenswert sind Erfahrungen in der Arbeit sozialer Bewegungen und in der Finanzverwaltung von Vereinen.
Bezahlung nach BUKO-Einheitsgehalt
Ebenfalls
zum 1.12.2000 oder zum 1.1.2001
sucht der BUKO für seine Geschäftsstelle eine/n MitarbeiterIn in Vollzeit für die inhaltliche Vorbereitung eines Projektes zum Thema Globalisierung und soziale Bewegungen.
Formale Voraussetzung ist Langzeitarbeitslosigkeit und der Bezug von Arbeitsamtsleistungen.
Wir freuen uns auf schriftliche aussagekräftige Kurzbewerbungen bis zum 6. August 2000 an die BUKO-Geschäftsstelle, Nernstweg 32-34, D-22765 Hamburg
Aufgrund der Urlaubszeit bitten wir von telefonischen Nachfragen abzusehen.

INTERNETADRESSE

Auf unserer Website könnt Ihr u.a. zu vielen Projekten surfen und andere Medienprojekte besuchen. Zusätzlich gibt es seit August 1999 die Kommune-Homepage mit Selbstdarstellungen, Angeboten und Gesuchen:
www.contraste.org/kommunen

JOBSUCHE

Ind.-Kfm. 52 J., mit umfangreichen Kenntn. u.a. Verlag, Buchhandel und Auslieferung, Word, Excel, Buchhaltung, FS 3, Lieferw. mit AHK, su. Stelle in Buchhaltung, Fakturierung, Auslieferung, auch Teilzeit, Urlaubs- und Krankheitsvertretung, Bereich Mittelfranken.
☎(0 91 31) 5 49 26

VERKÄUFE

Grundstück (1.900 qm) mit sanierungsbedürftiger Haushälfte in ehem. Pferdestall (Grundfläche 200 qm mit ausbaufähigem Dachgeschoss) zu verkaufen, gelegen in Mecklenburger Dorf mit 7 Einwohnern. Die andere Hälfte wird als Ferienwohnung eines selbstverwalteten Projekts genutzt.
☎(03 99 59) 2 03 29

Espero - Sondernummern
Edition Anares Bern
Markus - Henning
Max Stirners Egoismus
40 S. / 5,00 DM ISBN 3-9052-53-09
Alfredo Bonanno
Max Stirner und der Anarchismus
30 S. / 6,00 DM ISBN 3-905052-61X
P.M. / Autor von Bolo'bolo
Der arbeitsfreie Mittwoch - Für eine planetarische Alternative
30 S. / 5,00 DM ISBN 3-905052-62-8
Harry Rosina
Jean Améry - P.R.A.U.S.T. oder der Letalfaktor
60 S. / 10,00 DM ISBN 3 -905052- 64-4
Uwe Timm
Was ist eigentlich Faschismus?
60 S. / 10,00 DM ISBN 3-905052 -63-6
Klaus Schmitt
Entspannen Sie sich, Frau Ditfurth!
63 Seiten / 7,00 DM
Neu Espero Nr. 23 / 24
(Probesendungen 1,50 DM Briefmarken)
Bestellungen, Anfragen an die Espero-Redaktionen: Uwe Timm, Wulmstorfer Moor 34b, 21629 Neu Wulmstorf oder Jochen Knoblauch, Knobelsdorffst.8, 14059 Berlin
E - mail: Utespero@aol.com und Knobi@t-online.de

Etwas sinnvolles für die libertäre Bewegung tun?
Wenn es uns nicht gelingt, bis zum 30. Juni 2000 mindestens 30.000.- DM aufzutun, wird unser Buchvertrieb eingestellt werden!
Anares Nord
15 x 2.000 DM
30 x 1.000 DM
60 x 500 DM
...oder wir sind am Ende.
Nähere Informationen zur Situation:
fon: [0179] 434 44 11
post: Anares-Nord . PF 1247 . 31305 Uetze
e-mail: anares-nord@gmx.de
web: www.anares.org/nord/
Geldspenden sofort:
Sabine Helmbrecht . Konto Nr.: 167 96 38 . BLZ: 290 50 101. Sparkasse Bremen

anarchistisch gewaltfrei
graswurzelrevolution
- widerstand gegen staat und krieg
- befreiung im alltag
- transnationalismus
- aktuelle politik aus gewaltfrei-anarchistischer sicht
- rezensionen
- concert for anarchy u.v.m.

Jahresabo: 40 DM (10 Ausgaben)
Schnupperabo: 3 Ausgaben gegen 10 DM Vorkasse
Förderabonnentinnen und Spenderinnen herzlich willkommen

Bücher der Graswurzelrevolution: NEU

Lou Marin
Ursprung der Revolte
Albert Camus und der Anarchismus
326 S.•39,80 DM
ISBN 3-9806353-0-9

GWR (Hg.)
Gewaltfreier Anarchismus. Herausforderungen und Perspektiven zur Jahrhundertwende
203 S.•29,80 DM
ISBN 3-9806353-1-7

Graswurzelrevolution
Breul 43
D-48143 Münster
Tel. 0251/4829057
Fax 0251/4829032
www.comlink.de/graswurzel

GWR
Postbank Hamburg
Kto.-Nr.:26657207
BLZ 200 100 20

ARNie EXPRESS
Info-Rundbrief des Antifaschistischen Aktionsbündnis Rhein-Neckar
- ★ herausgegeben vom Antifaschistischen Aktionsbündnis Rhein-Neckar (AARN)
- ★ enthält Veröffentlichungen des AARN und seiner Mitgliedsgruppen sowie Texte anderer regionaler Gruppen
- ★ mit großer regionaler Presse-Schau und den aktuellen Ansagen vom Garfield-Infotelefon
- ★ jetzt mit "Kurz & Bündig"
- ★ Veranstaltungs- und Termine-Übersicht
- ★ erscheint zum 15. jeden Monats

ARNie gibt es:
❒ für 4,- DM pro Ausgabe
❒ im Abo zzgl. 1,- DM Versand
❒ Soli-Abo für 60.-/??.- DM / 10 Ausg.
Briefmarken oder Scheine an:
ARNie, Postfach 1126, 69401 Eberbach

INFORMATIONEN FÜR DAS LEBEN
Katalog abfordern, jetzt!
Postfach 15 02 34
40079 Düsseldorf
Fax 0211 - 26 11 220
Mail oekonzept@mail.isis.de
BÜCHER/VIDEOS/CD-ROM
MENSCH+UMWELT
SPEZIALVERSAND

In der Türkei sind über 3500 kurdische Dörfer zerstört, 37000 Menschen sind getötet worden. Die türkische NATO-Armee führt einen Krieg gegen die um Selbstbestimmung kämpfenden KurdInnen - auch mit deutschen Waffen. Vier Millionen KurdInnen sind, ihrer Existenzgrundlagen beraubt, auf der Flucht. Allein in der BRD leben eine halbe Million kurdischer Flüchtlinge und Immigrantinnen. Viele sind von Abschiebungen bedroht. Sie müssen als Bürgerkriegsflüchtlinge anerkannt werden und ein Aufenthaltsrecht erhalten. Der Kurdistankonflikt muß politisch gelöst werden.

Fluchtursachen bekämpfen - nicht Flüchtlinge
AKTION 3.WELT Saar, Postfach 1133, 66674 Losheim
Plakate DIN A 2, 2-farbig (0,30 DM/Ex.) gegen Vorkasse zzgl. Porto: (bis 50 Ex. 6,90 DM, ab 50 Ex. 10 DM)
Kto. Nr:15967660, BLZ: 590 100 66 (Postbank Saarbrücken)

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **10 DM** (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **40 DM** (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

TOTENTANZ
Dividendenrausch der BAYER-AktionärInnen empfindlich gestört.
STICHWORT BAYER
NEUES HEFT SOEBEN ERSCHIENEN
Die anderen Informationen zu einem multinationalen Chemiekonzern
Coordination gegen BAYER-Gefahren • Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf
Fon 02 11 - 33 39 11 • Fax 02 11 - 33 39 40 • e-mail: CBGnetwork@aol.com
KOSTENLOSES PROBEHEFT BESTELLEN, JETZT...

Durchblicken statt wegsehen!
Vor den heutigen Umweltproblemen kann mensch die Augen verschließen und einfach weitermachen. – Wir bieten eine Alternative: unsere Seminarreihe **Ökoführerschein** für Jugendliche von 15 bis 25. In fünf Seminaren erfährst Du, wie die Erde noch zu retten ist. Am Ende gibt's den **Ökoführerschein** und den Jugendgruppenleiterschein.
Interesse? Schick' uns diese Anzeige und 1,50 DM in Briefmarken, ruf' an oder informiere Dich unter http://www.oekofuehrerschein.de!
BUNDjugend Berlin
Jagowstr. 12 • 10555 Berlin • Telefon 030/392 82 80

News | Extras
www.gagatu.de

Auf GAGATU werden wir uns mit allen Facetten der Gentechnik befassen, Schwerpunkt ist die Anwendung in Landwirtschaft und Lebensmitteln: Gäste aus allen Teilen der Welt werden ihre Erfahrungen beisteuern. Mitmachen erwünscht!

GAGATU IST CAMP & KONGRESS!
Wer über Zukunft reden will ist out, mega-out; zu kompliziert. Nachhaltigkeit, Vielfalt, nachwachsende Rohstoffe sind Sprechblasen der 90ger, verkommen zu Werbeslogans. Es sind die Antworten auf die letzten aller Fragen ... Was steckt dahinter? Welche der möglichen Zukünfte wollen wir?

GAGATU IST CAMP
Sieben Tage kreative Aktionen und viel Zeit für Diskussionen mit Menschen aus aller Welt. Patente, Gentests, Welternährung und Wirtschaft: Gentechnik spielt eine Rolle. Wir fragen welche.

GAGATU
Gentechnik ist die Antwort. Was aber war die Frage?

GAGATU IST KONGRESS
3 Tage vom Feinsten: **Wir suchen nach den Fragen für die Antwort Gentechnik**. Konzepte für die Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion werden vorgestellt, mögliche Zukünfte formuliert.
Vom Acker bis ins Regal:
Überproduktion, Welternährung und genussvolles Essen.
Ist Gentechnik die einzig mögliche Antwort?

Kongress | Camp vom 27.8.–3.9.2000 in Köln

Gen-ethisches Netzwerk e.V.
Brunnenstraße 4 | 10119 Berlin
Tel. 030-6858030 | Fax 030-6841183
E-Mail gagatu@gen-ethisches-netzwerk.de

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstel lung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte auf Diskette, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den zwei- bis viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Reinhard Lichtenhahn, Görlitzer Str. 16, ☎ (0351) 802 99 40, Fax 802 99 50; **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: ricabuch@aol.com; **18569 Gingst/Westrügen, Redaktion Rügen/MV**, Andreas Küstermann, Teschvitz 3a, ☎ (038305) 6 00 13, Fax 6 00 14, E-Mail: kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, Internet: www.presse-verlag-ostseh.de; **22763 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hkgw@vossnet.de, Internet: http://www.web-line.com/bs/contraste; **23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland**, Volker Nadolni, Janussstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; **28201 Bremen, Redaktion Bremen**, Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56; **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland**, Götz Paschen, Eyeringhausen 42 ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torfkurier@t-online.de; **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; **45127 Essen, Redaktion Ruhrgebiet**, Volker Windisch, Flashoffstr. 6, ☎ (02 01) 320 55 57, E-Mail: V.Windisch@gmx.de; 49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, E-Mail: packpapier.verlag@t-online.de; **51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (0170) 59 38 90, (0221) 640 52 43, Fax 640 31 98, E-Mail: ina@link-lev.de; 60313 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main, netz Hessen, Uwe Weppler, Schäfergasse 46, ☎ (0 69) 131 04 07, Fax 131 04 08, E-Mail: netz-hessen@nikocity.de; Redaktion Saarland, AKTION 3. Welt Saar, 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 99 30 56, Fax 99 30 57 und Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; 69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; 69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 35 59, E-Mail: Stefan-Riedel@gmx.de; 71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart, Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: p.streiff@link-n.cl.sub.de; 90429 Nürnberg, Redaktion Franken, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68, Fax (0 40) 36 03 11 59 05, E-Mail: k.regenauer@suedschiene.de, Internet: www.suedschiene.de

Fachredaktionen :

Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de; **Jugendumweltbewegung:** 27283 Groß Hutbergen, Post Hönisch, Peter von Rüden, Armin Torbecke, Thedinghauser Str. 13, ☎ (04231) 48 78, Fax 48 79, E-Mail: p.rueden@link-n.cl.sub.de; **Sozialpolitik, AG SPAK:** 68167 Mannheim, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎Fax (06 21) 30 38 13; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften:** 10829 Berlin, Detlef Bansamir, Katzlerstr. 16, E-Mail: DetlefBansamir@gmx.de; Information & Kommunikation, 73525 Schwäbisch Gmünd, Karl Dietz, KOMM! Redaktion, Rechbergstr. 39, ☎(07171) 18 18 77, E-Mail: dietz@koma.free.de, Internet: http://komm.ffii.org; **Umweltschutz von unten:** 35447 Reiskirchen-Saasen, Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ☎(06401) 90 32 83, Fax 90 32 85, E-Mail: projektwerkstatt@apg.wwbnet.de

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 5/98
Herstellung:
Zündsatz GbR, Pleikartsförsterstr. 19, 69124 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
CONTRASTE@t-online.de
Internet:
www.contraste.org

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Anders leben – anders arbeiten
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 14 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 11.-13.8.2000

Die Subsistenzperspektive oder: die Befreiung vom Konsum
Termin: 25.-27.8.2000
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen, Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagunghaus@t-online.de
http://home.t-online.de/~tagunghaus

TAK AÖ

»Gemeinwirtschaft – Vergangenheit und Perspektiven« und »Bausteine Alternativer Ökonomien« sind die Themen des TAK AÖ-Sommerseminars vom **25.08 bis 03.09.2000** in Oberursel. Der Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie (TAK AÖ), 1978 gegründet, organisiert in diesem Jahr sein zweiundzwanzigstes Sommerseminar. Auf Grund der guten Erfahrungen findet die Veranstaltung erneut in der Schule der Gewerkschaftsjugend in Oberursel statt. Abgesehen vom abendlichen Kultur- und Diskussionsprogramm, besteht das Seminar aus zwei Schwerpunkten:
Vom **25.08.-27.08.** findet, in Kooperation mit der Schule der Gewerkschaftsjugend, eine Auseinandersetzung zum Thema »Gemeinwirtschaft – Vergangenheit und Perspektiven« statt. Ziel ist es, sich vor dem Hintergrund der geschichtlichen Erfahrungen mit neuen Möglichkeiten sozialen bzw. gemeinwohlorientierten Wirtschaftens auseinander zu setzen.
Vorgesehene Diskussionsbeiträge sind u.a.:

1. Geschichte der Gemeinwirtschaft in Bildern;
2. Gemeinwirtschaft: Vergangenheit, Gegenwart und Perspektiven;
3. Stiftungen: Aktuelle Beispiele gemeinnützigen Wirtschaftens;
4. Soziale Nachhaltigkeit – Weiterentwicklung Alternativer Ökonomien.

Vom **27.08-03.09.2000** stehen Ideen und aktuelle Entwicklungen Alternativer Ökonomie im Mittelpunkt. Die Kenntnisse und vielfältigen Erfahrungen der Teilnehmenden, Improvisation, fundierte Vorträge, intensive Diskussionen und vor allem Experimente nehmen hierbei einen gewichtigen Stellenwert ein.
Bisher sind Arbeitsgruppen zu folgenden Themen vorgesehen:

1. Bausteine einer nachhaltigen Wirtschaft;
2. Qualitätssicherung in selbstverwalteten Betrieben und Projekten;
3. Strukturelemente stabiler Selbstverwaltung;
4. Gemeinschaftliches Eigentum;
5. Existenzgeld - Absicherung durch Grundeinkommen.

Weitere Ideen und Angebote werden gerne aufgegriffen. Das Seminarumfeld und die Gruppe bietet einen angenehmen Rahmen, um eigene Überlegungen offen und kompetent zu diskutieren und so Anregungen und Kooperationspartner zu finden.
Für Rückfragen und Angebote zur inhaltlichen Mitarbeit steht zur Verfügung: Burghard Flieger, Erwinstraße 29, D-79102 Freiburg
☎(07 61) 70 90 23
Das Programm kann auch angefordert werden bei der TAK AÖ-Kontaktadresse: Schildstr. 12-19, D-28203 Bremen.

MIETHÄUSER-SYNDIKAT

Solidarökonomie Begriffsklärung
Sommerseminar vom 07.09. bis 10.09.2000 in Freiburg
Zukunftswerkstatt: Finanzierung von selbstorganisierten Mietshausprojekten; Besichtigung der Projekte im Miethäuser Syndikat. Voranmeldungen erwünscht. Das Programm kann angefordert werden über:
Grether Ost, Adlerstr. 12, D-79098 Freiburg
☎(07 61) 2 48 87
E-Mail: gretherost@syndikat.org

TAUSCHRINGE

Bundestreffen der Tauschringe
Die Tauschsysteme Karlsruhe, Wettersbach, Baden-Baden und Heidelberg planen das diesjährige Bundestreffen, das vom 29.9. bis 1.10.2000 in Karlsruhe stattfinden soll.
Geplant sind bisher folgende Schwerpunktthemen:

- **»Lokale Ökonomie im vereinten Europa«**
  Welche Möglichkeiten erwachsen aus den lokalen Nebenwährungen der Tauschsysteme im vereinten Euro-Europa? Welche Rolle haben Tauschringe im Prozess der Agenda 21?
- **»Bewertung der Arbeit im sozialen Miteinander«**
  Die klassische Lohn-Arbeitsgesellschaft mit »Vollbeschäftigung" ist nicht mehr erreichbar. Gleichzeitig nimmt die täglich zu verrichtende Arbeit weiter zu. Unbezahlte Arbeit ist nach wie vor schlechter angesehen. Welchen sozialpolitischen Entwicklungen wird durch die Tauschsysteme Vorschub geleistet? Welche anderen Wertesysteme können in Tauschringen erfahren und ausprobiert werden?
- **»Konsens und Dissens in der Tauschringbewegung«**
  Das Selbstverständnis der Tauschringe: Wir möchten Positionen der Tauschsysteme bestimmen, die uns in der politisch / gesellschaftlichen Auseinandersetzung mehr Kraft geben. Was ist Konsens in der Tauschringbewegung?

Natürlich soll es auch wieder Arbeitsgruppen zu den »Dauerthemen« der Tauschring-Szene geben (Vernetzung, Gründung, rechtliche Situation usw.).
Informationen: Tauschring.Karlsruhe, Hardtstr. 37a, D-76185 Karlsruhe
Fax: (07 21) 955 35 41
eMail: tauschring.ka@t-online.de

ÖKODORF-INSTITUT

20.-22.10.2000 Seminar zur Gemeinschaftssuche /-gründung in der ökol.-spirituellen Siedlung Lebensgarten bei Hannover.
17.-19.11.2000 Seminar zur Gemeinschaftssuche /-gründung in Hausen im Wiesental/Schwarzwald
12.-19. August 6. ÖKODORF-Festival – Begegnung von Gemeinschaften und Suchenden in Gemeinschaft bei Mainz
Info zu allen Terminen:
Ökodorf-Institut, Bergwerkstr. 33, D-79688 Hausen im Wiesental
Tel./Fax (0 76 22) 67 13 22
E-Mail: oekodorf@gemeinschaften.de
www.gemeinschaften.de

BUKO

Weltläden – ein Stück Welt von gestern?
Ein Seminar für Leute von heute und morgen, die die Welt ein Stück verändern wollen.
In diesem Seminar wollen wir uns mit der Entwicklung der Weltläden beschäftigen, ihren hoffnungsvollen Anfängen und den Veränderungen, die sich im Laufe der Zeit ergeben haben. Vor allem aber geht es um ihre Zukunft, und darum, wie trotz zunehmender (und begrüßenswerter) Professionalisierungstendenzen in den Weltläden der politische Charakter des alternativen Handels nicht in Vergessenheit gerät.
Dazu sollen ausgehend von der Situation der einzelnen Läden, Ansätze erarbeitet werden, die zeigen, dass es positive Beispiele gegen die Entpolitisierung gibt. Und dass Weltläden mit ihren Produkten und Inhalten keineswegs aus der Mode gekommen sind.
Termin: 13.-15.10.2000, Bielefeld
Information & Anmeldung:
BUKO, Nernstweg 32-34, D-22765 Hamburg
☎(0 40) 39 31 56, Fax 390 75 20
E-Mail: bukohh@t-online.de

RADIKAL REISEN

Südafrika
Radikaldemokratie in Südafrika am Beispiel von Community Radios
Die Reise wird nach Durban gehen und es gibt ein ausgewogenes Programm, welches wir zusammen mit unserer Partnerorganisation SASCO bestreiten werden. U.a. werden wir verschiedene Radioprojekte, sowie die Frauengewerkschaft SEWU und auch ein Anti-Gewaltprojekt besuchen.
Termin: 2.-16.10.2000

Frankreich – Paris
»Vives ... les réformes radicales?
Die französische Regierung aus Sozialisten, Grünen und Kommunisten ist im Vergleich zu derjenigen in England und der BRD die erfolgreichste. Sie gilt als sozialste. Gleichwohl sind ihre Beiträge zu Privatisierung von Unternehmen und Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse erheblich. Und die finstere Linie gegen Einwanderer und Flüchtlinge (Sans-papiers) wird von einigen Schönheitskorrekturen abgesehen, ebenfalls fortgesetzt. Doch bleibt – anders als in der BRD – in beiden Bereichen sozialer Protest *keine Fehlanzeige. Hier wollen wir uns* umtun, nicht zuletzt in Paris.
Termin: 27.10.-5.11.2000
Information & Anmeldung:
JungdemokratInnen / Junge Linke, Pappelallee 9, D-10437 Berlin
☎(0 30) 44 02 48 66
E-Mail: jdjlbgs@aol.com

JUNGE LINKE

Politische Verfolgung in der BRD
Ob es nun die KommunistInnenverfolgung in den 50ern, der Radikalenerlass oder der § 129a (Unterstützung einer terroristischen Vereinigung) ist – politische Verfolgung hat in der BRD eine lange Tradition. Es geht aber nicht nur um die KPD oder die RAF, sondern es können alle betroffen sein, die Kritik an diesem Staat und seiner autoritären Politik üben. Friedens- und Anti-AKW-Bewegung, Antifaschismus- und Antirassismusarbeit sind ebenfalls Zielscheibe staatlicher Repression. So werden friedliche Blockaden zu Nötigung erklärt, antimilitaristische Positionen verletzen angeblich die Ehre von Soldaten oder die Grundrechte von konservativen Studierenden werden angeblich angegriffen, wenn antifaschistische Widerstandskämpfer an Unis auftreten.
Termin: 8.-10.9.2000

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 10 DM in Briefmarken/ Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 10 DM mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

Medien-Macht-Politik
Die Funktionsweise der Massenmedien
Ohne Fernsehen, Radio und Zeitung geht heute gar nichts mehr. Wer etwas zu sagen hat und öffentlich wahrgenommen werden will, muss sich einen Platz in den Massenmedien erkämpfen. Doch wie funktionieren die Medien eigentlich? Wie kann »Medienwirksamkeit« hergestellt werden? Welche Nachricht wird veröffentlicht, welche landet im Papierkorb? Können die Medien überhaupt ein getreues Spiegelbild der Realität zeichnen? Und schließlich: Gibt es nicht auch andere Mittel, um sinnvoll Inhalte zu vermitteln? Das Seminar soll uns die Beantwortung dieser Frage näher bringen. Wir werden uns dabei zunächst mit den wichtigsten Medientheorien auseinandersetzen und anschließend diskutieren, wie sich diese Erkenntnisse für die praktische Politik vor Ort nutzen lassen.
Termin: 27.-29. Oktober 2000
Info: jungdemokratInnen-junge linke sachsen-anhalt, G.-Hauptmann-Str. 18, D-39108 Magdeburg
E-Mail: lsa@jungdemokratinnen.de
www.jungdemokratinnen.de/sachsen-anhalt

Überwachung@ Neue-Technologien.de
Mehr und mehr Menschen verfügen heutzutage über einen Zugang zum Internet oder ein Handy. Diese neuen Technologien ermöglichen es sowohl der Wirtschaft als auch dem/der einzelnen BürgerIn, schneller und effektiver mit anderen zu kommunizieren, Informationen auszutauschen und – insbesondere via Mailinglisten und Homepages – Informationen günstig und schnell an einen großen Kreis von Menschen weiterzuleiten. Auch aus der politischen Arbeit sind diese neuen Kommunikationstechnologien nicht mehr wegzudenken.
Doch bieten diese neuen Technologien dem Staat auch mehr Möglichkeiten, Einzelne und Gruppen zu überwachen. E-Mails und elektronische Faxe können ebenso überwacht und mitgelesen werden wie Festnetztelefon und Schneckenpost, mit Hilfe der Funkzelle von Handys können fast komplette Bewegungsbilder von Menschen erstellt werden, Chipkarten aller Art sorgen ebenfalls dafür, dass zahlreiche Daten von Einzelnen erfasst werden. Hinzu kommen Weiterentwicklungen z.B. im Bereich der Videoüberwachung, die der Furcht vor der totalen Überwachbarkeit neue Nahrung geben. Wie weit gehen in diesem Bereich die Möglichkeiten für den Staat, seine BürgerInnen noch weiter überwachen zu können? Wie kann mensch sich davor schützen? Wie können die »Neuen Medien« aber auch für politische Arbeit genutzt werden? Und wie stehen wir eigentlich zu Zensurversuchen des Staates auch im Internet?
Termin: 19.-20.8.2000, Hürth/Köln

Geschichte wird gemacht, es geht voran...
Antifaschistisches Wochenendseminar zu Vergangenheitspolitik
Die offizielle Geschichtsschreibung diente schon immer der Legitimierung aktueller politischer Vorhaben. Am besten lässt sich dies am deutschen Umgang mit dem NS-Faschismus begreifen: Während jahrelang der Faschismus bagatellisiert worden war, um antifaschistische Errungenschaften wie das Asylrecht oder die Grundrechte leichter entsorgen zu können, greift Deutschland heute gerade wegen der Schrecklichkeit des Faschismus andere Länder an.
Wir wollen auf dem Seminar nicht nur die Stationen deutscher Vergangenheitspolitik kennen lernen, sondern auch verschiedene theoretische Konzeptionen von Geschichtlichkeit begreifen und diskutieren. Während z.B. konservative Geschichtswissenschaftler davon ausgehen, dass Geschichte von »großen Männern« gemacht wird, bestimmt für die marxistische Geschichtstheorie die gesellschaftliche Dynamik den Geschichtsverlauf. Diese und weitere Ansätze werfen ungeahnte Fragen und Probleme auf, aus denen heraus wir die Entwicklung einer Strategie fortschrittlicher und antifaschistischer Vergangenheitspolitik formulieren möchten.
Termin: 18.-20.8.2000, Hürth/Köln

»Damit Sie sich sicher fühlen«
Zur Diskussion um Sicherheit für Frauen
Ein Wochendseminar für Frauen und Männer
Termin: 25.-27.8.2000, Castrop-Rauxel
Information & Anmeldung:
Ludwig Quidde Forum, Kieler Str. 29c, D-42107 Wuppertal
☎(02 02) 45 50 54, Fax 45 11 23
E-Mail: lqf@lqf.de

FRAUEN

Zum 11. Mal findet vom 14. bis 17. September 2000 das **bundesweite Tischlerinnentreffen** statt. Veranstaltungsort wird das Ferien- und Bildungszentrum Bessunger Forst bei Darmstadt sein.
Der Schwerpunkt der Veranstaltung liegt in der beruflichen Weiterbildung. Für dieses Jahr sind u.a. folgende Themen geplant: Werkzeugschärfen und Werkzeugpflege, Intarsien, Spezielle Maschinenarbeiten, Holzbildhauen, Waldbegehung, Schreinerinnen-Geschichte, Biologische Baustoffe, Biologische Oberflächen, Marketing, Kundenorientierung sowie Existenzgründung.
Darüber hinaus findet eine Vernetzung von Fachfrauen statt: Auszubildende, Gesellinnen, Meisterinnen, sowie Frauen, die diesen Beruf erlernen wollen, tauschen Erfahrungen und Informationen aus. Hinweise von Kolleginnen über Betriebe, die Schreinerinnen einstellen, über Möglichkeiten zur Aus-und Weiterbildung, über Betriebsgründung usw. bieten neue Perspektiven und Arbeitsmöglichkeiten.
Info und Anmeldung:
Sabine Zöller, Kaiserstr. 53, D-69115 Heidelberg
☎(0 62 21) 16 19 51
E-Mail: SjunipaZ@nikocity.de

SOMMERCAMPS

Wendland-Sommercamp vom 22.-30. Juli 2000. Info Verdener Umweltwerkstatt, Atilleriestr. 6, D-27283 Verden
☎(0 42 31) 95 75 71

Nur tote Fische kommen in die Zeitung, wilde Fische fliegen
Antinationales & linksradikales Sommercamp
Termin: 22.7-6.8.2000
Info: junge linke, Postfach 91 04 29, D-30424 Hannover
☎(05 11) 838 62 26
E-Mail: info@junge-linke.de
www.junge-linke.de

Radikaldemokratisches Sommercamp
Termin: 23.7.-6.8.2000 an der Ostsee
Info: JD/Junge Linke NRW, Kieler Str. 29c, D-42107 Wuppertal
☎(02 02) 493 83 54, Fax 45 11 23
E-Mail: info@jungdemokratinnen.de
www.jungdemokratinnen.de

Anarchistisches Sommercamp
Termin: 21.-30.7.2000 bei Berlin
Wurde abgesagt!!!!

GRENZCAMP

kein mensch ist illegal
Grenzcamp an der deutsch-polnischen Grenze
Termin: 29.7.-6.8.2000 in Forst/ Brandenburg
Info: c/o FFM, Stichwort: Grenzcamp 2000, Gneisenaustr. 2a, D-10961 Berlin
Email: FFM@snafu.de
www.nadir.org/camp00

SOMMERSCHULE

In der Arbeit von Dritte-Welt-Gruppen und -Initiativen hat sich in den letzten Jahren sehr viel verändert: andere weltpolitische und weltwirtschaftliche Konstellationen auf globaler Ebene, Weltmarktanpassung der sog. Entwicklungsländer, Abschied von Entwicklungskonzepten überhaupt; und auch die »konkrete Arbeit vor Ort« ist von neuen Strategien geprägt: Lokale Agenda 21, Kommunale Entwicklungszusammenarbeit, Kampagnen stehen aktuell im Vordergrund.
Unter dem Handlungs- und Aktionsdruck des Alltags in Dritte-Welt-Gruppen kommt die intensive Auseinandersetzung mit Themen und Problemen oft zu kurz. In der Entwicklungspolitischen Sommerschule wollen wir uns in ruhiger Atmosphäre und schöner Umgebung ausführlich (entwicklungs-)politisch, ökonomisch und (befreiungs-)theologisch weiterbilden und uns mit Schwierigkeiten und Perspektiven von Dritte-Welt-Arbeit auseinandersetzen. Eingeladen sind Engagierte und Interessierte aus der Dritte-Welt-Arbeit.
Termin: 28.7.-7.8.2000, Klein-Schwarzlosen / Sachsen-Anhalt
Information & Anmeldung:
Institut für Theologie und Politik, Graelstr. 9, D-48153 Münster
☎(02 51) 52 47 38, Fax 52 47 88

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,– DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.